

ZUR SACHE BW

FRIEDEN ALS GESCHÄFTSRISIKO

Wer vom Krieg profitiert

Narcos

Mexikos Kartelle töten und stützen die Wirtschaft

Frauenbild

Müssen sich Soldaten mehr hinterfragen?

Migration

Christ sein bedeutet tolerant sein



EVANGELISCHE KOMMENTARE ZU FRAGEN DER ZEIT

AUSGABE 34 2/2018





Das Titelbild und seine Geschichte

Sommer 2018 in Afghanistan: Jungs sitzen in der Provinz Badachschan in der Sonne – idyllisch. Was da im Hintergrund blüht, sind allerdings nicht normale Blumen, sondern Schlafmohn, aus dem Opium hergestellt wird. Afghanistan exportiert Agrarprodukte wie Baumwolle, Getreide und Hülsenfrüchte, am meisten nehmen jedoch die Opiumexporte zu. Die Kinder der Bauern wachsen damit auf, sie kennen es nicht anders.

04 **Wir träumen von einer besseren Welt**
Kofi Annan über die Überzeugung, dass Frieden etwas mit jedem Einzelnen zu tun hat

06 **Editorial**

SCHWERPUNKT FRIEDEN ALS GESCHÄFTSRISIKO

08 **Eldorado am Hindukusch**
Warlords, Taliban, Parlamentarier – sie alle haben massive wirtschaftliche Interessen und profitieren vom Konflikt
Von Thomas Ruttig

14 **Deutschland braucht ein Rüstungsexportkontrollgesetz**
Bei der Einschränkung von Rüstungsexporten gibt es durchaus positive Entwicklungen. Aber oft widerspricht die Praxis den Politischen Grundsätzen
Von Martin Dutzmann

18 **Sicherheit für den Höchstbietenden**
Wie dem Piraten haftet dem Söldner ein dubioser Ruf an. Und: Der Markt für private Militärfirmen wächst
Von Klaus M. Brust

22 **Kartellwirtschaft**
Durch die Geschäfte von Mexikos Drogenkartellen verliert der Staat Milliarden, die Privatwirtschaft hingegen profitiert teilweise. Sogar das Verteidigungsministerium verdient an den bürgerkriegsähnlichen Zuständen
Von Wolf-Dieter Vogel

27 **Value for Money**
Entwicklungszusammenarbeit funktioniert auch nach ökonomischen Gesetzen. Das wird zum Problem, wenn betriebswirtschaftliche Argumente die Ziele überdecken
Von Tillmann Elliesen

30 **Krieg oder Frieden als Frage der Perspektive**
Die Realität einer Rebellenstadt zeigt dem Weltfriedensindex seine Grenzen auf
Von Tim Glawion

34 **Wie Hase und Igel**
Die Zusammenhänge sind oft komplizierter als die Diskussionslage. Aber immer gilt: Wo es um Fragen der Sicherheit geht, ist das Thema Wirtschaft schon längst da
Von Klaus Naumann

38 **Ja! Nein! Vielleicht in der Zukunft...**
Kann Europa Rüstung? Die bisherigen Anläufe zu einer wirklich gemeinsamen Rüstungsindustrie mit entsprechenden Synergieeffekten scheiterten an nationalen Vorbehalten
Von Christian Mölling

42 **Mit der Demokratie kam die Mafia**
Kriminelle Strukturen füllten das Machtvakuum der Balkanstaaten – und profitierten vom Waffenembargo der UN
Von Erich Rathfelder

SICHERHEITSPOLITIK

46 **Kosmopolitische Philosophie**
Das globalpolitische Machtvakuum zwischen geschwächtem Nationalstaat und fehlendem Weltstaat soll ausgefüllt werden. Gegen Global Governance richtet sich jedoch zunehmend ein politisches Bedürfnis nach personaler Gestaltung
Von Jochen Bohn

50 **Zu viele brauchen den Krieg**
Jemen: Ein Land kollabiert unter dem Kampf um wirtschaftliche Interessen
Von Said AlDailami

FRIEDENSETHIK

54 **Ökonomie, Krieg und das Recht auf ein menschenwürdiges Leben**
Das Verfolgen materieller Interessen gilt oft als unmoralisch. Aber inzwischen hat auch die Friedensethik erkannt, dass sie Grundkonstanten des Menschseins nicht ausklammern darf
Von Friedrich Lohmann

58 **Gefährliche Ungerechtigkeit**
Wirtschaftliches Handeln kann Dritte begünstigen oder belasten. Wenn die Politik versagt, hat das für alle Beteiligten unerwünschte Folgen
Von Stefan Bayer

62 **„Man muss die Soldaten aufklären“**
Frauenrechtlerin Monika Hauser über das Frauenbild deutscher Soldaten und ihre Verantwortung in Auslandseinsätzen
Ein Interview mit Monika Hauser

INHALT

INNERE FÜHRUNG

66 **Der Freimut der Admirale und Generale und die Eule der Minerva**
Ehrliche Worte erst nach dem Ende der aktiven Dienstzeit? Für Offiziere stellt sich die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für die öffentliche Rede, um dem Gemeinwesen und der Wahrheit tapfer zu dienen
Von Hartwig von Schubert

68 **Lichtgestalten, Dunkelmänner und ganz normale Sünder**
Von welchem Menschen reden wir in der aktuellen Traditionsdebatte in der Bundeswehr? Ein Zwischenruf
Von Jobst Reller

GLAUBENSFRAGEN

70 **Toleranz ist Nächstenliebe**
Studien belegen den Zusammenhang von christlicher Überzeugung und fremdenfeindlichen Haltungen. Aber auch der Ausweg aus dieser Situation ist Teil der christlichen Identität
Von Dirck Ackermann

72 **„Duzen ist überhaupt nicht angesagt“**

Sie sollen Begeisterung ausstrahlen und gleichzeitig Gelassenheit; verstehen, wie die Bundeswehr tickt, aber nicht so ticken wie die Bundeswehr. Und vor allem sollen sie gute Zuhörer sein, ohne dass man sich gedrängt fühlt zu reden. Die Erwartungen von Bundeswehrangehörigen an Militärggeistliche sind hoch – und teilweise widersprüchlich
Von Walter Linkmann

74 **Wert-lose Menschenwürde**
Zu den Grenzen von Ökonomie und Moral
Von Klaus Beckmann

76 **Kirche unter den Soldaten**
Die Kapelle im Geistlichen Forum des Bundesministeriums der Verteidigung
Von Friedemann Schmidt

77 **Impressum**

78 **Querdenker**
Ein Künstlerduo zeigt hölzerne „Guns“



**„Wir gehen mit der Überzeugung
in dieses neue Jahrhundert,
dass Frieden nicht nur etwas mit Staaten
und Völkern zu tun hat,
sondern mit jedem einzelnen Mitglied
dieser Gemeinschaften.“**



Kofi Annan (1938 bis 2018) am 10. Dezember 2001 in Oslo



Beim Bundesligaspiel zwischen Bayer 04 Leverkusen und dem 1. FC Köln in der Saison 2005 / 2006 **verunglimpfen** Zuschauer die gegnerische Seite

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Preise werden in diesen Wochen verliehen. Der eine betrifft nur wenige, freut uns aber dennoch: Der Rat für Formgebung zeichnet ZUR SACHE BW mit dem German Design Award aus. Es ist immer schön zu gewinnen, aber besonders schön ist es in der Bundesliga. Dank an das gesamte Team für sein Engagement in guter Publizistik!

Der andere betrifft alle; es geht um den Frieden in der Welt: Nadia Murad und Denis Mukwege wird der Friedensnobelpreis 2018 verliehen. Mit dieser Ernennung weist das Nobelkomitee darauf hin: Sexuelle Gewalt wird als Kriegswaffe eingesetzt. Häufig nehmen wir es nicht wahr, vielleicht weil es im Verborgenen geschieht. Vielleicht auch, weil wir es nicht wahrhaben wollen. Doch Nadia Murad hat es am eigenen Leibe erlebt. Im August 2014 kommen IS-Kämpfer in ihr Jesiden-Dorf. Sie wird verschleppt, als Sexsklavin missbraucht und weiterverkauft. Seit ihrer Befreiung kämpft sie gegen diese Gewalt. Denis Mukwege ist Gynäkologe im Kongo. Seit nahezu 30 Jahren behandelt er Vergewaltigungsopfer. Dieses Engagement kostet ihn 2012 bei einem Mordanschlag fast sein Leben.

Der Friedensnobelpreis 2018 und dieses Themenheft zur Wirtschaft des Krieges – ich begreife: Zu viele Menschen profitieren heute noch vom Krieg. Umso mehr brauchen wir engagierte Menschen wie die junge Frau und den Arzt, die sich aktiv gegen den Krieg einsetzen und Gewalt in jeder Form bekämpfen.



Dirck Ackermann

Dr. Dirck Ackermann,
Chefredakteur ZUR SACHE BW



**GERMAN
DESIGN
AWARD
SPECIAL
2019**

SCHWER- PUNKT

FRIEDEN ALS GESCHÄFTSRISIKO



Munition eines koreanischen Herstellers bei einer Rüstungsmesse in Abu Dhabi 2011 (o.); Kenias Polizei verbrennt 2016 bei Nairobi konfiszierte oder abgegebene Handwaffen (u.)

ELDORADO AM HINDUKUSCH

Warlords, Taliban, Parlamentarier – sie alle haben massive wirtschaftliche Interessen und profitieren vom Konflikt. Es geht um Hunderte Millionen US-Dollar

Von Thomas Ruttig

Ein großer Teil der Afghanen glaubt, dass ihre beschützten Eliten überhaupt nicht daran interessiert sind, den Krieg zu beenden. Ein Friedensschluss würde nämlich vermutlich nicht nur zum Abzug der meisten westlichen Soldaten führen, sondern die damit verbundenen Finanzströme könnten versiegen. Schon nach dem Ende der ISAF-Mission senkten die USA ihre Zahlungen an Afghanistan deutlich. Zwischen 2012 und 2016 sanken die Gelder laut USAID-Angaben von 13 auf 5,6 Milliarden Dollar. Der Trend für 2017 und 2018 ist weiter stark abnehmend.

Afghanistans Bürger erleben, wie sich die Eliten des Landes am andauernden Krieg bereichern. Hinweise gibt es zur Genüge. Ende August demonstrierten in einem Dutzend afghanischer Provinzstädte vor den örtlichen Büros der Wahlkommission Anhänger von Kandidaten, die von der Parlamentswahl am 20. Oktober ausgeschlossen wurden. Insgesamt 35 Politiker hatte es getroffen. Der Grund: Verbindungen zu illegalen bewaffneten Gruppen.

Zu den Ausgeschlossenen zählt Mullah Tarachel. Der Geistliche aus dem Kabuler Umland ist für seine überdimensionierte Leibwache und illegalen Landerwerb bekannt. Auf diesem Land hat er ein Tankstellennetz aufgebaut, oft ohne Baugenehmigung. In Kabul ließ die Regierung deshalb eine seiner Tankstellen abreißen. Zwei weitere Ausgeschlossene sind die Kufi-Schwester: Fausia, die sich mit einer viel verkauften Autobiografie weltweit als Frauenrechtlerin präsentiert, und Mariam wurden ihre Brüder zum Verhängnis. Einige von ihnen haben staatliche Funktionen wie Distriktgouverneur und Grenzpolizeichef, andere kommandieren regierungsnahen Milizen oder

sind Geschäftsleute. Die Brüder sollen in ihrer Heimatprovinz Badachschan örtliche Sicherheitskräfte auch bei Privatgeschäften eingesetzt haben, zu denen der florierende Drogenhandel über die nahe Grenze zu Tadschikistan gehören soll. Mit solchen Geschäften werden auch Wahlkämpfe finanziert. Generell schüchtern Privatmilizen in weiten Teilen des Landes, in denen die Regierung nur nominell das Sagen hat, Opponenten ein, erzwingen ein genehmes Wahlverhalten oder helfen bei Wahlfälschungen.

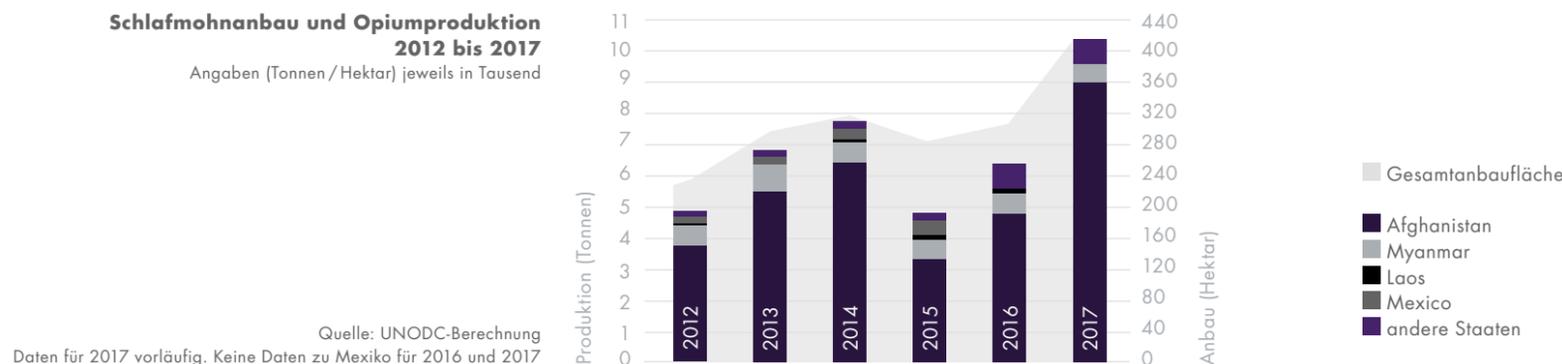
Die Wahlkommission hatte größtenteils auf Beschwerden aus den Wahlkreisen reagiert, war in einigen Fällen aber auch aus eigener Initiative tätig geworden. Die Überprüfung der Kandidaten war erst kürzlich wieder eingeführt worden, nachdem Expräsident Hamid Karzai sie ohne viel Aufhebens – und ohne Proteste westlicher Verbündeter und Geldgeber – aus dem Wahlgesetz hatte streichen lassen.



Bemühungen um Demokratie: Vor der Parlamentswahl am 20. Oktober 2018 schloss die Wahlkommission 35 der über 2500 Kandidaten aus, weil sie Verbindungen zu illegalen bewaffneten Gruppen hatten. Die übrigen werben in Kabul um Stimmen (o.). Eine Wahlhelferin öffnet bei der Präsidentschaftswahl 2014 eine versiegelte Wahlurne (u.)



Schlafmohananbau und Opiumproduktion 2012 bis 2017
Angaben (Tonnen/Hektar) jeweils in Tausend



7000

Wahllokale sollten eigentlich für die Parlamentswahl am 20. Oktober in Afghanistan öffnen. Doch Medienberichten zufolge blieb fast ein Drittel von ihnen wegen der schlechten Sicherheitslage geschlossen.



Ein deutscher ISAF-Soldat im Jahr 2004 vor dem Eingang zum Provincial Reconstruction Team (PRT) in Faisabad

Wahlkampf kostet auch in Afghanistan viel Geld. Lokale Machtbroker, die für Geld Stimmen organisieren, werden umgarnt. Nach afghanischer Sitte werden potenzielle Wähler bei Wahlkampfmeetings verköstigt und am Wahltag zu den Wahllokalen transportiert.

Diese Investitionen müssen wieder reinkommen. Bei den Wahlen geht es neben politischem Einfluss also auch um Pfründe. Viele Abgeordnete sind weniger im Hohen Haus anzutreffen als in den Büros der Minister, wo sie Projekte für ihre Wahlkreise akquirieren oder Verwandten, Bekannten und Unterstützern Jobs verschaffen wollen. Wohlhabende Spitzenpolitiker, meist ehemalige Warlords, zahlen die Ausgaben verbündeter, aber weniger wohlhabender Parlamentarier.

Da kommt gelegen, dass weder im Unterhaus (Wolesi Dschirga – Haus des Volkes) noch im Oberhaus (Meschrano Dschirga – Haus der Älteren) Parteien zugelassen sind und deshalb kein Fraktionszwang herrscht. Vor jeder wichtigen Abstimmung und auch bei Vertrauensfragen oder Misstrauensanträgen müssen neue Mehrheiten zusammengestellt werden. Bei all dem fließen regelmäßig Dollarsummen im vier- bis fünfstelligen Bereich, auch aus dem Präsidentenbüro.

Milliarden fließen

Um weitaus größere Summen geht es bei der Versorgung des in Afghanistan eingesetzten westlichen Militärs – in Spitzenzeiten 140000 Mann – sowie beim Wiederaufbau. Zwischen 1000 und 1400 Milliarden US-Dollar gab die Staatengemeinschaft dafür seit 2001 aus.

Noch lukrativer als Entwicklungsprojekte, bei denen häufig Unterschlagungen vorkommen, sind die Aufträge zur Versorgung und zum Schutz der Soldaten. Das hat eine ganze Klasse buchstäblicher Kriegsgewinnler hervorgebracht. Der Schlüssel bei der Vertragsvergabe ist der Zugang zu den westlichen Geldgebern. Mitglieder der Regierung (auch auf Provinzebene) oder des Parlaments sowie deren Verwandte haben dabei die besten Karten.

Einer der dicksten Brocken in diesem Geschäft war der sogenannte Host-Nation-Trucking-Vertrag (HNT-Vertrag) im Wert von 2,16 Milliarden US-Dollar Jahresvolumen, den das Pentagon 2008 mit acht Firmen in den USA, in Nahost und Afghanistan abschloss. Darüber wurden 70 Prozent der gesamten Logistik für die US-Truppen in Afghanistan abgewickelt. Eine der acht Firmen gehörte Hamed Wardak, Afghane mit US-Staatsbürgerschaft und Sohn von Rahim Wardak, 2004 bis 2012 Verteidigungsminister Afghanistans. Wardak er-

hielt für ein Jahr 360 Millionen Dollar. Eine weitere beteiligte Firma gehört Amanullah Gusar, einem der wichtigsten Feldkommandeure der ehemaligen Nordallianz im Raum Kabul.

Schon 2010 wurde der HNT-Vertrag in einem Bericht des US-Kongresses als „Schutzgeldunternehmen“ bezeichnet, das „Warlordismus, Erpressung und Korruption anfach und möglicherweise eine wichtige Einnahmequelle der Aufstandsbewegung ist“. Beteiligte Firmen haben sehr wahrscheinlich Schutzgelder an die Taliban für ihre Konvois zu den damals 200 Stützpunkten der US-Truppen bezahlt.

Im Norden Afghanistans profitierte besonders Atta Muhammad Nur von dieser Konstellation. Obwohl er im Januar, nach 13 Jahren im Amt, seinen Gouverneursposten in der Provinz Balch verlor, in der sich auch das jetzige Hauptquartier der Bundeswehr befindet, besitzt er dort immer noch das Macht- und Geschäftsmonopol. In Masar-i Scharif geht kaum ein Geschäft ohne ihn oder seine Familie, berichten afghanische Journalisten. Politische Opposition und kritische Medien hat Atta – in den 1990er Jahren noch ein unbedeutender Lokalkommandeur und heute mit Geschäftsinteressen mindestens in Dubai und Zentralasien – weitgehend ausgeschaltet. Dies dürfte auch Vertretern deutscher Ministerien nicht unbekannt geblieben sein, aber Kritik wird öffentlich nicht geübt, weil das die Sicherheit der Soldaten der Bundeswehr gefährden könnte. Atta amtierte schon, als im April 2011 ein Mob das UN-Büro in Masar-i Scharif stürmte und drei Mitarbeiter und vier Wachmänner aus Nepal umbrachte. Attas Sicherheitskräfte hatten die Attacke damals nicht verhindert.

Granaten aufs PRT

Weniger bekannt ist Kommandeur Nasir Muhammad, dessen Kämpfer jahrelang das frühere deutsche Provincial Reconstruction Team (PRT) in der Provinz Badachschan bewachten. Er ließ immer mal wieder Granaten auf das Lager abfeuern, um sicherzustellen, dass seine Dienste weiter benötigt würden. Schon als die Bundeswehr im Jahr 2004 ihr Lager errichtete, galt er laut „Die Zeit“ als „größter Drogenhändler der Region“. Zwischenzeitlich stieg Nasir zum Bürgermeister der Provinzhauptstadt und dann zum Polizeichef auf.

Auf oberster Ebene profitierte die Familie von Expräsident Hamid Karzai (2001 bis 2014) von Direktzahlungen westlicher oder anderer Geheimdienste. Bekannt wurden Millionenzahlungen aus dem Iran, die von dort in Plastiktüten eingeflogen wurden, wie die New York Times 2010 berichtete. In ihrer Heimatstadt Kandahar verpachten die Karzais der CIA Land für deren Stützpunkte. Ein Bruder baute und verkaufte Luxuswohnungen auf Land, das früher einmal dem Staat gehört haben soll. Ein anderer Bruder, Ahmad Wali, der 2011 ermordet wurde, mischte im Logistikgeschäft mit, ebenso zwei Neffen des Expräsidenten, Zabeh und Ahsan. Zudem baute Ahmad Wali eine Miliz auf, die mit den Amerikanern auf Talibanjagd ging. Steve Coll, Journalist beim New Yorker, bezeichnet in seinem jüngsten Buch „Direktorat S“ das Geschäftsgehabe der Karzais in Südafghanistan als „Schutzgeldunternehmen“ und zitiert Berichte der US-Botschaft, dass Wali Karzai „in weiten Kreisen als korrupt und Drogenhändler“ bekannt war.

Mehr als drei Millionen Afghanen profitieren schätzungsweise von der Opiumindustrie, das ist gut jeder Zehnte.

Die letzten zehn Plätze im Korruptionswahrnehmungsindex 2017 der Organisation Transparency International

174	Nordkorea
175	Äquatorialguinea
176	Guinea-Bissau
177	Libyen
178	Sudan
179	Jemen
180	Afghanistan
181	Syrien
182	Südsudan
183	Somalia

Wirtschaftswachstum in Afghanistan



Steigerung der Exporte



Quelle: Weltbank

Sein Nachfolger, General Abdul Razeq, Kandahars heutiger Polizeichef und ebenfalls ein Karzai-Verbündeter, kontrolliert den Drogenhandel und weitere lukrative Schmuggelaktivitäten aus Pakistan über den zweitwichtigsten Grenzübergang in Spin Boldak. Obwohl renommierte US-Zeitungen davon in allen Details berichteten, lassen sich US-Kommandeure immer wieder Arm in Arm mit ihm ablichten. Verbündeten gegen die Aufständischen wird einiges nachgesehen.

Weitere lukrative Geschäftsfelder, die sich Regierungsmitglieder und Taliban teilen, sind die Drogenwirtschaft und der Bergbau. Allein der Ausstoß der Opiumindustrie, der 2017 den absoluten Weltrekordwert von 9000 Tonnen erreichte, hat nach UN-Angaben einen geschätzten Marktwert zwischen 4,1 und 6,6 Milliarden US-Dollar. Kriegsbedingt hat sich die Produktion zwischen 1979 und 2002 verfünffach und ist seither noch einmal auf das 4,5-Fache gewachsen. Der US-Thinktank Brookings schätzt, dass ein Viertel der Gewinne an die Produzenten geht. Mehr als drei Millionen Afghanen profitieren schätzungsweise von der Opiumindustrie, das ist gut jeder Zehnte. Drei Viertel der Gewinne gehen an Händler und Geldwäscher, meist außerhalb des Landes. Laut Brookings lagen 2017 die geschätzten Einnahmen der Taliban aus der Opiumwirtschaft bei 116 bis 184 Millionen US-Dollar. Afghanistan ist inzwischen laut UN-Statistiken auch wieder der größte Haschischproduzent der Erde.

Teile der Umwandlung von Opium in Heroin sollen inzwischen nach Afghanistan verlagert worden sein, was die Gewinnspannen der Beteiligten noch einmal kräftig erhöht. Damit verbunden ist der weitverbreitete Ämterkauf, etwa im notorisch korrupten Innenministerium – Positionen als Distriktgouverneur oder Polizeichef entlang wichtiger Drogenrouten werden im sechsstelligen Dollarbereich gehandelt, wie man von Insidern in Kabul erfahren kann. Auch hier werden Schutzgelder abgeschöpft. Verhaftete Drogenhändler kaufen sich regelmäßig frei, wenn sie nicht sowieso mit örtlichen Machthabern kooperieren.

Im Bergbau – in Afghanistan gibt es vor allem Gold, Kupfer, Bauxit für die Aluminiumherstellung, Marmor und Lithium – stehen mindestens die Hälfte aller Bergwerke nicht unter Regierungskontrolle. Auch hier teilen sich lokale Machthaber, Regierungsbeamte und Taliban oft die Einkünfte, oft in gegenseitiger Absprache.

Offiziere verkaufen an Taliban

Weitere wichtige Einnahmequellen sind sogenannte Geistersoldaten und -polizisten, also solche, die zwar auf Soldlisten stehen und bezahlt werden, aber nicht existieren. Dieses Geld stecken sich Vorgesetzte ein. (Das fiktive Personal fehlt dann, wenn es seine Stellungen gegen Talibanangriffe verteidigen soll.) Zudem verkaufen verantwortungslose Offiziere Treibstoff, Munition und selbst Waffen an die Taliban. Es gibt aber auch Geisterlehrer und selbst-schulen. Nicht zuletzt deshalb sind offiziell im Umlauf befindliche Schülerzahlen mit großer Vorsicht zu genießen.

Ursprung der systemischen Korruption in Afghanistan sind die Millionen-zahlungen der CIA an eine ganze Serie von Warlords, die der Geheimdienst

nach dem 11. September 2001 so als Verbündete zum Sturz des Talibanregimes gewonnen hatte, nicht zuletzt, um dadurch die Zahl der US-Truppen und deren Verluste zu minimieren. Das ist inzwischen durch ein gutes Dutzend Memoiren Beteiligter bekannt. Die Warlords reinvestierten dieses Geld sowie die Gewinne aus dem Drogenhandel. Sie bewaffneten ihre Milizen wieder, kauften Ämter und manipulierte Wahlen. Inzwischen sind die Gelder gewaschen. Den Warlords gehören ganze Straßenviertel. Jeder in Kabul kennt die Namen der Inhaber großer Hotels, Shopping Malls und Privatbanken. Noch größer dürfte der Kapitalabfluss sein. Schätzungen zufolge flossen allein 2011 in bar 4,5 Milliarden US-Dollar legal über den Flughafen Kabul ab – vor allem nach Dubai und in westliche Länder. Bis 2012 war das völlig legal, nur dass sehr wahrscheinlich das Geld illegal erworben wurde. Im Oktober 2009 traf der damalige Vizepräsident Ahmad Zia Massud mit 52 Millionen Dollar in Dubai ein.

Die meisten Geldtransporte sollen über die inzwischen abgewickelte Fluggesellschaft Pamir Air gelaufen sein. Sie gehörte der privaten Kabul Bank, einem Bruder Karzais sowie einem Bruder des damaligen Verteidigungsministers Fahim. Einem der beiden Chefs der Kabul Bank, Scher Khan Farnud, gehörten damals 39 Immobilien auf der Jumeirah-Palmeninsel, einem künstlich angelegten Millionärsdomizil. Farnud starb im August in einem Kabuler Gefängnis, die Kabul Bank brach 2010 zusammen. Sie hatte sich mit ihren Einlagen verspekuliert, woraufhin Polizisten-, Lehrer- und andere Beamtengehälter nicht mehr ausgezahlt werden konnten. Ihre politisch einflussreichen Aktionäre hatten ihr das Monopol auf diese Überweisungen gesichert. Bis heute sind Hunderte Millionen Dollar verschwunden.

Schwerer zu messen sind die Umsätze der internationalen Rüstungs- und Sicher-

heitsindustrie, die aus dem Afghanistankrieg resultieren. Zu den Milliarden-auftragsnehmern gehörte die Firma Blackwater – inzwischen nicht mehr unter diesem Namen tätig. Aber ihr Gründer Erik Prince, jetzt geschäftsführender Direktor der Firma Frontier Services Group, versucht gerade erneut, die Trump-Regierung davon zu überzeugen, den Afghanistankrieg zu privatisieren. Zugang zum Weißen Haus hat er. Seine Schwester, die Milliardärin Betsy DeVos, ist amerikanische Bildungsministerin. Allerdings hat Verteidigungsminister James Mattis gerade diesen Vorstoß abgeschmettert. „Wenn die Amerikaner die Reputation ihres Landes in die Waagschale werfen, ist Privatisierung wahrscheinlich keine gute Idee.“

Allerdings sind die privaten sogenannten Contractors in Afghanistan schon seit Jahren gegenüber den dort stationierten US-Soldaten in der Mehrzahl. Im Juli 2018 waren es nach US-Centcom-Angaben knapp 27000 – während die USA etwa 11000 Soldaten dort haben. Die Contractors sichern, kämpfen und steuern Drohnen, ein Teil von ihnen sorgt für die Verpflegung und Ausstattung der Soldaten. Einige sind sogar in den Lagezentren von Militär und Geheimdiensten dabei und folterten zumindest in den ersten Jahren in deren Auftrag.

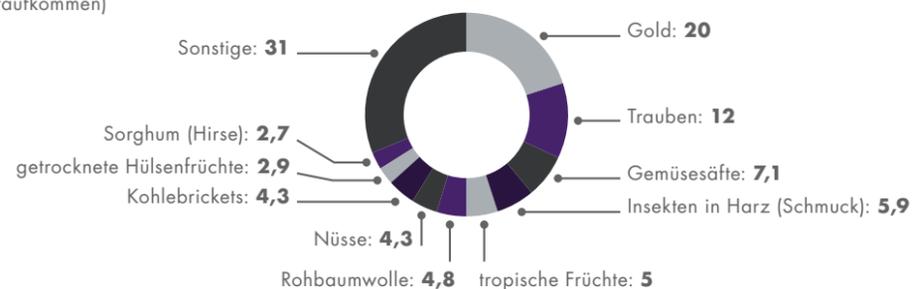
Die Beispiele zeigen auch, dass die westlichen Regierungen Korruption und Direktzahlungen gezielt als politisches Mittel eingesetzt haben, um Loyalitäten zu kaufen und zu erhalten. Darunter gelitten hat das Vorhaben, in Afghanistan demokratische Institutionen zu verankern.



Thomas Ruttig ist Co-Direktor des Afghanistan Analysts Network, eines unabhängigen Think Tanks mit Sitz in Kabul und Berlin. www.afghanistan-analysts.org

Afghanistans Exporte 2016

(Prozentangaben: Anteil am gesamten Exportaufkommen)



Quelle: Observatory of Economic Complexity, <https://atlas.media.mit.edu>

13

Jahrelang war Hamid Karzai Präsident Afghanistans. Manche lobten ihn als „Brückenbauer“, andere bezeichneten ihn als „Bürgermeister von Kabul“. Ein Porträt nennt beachtliche Erfolge Karzais, aber berichtet auch über mutmaßlichen Betrug: www.tinyurl.com/karsai-bilanz



Rüstungsgut im Einsatz gegen Bürger: Ägyptische Soldaten haben mutmaßliche Plünderer an einen Panzer gefesselt (2011)

Es war kein Geringerer als Sigmar Gabriel, der im Januar 2016 als Bundeswirtschaftsminister den Vorschlag eines Rüstungsexportkontrollgesetzes in die Debatte einbrachte. Dazu sollten die geltenden „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 und die Exportgrundsätze für Kleinwaffen aus dem Jahr 2015 in ein verbindliches Gesetz gegossen werden. „Wir denken darüber nach, statt der ganzen Richtlinien ein echtes Rüstungsexportgesetz zu schaffen“, so Gabriel. Zur Ausarbeitung des Gesetzes sollte eine Expertenkommission eingesetzt werden.

Dazu ist es jedoch nicht gekommen. Im Oktober 2016 initiierte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zwar einen Konsultationsprozess zur Zukunft der Rüstungsexportkontrolle. Die Fachgruppe Rüstungsexporte der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) beteiligte sich an diesem Prozess und unterstützte die Überlegungen, ein derartiges Gesetz auf den Weg zu bringen. Nach vier Expertenanhörungen wurde der

DEUTSCHLAND BRAUCHT EIN RÜSTUNGSEXPORT-KONTROLLGESETZ

Bei der Einschränkung von Rüstungsexporten gibt es durchaus positive Entwicklungen. Aber oft widerspricht die Praxis den Politischen Grundsätzen

Von Martin Dutzmann

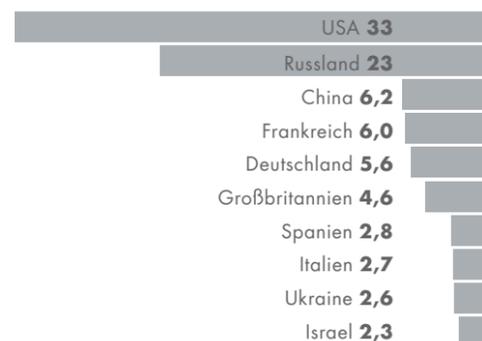
Konsultationsprozess mit einer Abschlussveranstaltung im März 2017 jedoch ohne konkretes Ergebnis beendet. Nicht einmal ein Abschlussbericht wurde veröffentlicht. Offensichtlich fehlte es der damaligen Großen Koalition im Wahljahr 2017 am politischen Willen, in diesem sensiblen Politikfeld verbindliche und strikte Regelungen einzuführen. Und auch die derzeitige Koalition von Union und SPD ist in dieser Frage wenig aktiv und tief gespalten. Auf einer Podiumsdiskussion der GKKE im April betonte der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Karl-Heinz Brunner, der dem Verteidigungsausschuss angehört, dass er alles dafür tun werde, dass noch 2018 ein Referentenentwurf für ein Rüstungsexportkontrollgesetz erstellt wird. Gleichzeitig machte Klaus-Peter Willsch als Abgeordne-

ter der CDU und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie auf diesem Podium deutlich, dass er keinen Bedarf für eine Verschärfung des aus seiner Sicht ohnehin schon strengen deutschen Regelwerks zur Rüstungsexportkontrolle sehe.

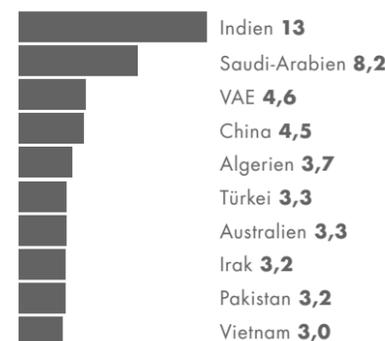
Warum überhaupt fordert die GKKE ein derartiges Gesetz?

Deutschland ist weltweit einer der größten Exporteure von Rüstungsgütern und Kriegswaffen. Dabei ist es unerheblich, ob unser Land nun an dritter oder an fünfter Stelle der entsprechenden Rangliste liegt. Tatsächlich unterliegen die Genehmigungswerte der Rüstungsexporte deutlichen Schwankungen. Eine vergleichende Betrachtung der Einzelausfuhrgenehmigungen der letzten 20 Jahre zeigt dies. Gleich-

Die wichtigsten Exporteure schwerer Waffen
(2012 bis 2016, Weltmarktanteil in Prozent)



Die wichtigsten Importeure schwerer Waffen
(2012 bis 2016, Weltmarktanteil in Prozent)



wohl gibt es einen eindeutigen Trend – und zwar nach oben. Dies trifft sowohl für die Gesamtsumme der Exporte zu als auch für den Anteil von Exporten in sogenannte Drittstaaten, also in Länder, die nicht der NATO angehören oder dieser gleichgestellt sind. Vor allem diese Drittstaatenexporte, insbesondere in Entwicklungsländer und Krisengebiete, sind sowohl entwicklungs- als auch friedenspolitisch äußerst problematisch. Von der GKKE werden sie deshalb immer wieder scharf kritisiert.

Die GKKE wird bei ihrer Kritik von der ethischen Grundposition geleitet, dass es sich bei diesem grenzüberschreitenden Transfer von Kriegswaffen und Rüstungsgütern um die Weitergabe von Gewaltmitteln, Waren und Leistungen handelt, die unmittelbar oder mittelbar den Tod von Menschen verursachen können. Der Transfer von Waffen ist aus Sicht der GKKE grundsätzlich nach denselben ethischen Kriterien wie die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu beurteilen. Auf einen Fall dürfen Rüstungstransfers gewalteskalandierendes Handeln von Staaten nach innen wie nach außen begünstigen.

Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung lagen im Jahr 2017 die Genehmigungswerte für Lieferungen an diese Drittstaaten bei 3,795 Milliarden Euro und machten damit über 60 Prozent sämtlicher Einzelgenehmigungen aus. Allein für das Entwicklungsland Ägypten wurden Exportgenehmigungen in Höhe von 708 Millionen Euro erteilt, u. a. für die Lieferung eines U-Boots. Wozu eigentlich benötigt Ägypten ein Hightech-U-Boot aus deutscher Produktion? Jeder Euro, der von der ägyptischen Regierung für Rüstungsgüter ausgegeben wird, kann beispielsweise nicht zur Sanierung des völlig maroden Bildungssystems verwendet werden.

Die augenblicklichen Regelungen

Für Saudi-Arabien, das die Militärkoalition gegen die Huthi-Rebellen im Jemen

anführt, genehmigte die Bundesregierung im Jahr 2017 Rüstungsgüter im Wert von über 250 Millionen Euro. Diese umfassen vor allem Patrouillenboote. Durch die Seeblockade jemenitischer Häfen hat sich die humanitäre Katastrophe, die sich derzeit im Jemen ereignet, weiter verschärft. Der Bundesregierung kann angesichts dieser Genehmigungen indirekt gar eine Beteiligung am Bruch des humanitären Völkerrechts im Jemen vorgeworfen werden.

Das deutsche Regelwerk zu Rüstungsexporten ist kompliziert und – theoretisch – insbesondere im Blick auf Drittstaaten durchaus restriktiv: Schon im Grundgesetz heißt es in Artikel 26 Absatz 2: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Direkt zur Kriegsführung bestimmte Waffen unterliegen in der Genehmigung dem Kriegswaffenkontrollgesetz, sonstige Rüstungsgüter fallen unter das Außenwirtschaftsgesetz. Die Politischen Grundsätze verbieten ausdrücklich Exporte in kriegführende Staaten: „Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder,

- die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht
- in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen droht oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft würden.“

Die operationale Zuständigkeit für die Exportgenehmigungen liegt beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), einer Bundesbehörde im Geschäftsbereich des BMWi. Schwierige Einzelfälle werden im geheim tagenden Bundessicherheitsrat entschieden. Er setzt sich aus Vertretern des Bundeskanzler-

amts, des Auswärtigen Amts, des BMWi, des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zusammen. Er unterliegt keinerlei parlamentarischer Kontrolle. Der Bundessicherheitsrat ist in der Geschäftsordnung der Bundesregierung nicht aufgeführt und geht auf einen Kabinettsbeschluss der Regierung Adenauer zurück. Dazu eine kleine Randnotiz: In der schwarz-gelben Regierungskoalition (2009 bis 2013) gehörte Dirk Niebel als Bundesentwicklungsminister diesem Bundessicherheitsrat an. Rund ein dreiviertel Jahr nach dem Ende der Koalition wurde im Juli 2014 bekannt, dass er zum Januar 2015 als Chieflobbyist in den Vorstand des Rüstungskonzerns Rheinmetall wechseln würde. Das Insiderwissen über die Entscheidungsfindungen im Bundessicherheitsrat dürfte sich für Rheinmetall schnell rentieren haben.

Leitlinien und Praxis widersprechen sich

Seit vielen Jahren beklagt die GKKE diesen anhaltenden Widerspruch: Auf der einen Seite existieren gesetzliche Grundlagen, Politische Grundsätze und der – auch im aktuellen Koalitionsvertrag – erklärte Wille, Rüstungsexportpolitik restriktiv zu gestalten. Auf der anderen Seite steht die tatsächliche und diesen Grundlagen völlig widersprechende Genehmigungspraxis. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Nicht zuletzt schadet dieser Widerspruch der Glaubwürdigkeit deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik. Konkret fordert die GKKE, nicht nur die Politischen Grundsätze aus dem Jahr 2000, sondern auch die inhaltlichen Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU von 2008 in ein verbindliches Gesetz und damit in deutsches Recht zu überführen. Ein derartiges Gesetz soll die Transparenz der Exportentscheidungen erhöhen. Darüber hinaus fordert die GKKE, dass die Begründungspflicht hin



Prälater Dr. Martin Dutzmann ist Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am Sitz der Bundesregierung und der Europäischen Union und evangelischer Vorsitzender der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE).

zu den Befürwortern von Rüstungsexporten verlagert wird und die Kontrollbefugnisse des Bundestages gestärkt werden.

Dabei geht es der GKKE auch um die Verstetigung positiver Entwicklungen, die in der letzten Legislaturperiode ohne Frage begonnen haben. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatte im Mai 2014 im Vorwort des ersten von ihm verantworteten Rüstungsexportberichts deutlich gemacht, dass Rüstungsexporte kein Mittel der Wirtschaftspolitik, sondern ein Instrument der Sicherheitspolitik sind. Mit der Verabschiedung der Kleinwaffengrundsätze hatte die Große Koalition 2015 deutliche Einschränkungen für deren Export festgelegt. Auch ist die Transparenz rüstungsexportpolitischer Entscheidungen gewachsen. Die letzten jährlichen Regierungsberichte wurden bereits im Sommer des Folgejahres vorgelegt, und es wurden halbjährliche Zwischenberichte veröffentlicht. Dass das so bleibt, darf jedoch nicht vom guten Willen der jeweiligen Regierung abhängig sein. Es bedarf der Verstetigung dieser ersten Schritte und deren Fortsetzung durch rechtlich verbindliche Regelungen. Auch darum brauchen wir jetzt ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz. ▲

Deutsche Exporte von Großwaffen und deren Komponenten (2007–2016)

Jahr	Wert in Milliarden TIV ¹	Weltweite Platzierung
2016	2,81	3
2015	1,79	4
2014	1,76	3
2013	0,73	8
2012	0,82	7
2011	1,35	5
2010	2,74	3
2009	2,53	3
2008	2,38	3
2007	3,31	3

Quelle: www3.gkke.org

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für ein bestimmtes Waffensystem und repräsentiert damit nicht automatisch den tatsächlichen Verkaufswert des Transfers.

„Die Bundesregierung legt (...) besonders strenge Maßstäbe an die Genehmigungserteilung für Exporte von Kleinwaffen in Drittstaaten, insbesondere Entwicklungsländer, an.“

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, im Rüstungsexportbericht 2014

In Europa tauchten die ersten Militärfirmen bereits im Hundertjährigen Krieg auf



Wallenstein kämpfte als Oberbefehlshaber der kaiserlichen Armee im Dreißigjährigen Krieg (1618 bis 1648) gegen die Protestantische Union. Er hielt ein Heer von Söldnern und wurde damit selbst reich. Abbildung: Wallensteins Lager (1885), Künstler: keine Angabe

SICHERHEIT FÜR DEN HÖCHSTBIETENDEN

Wie dem Piraten haftet dem Söldner ein dubioser Ruf von Abenteuer, Gefahr und nahezu unbegrenzten Verdienstmöglichkeiten an. Und: Der Markt für private Militärfirmen wächst

Von Klaus M. Brust

Zahlreiche Geschichten und dramatisierte Mythen spielen mit dem Rambo-Image von sogenannten Söldnern, oder Contractors, das durch neuere Filme wie „Das Kartell“ oder „Das A-Team“ noch zusätzlich genährt worden ist. Ein gutes Beispiel dafür ist der Film „Green Zone“ (USA 2010), in dem es um Kunstraub im heutigen Irak geht.

Berühmte Söldnerführer wie z. B. „Black Jack“ Jacques Schramme, Siegfried „Kongo“ Müller und „Mad“ Mike Hoare sorgten schon zur Zeit des Kalten Kriegs und der Dekolonialisierungsprozesse für Legendenbildung. In zahlreichen Publikationen ist seit dem Krieg in Afghanistan im Zusammenhang mit der Entwicklung und Verbreitung privater Militärfirmen (Private Military Companies, im Folgenden:

PMC) daher von einer „Rückkehr der Söldner“ oder einer Renaissance der „Condottieri“ die Rede. Die im Rahmen der allgemeinen Abrüstung und Privatisierung neu entstandene sogenannte Sicherheitsindustrie versichert und organisiert dabei u. a. die Begleitung von Konvois, den Schutz hochrangiger Personen oder das Räumen von Minen. Die Anschläge vom 11. September und der anschließende „Krieg gegen den Terror“ haben diesen Trend zur Privatisierung und zum Outsourcing der Exekutive zusätzlich noch erheblich verstärkt.

PMC sind dabei als privatwirtschaftliche Unternehmung jedoch nichts Neues – in Europa tauchten die ersten Militärfirmen bereits im Hundertjährigen Krieg auf; und während des Dreißigjährigen Kriegs wurde Wallenstein mit seiner Privatarmee

zum reichsten Mann des Kontinents. Während privaten Akteuren des internationalen Systems wie NGO (Nichtregierungsorganisationen), multinationalen Konzernen, aber auch Terroristen und Warlords viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, blieben die Aktivitäten international operierender PMC bislang weitgehend unbeachtet. Erst seit den Kriegen in Afghanistan und im Irak erfährt nun eine breite Öffentlichkeit von der Existenz solcher Firmen. Private Militärfirmen sind daher mit ihrer Verbreitung in den letzten knapp 20 Jahren zunehmend ins Blickfeld der internationalen Forschung geraten. In Deutschland hingegen blieb das Auftauchen von Söldnerfirmen bisher noch weitgehend unberücksichtigt. Die Arbeiten zu dem Thema private Sicherheits- und Militäranbieter

7500 bis 15 000

US-Dollar pro Einsatzmonat zahlt die deutsche Sicherheitsfirma Asgaard German Security Group einem „Contractor im Personenschutzkommando eines Schutzauftrages in Bagdad“ laut einer Annonce auf der Unternehmenshomepage.

Quelle: www.asgaard-gsg.de/karriere/bewerbung

gruppieren sich vor allem um drei (eng verknüpfte) Themenbereiche: die Auswirkungen der Privatisierungsprozesse exekutiver Aufgaben und des Outsourcings militärfachlicher Aufgaben auf das internationale System, die Möglichkeiten einer Regulierung des Geschäftsfeldes der PMC und schließlich die Einbindung von PMC für (privatisierte) Friedensmissionen.

Profit statt Loyalität

Aber nicht erst seit Beginn des 21. Jahrhunderts spielen PMC eine zunehmend wichtige Rolle. Sie haben schon seit den 1960er Jahren immer wieder in regionale Konflikte

suchten und sich samt ihrer Erfahrung und manchmal auch ihrer Kampfausrüstung neuen Arbeitgebern andienten. Diese Vorläufer der modernen PMC waren Techniker des Kriegs und der Subversion, ideologische Identifikationsmuster waren und sind ihnen dabei auch heute noch fremd. Die Angehörigen von PMC fühlen sich in der Regel jedoch weder einem Staat verpflichtet noch sind sie Akteure des internationalen Systems. Sie sind also frei von Regulierungen des Kriegsvölkerrechts, wie beispielsweise dem Prinzip der Einhaltung von Verträgen oder der Respektierung elementarer Menschenrechte. Das einzige

einer Auseinandersetzung mit diesem Phänomen in der entwicklungs- und sicherheitspolitischen Debatte Deutschlands einzuschätzen. So kann man feststellen, dass durch das Ende des Kalten Kriegs eine ganze Reihe von Staaten durch den Verlust ihrer Schirmherren weiter destabilisiert wurde und nun von einzelnen Warlords als ökonomische Pfründe aufgeteilt werden. Viele Regierungen sind unter diesen Bedingungen innenpolitischer Spannungen immer weniger in der Lage, die Sicherheit ihrer Bürger und der in ihrem Land tätigen Unternehmen zu gewährleisten. Nicht selten sind es dann private Sicherheits-

Man braucht nicht allzu viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass in nicht allzu ferner Zukunft irgendwo in Afrika die Privatarmeen zweier großer westlicher Konzerne aufeinanderstoßen, um auf diese Art ihren Konkurrenzkampf um Bohrrechte und Schürfkonzessionen auszutragen.

eingegriffen. Die heutigen PMC arbeiten jedoch anders als die berüchtigten „Dogs of War“ der nachkolonialen Zeit, für deren Einsätze schon eine kleine Truppe von Spezialisten ausreichte. So kämpften französische, belgische, britische und südafrikanische Exsoldaten im Kongo, in Sierra Leone und in Mosambik. Die meisten der damaligen Söldner waren Veteranen, die ihren Halt in der bürgerlichen Gesellschaft verloren hatten, neue Verdienstmöglichkeiten

Kriterium von Kriegführung und söldnerhafter Verdingung in einer PMC ist somit der maximale Profit.

Verschiedene, scheinbar widersprüchliche Interpretationen dieser neuen Akteure in der internationalen Sicherheitspolitik, gepaart mit teilweise pauschalen Beurteilungen und Sichtweisen, haben bisher die Etablierung eines differenzierten und umfassenden Verständnisses erschwert. Umso problematischer ist das weitgehende Fehlen

unternehmen, welche diese den Staat in seiner Souveränität gefährdenden Lücken zu füllen versuchen und die zugleich den weiteren Zerfall staatlicher Ordnungen und das Scheitern von Staatlichkeit beschleunigen. PMC werden dadurch zu einem immer wichtigeren Randphänomen im Grenzbereich zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Die deutsche und europäische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik wird sich mit den



O.T.L. i.G. Dr. Klaus Markus Brust ist Generalstabsoffizier der Bundeswehr und aktuell Verteidigungsattaché für Marokko und Mauretanien.

Grundlagen und Auswirkungen des Einsatzes von PMC in Entwicklungsländern, gegebenenfalls aber auch an ihren Außengrenzen, in absehbarer Zeit verstärkt beschäftigen müssen. Welche politische Tragweite die privatwirtschaftlichen Aktivitäten von PMC annehmen können, zeigte sich beispielsweise im Jahr 1998, als die Regierung Tony Blairs durch eine Verbindung des britischen Außenministeriums zur PMC „Sandline International“ in erhebliche politische Schwierigkeiten geriet. Die daraufhin einsetzende Debatte in Großbritannien machte deutlich, dass das Engagement von PMC an eine Vielzahl von politisch und ethisch ungeklärten Fragen geknüpft ist – und sein muss.

Wer beauftragt die Warlords?

Weit bedenklicher jedoch sind die Professionalisierung der Armeen in Abhängigkeit zu den am privaten Markt erhältlichen Fähigkeiten (z. B. Wartung von technischem Gerät oder Chartern von Transportmaschinen für den strategischen Lufttransport), der Verkauf der ehemals staatlichen Monopole an den kostengünstigsten Anbieter und die dadurch insgesamt steigende Bedeutung der PMC für solche Staaten, die keine stehende Berufsarmee finanzieren oder sie politisch nicht legitimieren können.

Schließlich bleiben die Fragen nach dem moralischen Wertekanon und der staatsgebundenen Loyalität unbeantwortet. So sollen Mitarbeiter von PMC in Kolumbien selbst am Drogenhandel beteiligt gewesen sein oder im Kosovo Minderjährige zur Prostitution gezwungen haben.

Die größte Herausforderung dabei ist, dass die Einsätze von PMC von keinem Parlament kontrolliert werden. Dadurch können aber nicht nur Regierungen Kriege führen, sondern auch rein ökonomisch orientierte Großkonzerne. Dabei verbinden sie sich aus wirtschaftlichen Interessen heraus mit Warlords und kleinen Diktatoren, die dadurch auch politisch hoffähig werden. Man braucht nicht allzu viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass in nicht allzu ferner Zukunft irgendwo in Afrika die Privatarmeen zweier großer westlicher Konzerne aufeinanderstoßen, um auf diese Art ihren Konkurrenzkampf um Bohrrechte und Schürfkonzessionen auszutragen. Ihre fest angestellten Contractors könnten sich dabei als Ausbilder, Planer und Techniker diskret im Hintergrund halten; das eigentliche, blutige Geschäft würde dann von lokalen Milizen oder regulären Verbänden erledigt. Wenn man sich nur ein wenig mit den aktuellen Konflikten im Ostkongo beschäftigt, bei denen es hauptsächlich um Diaman-

ten und das von der Elektronikindustrie heiß begehrte Coltan geht, drängt sich der Verdacht auf, dass die lokalen Warlords bereits heute im Auftrag von Großkonzernen agieren.

Staaten sind ohnehin schon seit Jahren nicht mehr die einzigen Akteure in den internationalen Beziehungen, und auch Kriege werden nicht mehr nur zwischen Staaten geführt. Im Gegenteil: Die Zahl der zwischenstaatlichen Kriege sinkt weltweit, während das Ausmaß inner- und transstaatlicher Gewalt zunimmt. Besonders für diese Konfliktform würde sich dann der zeitlich begrenzte Einsatz hochspezialisierter PMC anbieten. Kein anderes Gewerbe profitiert in so hohem Maße von den weltweit wachsenden, multiplen Schutzbedürfnissen wie die Branche der PMC. Sicherheit wird in der Folge zu einem Gut für den Höchstbietenden, sei es privat oder staatlich.

Der Einsatz der „neuen“ Söldner ist und bleibt dabei höchst umstritten: Während die Befürworter solcher Firmen in den PMC ein legitimes und effizientes Instrument der internationalen Friedenssicherung sehen, warnen Kritiker vor der großen Gefahr dieser Entwicklung – dem Ausverkauf des staatlichen Gewaltmonopols. ▲

„Eine Welt, in der Privatkriege geführt werden, ist eine Welt mit mehr Krieg.“

Sean McFate, hat früher selbst für eine private Militärfirma gearbeitet und ist heute Dozent für Sicherheitspolitik an der Georgetown University und Experte für Söldnertum.

Quelle: www.vice.com

Beispiele internationaler Sicherheits- und Militärfirmen

Deutschland	Asgard German Security Guards – Consulting GmbH BA Enterprises (vormals Bodyguard Akademie)
Frankreich	Barril Sécurité GEOS
Großbritannien	Aegis Defence Services AKE Group
Russland	Gruppe Wagner Moran Security Group
USA	3D Global Solutions Academi (früher Blackwater Worldwide und XE Services)

KARTELL- WIRTSCHAFT

Durch die Geschäfte von Mexikos Drogenkartellen verliert der Staat Milliarden. Die Privatwirtschaft hingegen profitiert teilweise. Sogar das Verteidigungsministerium verdient an den bürgerkriegsähnlichen Zuständen

Von Wolf-Dieter Vogel

Die Bilanz des mexikanischen Krieges gegen das organisierte Verbrechen fällt bitter aus: 235 000 Tote, 37 000 Verschwundene und Hunderttausende, die ihre Heimat verlassen mussten – das alles in einem Zeitraum von zwölf Jahren. Seit die Regierung im Jahr 2006 die ersten Armeeeinheiten gegen die Kriminellen mobilisiert hat, sind einige Regionen Mexikos zum Kriegsschauplatz geworden. 52 000 Soldaten mobilisierte das Verteidigungsministerium 2017, um die Polizeikräfte zu unterstützen. Das Ergebnis: Mexiko zählt zu den gefährlichsten Ländern der Welt. Häufig wird es in einer Reihe mit Afghanistan, Syrien oder dem

Jemen genannt. Doch mit den Konflikten dieser Länder haben die Probleme in Mexiko wenig gemein. Der lateinamerikanische Staat gehört zu den reichsten weltweit, verfügt über große wirtschaftliche Ressourcen und kämpft gegen einen Gegner, der schwer zu definieren ist.

Die „Drogenmafia“, wie die Kartelle irreführend genannt werden, ist mehr als eine Ansammlung verschworener Verbrechergruppen. Es handelt sich um Großunternehmen, in deren Strukturen Bauern, Taxifahrer und Spediteure ebenso eingebunden sind wie korrupte Polizisten, Bürgermeister, Juristen und Politiker von lokaler bis nationaler Ebene. Die einen bauen Schlafmohn und

Marihuana an, transportieren Schmuggelware oder spähen Ortschaften aus, um vor Sicherheitskräften zu warnen. Die anderen sorgen dafür, dass die Geschäfte reibungs- und straflos vonstattengehen.

Der Handel mit Amphetaminen, Heroin oder Marihuana ist dabei nur einer von vielen Geschäftszweigen. „Die organisierte Kriminalität verübt Delikte in 23 Bereichen“, erklärt der Sicherheitsexperte Edgardo Buscaglia von der New Yorker Columbia-Universität. „Sie schmuggeln Waffen, bringen Migranten illegal über die Grenzen bis in die USA, organisieren Prostitution und handeln mit Raubkopien und Organen.“ Auch der illegale Abbau



Gezeichnetes Land:
Das Zeta-Kartell bekräftigt mit einem Z in einem Hügel im nordmexikanischen Bundesstaat Coahuila seinen Anspruch auf die Region, 2010

Kartelle in Mexiko und ihre Einflusszonen

- Sinaloa-Kartell
- Golf-Kartell
- Los Zetas
- Golf-Kartell / Los Zetas
- Los Caballeros Templarios
- Jalisco Nueva Generacion
- Juarez-Kartell
- Beltran-Leyva-Kartell
- La Familia Michoacana
- kein Kartell dominierend



Quelle: DEA, Stand: 2015

„Die Stadt ist dafür bekannt, dass dort Geldwäsche und legale Geschäfte sowie Drogenschmuggel zusammenkommen. Wenn sie denken, dass sie Schüsse hören, suchen sie Deckung.“

Sicherheitshinweis für die zentralmexikanische Stadt Guadalajara des US-amerikanischen **Overseas Security Advisory Council (OSAC)**, das Geschäftsleuten Empfehlungen für Dienstreisen ins Ausland gibt.

von Edelmetallen, Erpressung, Entführungen sowie der groß angelegte Diebstahl von Benzin gehen auf das Konto der Kartelle.

Allein durch den Kraftstoff, den die Kriminellen aus den Rohren abzweigen, hat das staatliche Energieunternehmen Pemex schon über 1,3 Milliarden Euro eingebüßt. Inse-

tet die Kriminalität jeden Mexikaner jährlich 1300 Euro.

In diese Berechnungen fließen schwer berechenbare Faktoren ein. Neben den staatlichen Ausgaben für den Sicherheitsapparat spielt beispielsweise sinkendes Konsumverhalten eine Rolle. In Städten, die von der Gewalt beherrscht werden, gehen viele nicht mehr aus. Fir-

Sicherheitsexperte Buscaglia hält die Unterscheidung in kriminelle und rechtlich einwandfreie Geschäfte für schwierig: „70 Prozent des Kapitals der Kartelle wandern zur Geldwäsche in legale Unternehmen.“ Ein großer Teil des Gewinnes zirkuliert auf internationaler Ebene. Das bestätigen auch Recherchen des US-Kongresses.

Demnach agiert das Sinaloa-Kartell, das zu den größten Verbrechersyndikaten Mexikos zählt, in 50 Staaten und setzt jährlich 2,5 Milliarden Euro um.

Ein Teil des Mafiageldes landet aber auch in der lokalen Wirtschaft: in Restaurants, Tankstellen, Hotelanlagen, Transportunternehmen und



Der staatliche Mineralölkonzern Pemex verlor durch Kraftstoffdiebstahl bereits mehr als eine Milliarden Euro. Tankstelle in Mexiko Stadt

samt verliert der Staat nach Schätzungen der Interamerikanischen Entwicklungsbank zwölf Prozent seines Brutto-sozialprodukts durch die Verbrechen. Vergangenes Jahr waren das 138 Milliarden Euro. Das internationale Institut für Wirtschaft und Frieden (IEP) spricht in seinem „Friedensindex Mexiko“ von 2018 sogar von 21 Prozent. Demnach kos-

men zahlen oft hohe Summen an Schutzgeld, von denen keine Behörde und kein Institut erfahren. Andere ziehen sich zurück. So haben die Unternehmen Coca Cola und Pepsi im April 2018 ihr Lager in Ciudad Altamirano im Bundesstaat Guerrero geschlossen. 100 Mitarbeiter verloren ihren Arbeitsplatz.

Immobilien. Das US-Finanzministerium listet 1700 in Mexiko ansässige Firmen auf, die für die Mafia Geld waschen. Diese Investitionen schaffen Arbeitsplätze. Etwa 600 000 Menschen sind nach Angaben der mexikanischen Regierung in die Kartelle eingebunden. Die Arbeitsplätze, der Cashflow und die Investitionen der Mafia sollten nicht unterschätzt werden,

„Ein schlagartiges Verschwinden der Drogenkartelle würde eine knallharte ökonomische Krise auslösen, die keine Regierung auf ihrem Territorium will.“

wart der Journalist und Wirtschaftswissenschaftler Carlos Loret de Mola. Er ist überzeugt: „Ein schlagartiges Verschwinden der Drogenkartelle würde eine knallharte ökonomische Krise auslösen, die keine Regierung auf ihrem Territorium will.“

Ob als Arbeitgeber, Investor oder Ordnungsmacht – längst bestimmen die Kartelle den Alltag in vielen Regionen Mexikos. Wer auf seinen Feldern in der Sierra Avocados anbaut, muss die Früchte dem Kartell „Tempelritter“ verkaufen, wer im Seebad Acapulco ein Restaurant betreibt, muss den „Guerreros Unidos“ einen Teil seines Verdienstes abgeben. Wer sich weigert, lebt gefährlich. Täglich werden im Durchschnitt 80 Menschen erschossen, enthauptet oder in Säure aufgelöst. Nicht immer geht es ums Geschäft. So dringen die Killer auch im Kokainrausch in Häuser ein und vergewaltigen Frauen.

Nur eins von 50 dieser Verbrechen wird nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) strafrechtlich verfolgt. Angesichts der zahlreichen korrupten Beamten gehen viele Mexikaner erst gar nicht zur Polizei, wenn sie etwa Opfer eines Überfalls wurden. Der zuständige Polizist könnte für jene Bande arbeiten, die ihn gerade angegriffen hat. In den Bundesstaaten Guerrero und Michoacán, wo weiträumig die organisierte Kriminalität das Sagen hat, haben Einwohner

deshalb Bürgermilizen gegründet. Indigene Bauern holten ihre alten Jagdgewehre aus der Scheune, um ihre Familien zu verteidigen. Es sind aber auch Milizen entstanden, die mit modernen Schnellfeuer-gewehren, schusssicheren Westen und teuren Geländewagen patrouillieren. Häufig werden diese „Selbstverteidigungsgruppen“ von gegnerischen Kartellen kooptiert.

Auch in vielen Stadtteilen patrouillieren Bürger, nicht wenige von ihnen greifen zur Waffe. Das Verteidigungsministerium verkauft derzeit 17-mal mehr Gewehre und Pistolen als vor 15 Jahren. Die Behörde ist die einzige Einrichtung, die Waffen veräußern darf. Die meisten Waffen gelangen jedoch illegal ins Land. US-Behörden gehen davon aus, dass jährlich etwa 213 000 Pistolen, Sturmgewehre und andere Feuerwaffen aus den USA nach Mexiko geschmuggelt werden.

Gut im Geschäft ist auch die Sicherheitsbranche. Die Nachfrage nach Alarmanlagen, Kameras und Personenschutz hat stark zugenommen. 3977 Sicherheitsfirmen waren 2017 laut mexikanischem Innenministerium registriert. Sie haben den Angaben zufolge 2016 etwa 1,3 Milliarden Euro umgesetzt, ein Plus von 180 Prozent zu 2012. Sowohl internationale Konzerne als auch lokale mittelständische Betriebe sind auf diese Firmen angewiesen. Arnulfo Garibo Ramírez, der Präsident des Bundesverbands

Staaten mit den größten Mengen an beschlagnahmten Cannabispflanzen

1. USA (21%)
2. Mexiko (18%)
3. Paraguay (9%)
4. Indien (6%)

Staaten mit den größten Mengen an beschlagnahmtem Cannabisharz (Haschisch)

1. Afghanistan (22%)
2. Spanien (20%)
3. Pakistan (17%)
4. Marokko (15%)

Quelle: World Drug Report 2018, Angaben für 2016
in Klammern: Anteil an der 2016 weltweit beschlagnahmten Menge



Wer es sich leisten kann, schützt sich selbst, so wie die **Avocadoerzeuger in Zentralmexiko**. Sie unterhalten eine eigene, hochgerüstete Miliz, um von den Kartellen nicht bedroht oder getötet zu werden. Zum ZDF-Beitrag: www.tinyurl.com/avocado-miliz

der Branche, weist darauf hin, dass darüber hinaus mindestens 8000 nicht registrierte Firmen aktiv seien. Allein diese Anbieter würden mehrere Hunderttausend Arbeitskräfte beschäftigen, erklärt er. Allerdings sind viele der Unternehmen selbst in die organisierte Kriminalität eingebunden. Der Unterschied zwischen Schutz und Schutzgeld ist deshalb oft schwer auszumachen.

Angesichts der Verbrechen und der wirtschaftlichen Folgen machen sich zahlreiche Politiker, Sicherheitsexperten und Akademiker für eine Entkriminalisierung des Anbaus und Verkaufs von Drogen stark. Schon 2012 forderten lateinamerikanische Staatschefs vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama eine andere Drogenpolitik. Schließlich verkaufen allein die mexikanischen Kartelle nördlich des Rio Bravo jährlich Rauschmittel im Wert von geschätzten 55 Milliarden Euro. „Ein neuer Ansatz muss den Profit und die Gewalt bekämpfen, die mit dem Drogenhandel einhergehen“, erklärte Kolumbiens ehemaliger Staatschef Juan Manuel Santos damals und sprach sich für eine Legalisierung aus.

Die Hoffnung der Befürworter dieses Ansatzes: Bauern, Transporteure und Händler müssten sich nicht mehr auf die Kartelle einlassen, durch den legalen Verkauf würden die Preise sinken und die Kartelle zusammenbrechen. Schließlich seien die hohen Gewinnspannen für die blutigen Kämpfe

um Schmuggelrouten und Anbauflächen verantwortlich. Der britische Schriftsteller Johann Hari erinnert an die Prohibition in den USA der 1920er Jahre. Die Kriminalisierung von Alkohol habe damals die Bandenkriege erst ausgelöst.

Der Sicherheitsfachmann Buscaglia ist skeptisch. Natürlich müsste der Konsum einiger Drogen aus gesundheitspolitischen Erwägungen erlaubt werden, sagt er. Wer aber glaube, allein dadurch könnte die Gewalt bekämpft werden, sei auf dem Holzweg. „Die Legalisierung ist nur sinnvoll, wenn die Regierung endlich gegen korrupte Strukturen vorgeht und legale Firmen verfolgt, in die die Mafia ihr Geld investiert“, erklärt der Kriminologe. Davon sei Mexiko weit entfernt. Er befürchtet, dass sich die Kriminellen auch in den legalen Handel einbringen könnten: „Das wäre dann eine neue Geldwaschanlage.“ Außerdem würde der Kampf um andere Geschäftsfelder eskalieren.

Die Entwicklung im Bundesstaat Guerrero gibt Buscaglia recht. Seit in den USA das künstlich erzeugte Opiat Fentanyl zunehmend Heroin ersetzt, lässt sich in dem Bundesstaat mit dem Anbau von Schlafmohn immer weniger Geld verdienen. Der Opiumpreis ist in einem Jahr um die Hälfte gesunken. Einige Kartelle haben daraufhin begonnen, den Verlust durch mehr Entführungen, Erpressungen und Raubüberfälle zu kompensieren. Die Folge: Allein in

den ersten fünf Monaten 2018 sind 1099 Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben – 15 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Doch mit der Wahl Andrés Manuel López Obradors zum nächsten Präsidenten sind in Mexiko neue Hoffnungen erwacht. Die künftige Regierung übernimmt zum Dezember ihr Amt, hat aber zuvor schon neue Wege eingeschlagen, um die Sicherheitslage zu verbessern. Seit Anfang August finden in Brennpunktregionen Foren statt, an denen sich verschiedene gesellschaftliche Vertreter beteiligen: künftige Minister, Menschenrechtsverteidiger, Angehörige von Gewaltopfern und katholische Kirchenvertreter, die mit Betroffenen arbeiten. Auch hier spielt die Entkriminalisierung von Drogen eine große Rolle, allerdings in einem Paket, zu dem auch die Korruptionsbekämpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen zählen. López Obradors hat versprochen: „Wir werden der Jugend den Rücken stärken und den Bauern Alternativen bieten, damit sie nicht weiterhin für die Mafia arbeiten müssen.“ ▲



Wolf-Dieter Vogel ist Journalist und berichtet über Mexiko und Zentralamerika. Er lebt in Oaxaca, der Hauptstadt des gleichnamigen Bundesstaats im Süden Mexikos. Vogel war maßgeblich an der mit dem Grimme-Preis ausgezeichneten ARD-Produktion „Tödliche Exporte“ beteiligt, bei der es um den illegalen Export von G36 nach Mexiko geht.

VALUE FOR MONEY

Entwicklungszusammenarbeit funktioniert auch nach ökonomischen Gesetzen. Das wird zum Problem, wenn betriebswirtschaftliche Argumente die Ziele überdecken

Von Tillmann Elliesen

In einer Pressemeldung hieß es im Sommer: „Geschäftsvolumen der GIZ steigt 2017 um knapp sieben Prozent“. Das klingt nach einer alltäglichen Nachricht für den Wirtschaftsteil der Zeitung. Ist es aber nicht. Denn hinter dem Kürzel GIZ verbirgt sich nicht ein x-beliebiges Unternehmen, das irgendwelche Waren verkauft. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit wickelt für die Bundesregierung einen großen Teil der Entwicklungskooperation mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika ab. Die GIZ verkauft nichts, sondern setzt sich dafür ein, „Lebensbedingungen von Millionen Frauen, Männern und Kindern weltweit zu verbessern“, wie es in der Pressemitteilung heißt.

Wenn ein Unternehmen, das Autos, Kühlschränke oder Sportartikel herstellt, sein Geschäft richtig macht, dann steigt der Umsatz. Manche Leute sagen, in der Entwicklungszusammenarbeit sollte es genau umgekehrt sein: Würden die GIZ und andere Hilfsorganisationen ihre Arbeit richtig machen, dann müsste ihr Umsatz eigentlich sinken. Denn erfolgreiche Entwicklungshilfe sollte sich doch dadurch auszeichnen, dass die Empfänger sie irgendwann nicht mehr benötigen, weil sie für sich selbst sorgen können; der Bedarf an Hilfe müsste dann entsprechend sinken.

Dem ist aber nicht so: Nicht nur die staatliche GIZ, auch die meisten nichtstaatlichen Hilfsorganisationen wie die Welthunger-

hilfe vermelden von Jahr zu Jahr steigende Geschäftsvolumina. Zwei Fragen stellen sich deshalb: Ist die Entwicklungshilfe heute ein Geschäft wie jedes andere auch? Und: Muss die Entwicklungshilfe nach denselben betriebswirtschaftlichen Regeln betrieben werden wie etwa der Verkauf von Autos, Kühlschränken oder Sportartikeln?



Tillmann Elliesen ist Redakteur beim ökumenischen Magazin „welt-sichten“ (www.welt-sichten.org), das über den globalen Süden berichtet.

Ein renommierter Ökonom plädiert dafür, die staatliche Entwicklungshilfe einzustellen. Im Interview sagt er:

„Wenn man alle Argumente zusammenträgt, dann läuft es auf die Forderung hinaus: Lasst uns mit der Entwicklungshilfe aufhören und die rund acht Milliarden Euro im Haushalt des Entwicklungsministeriums für andere Dinge verwenden.“

www.tinyurl.com/interview-kappel



In Stuttgart stehen sechs ehemalige Mitarbeiter von Heckler und Koch vor Gericht. Sie sollen dafür verantwortlich sein, dass Medienberichten zufolge Tausende Sturmgewehre in mexikanische Bundesstaaten geliefert wurden, in denen sie wegen der Sicherheitslage nicht hätten landen dürfen. Im September 2014 griffen laut Deutschlandfunk Polizisten und Kriminelle u. a. mit Gewehren von Heckler und Koch angehende Lehrer an. Sechs Menschen starben, 43 wurden entführt und sind bis heute verschwunden. In einem Radiobeitrag lässt Wolf-Dieter Vogel Angehörige zu Wort kommen und berichtet über die mangelhafte Aufarbeitung des Falls in Mexiko: www.tinyurl.com/g36-mexiko



Eine orthopädische Werkstatt, betrieben vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (ICRC) in Kabul 2011. Das ICRC hat eine Anleihe aufgelegt, mit der sich Privatinvestoren am Bau solcher Einrichtungen beteiligen können



Die erste Frage ist schnell beantwortet: Ja, Entwicklungshilfe ist teilweise ein Geschäft wie jedes andere. Sie ist eine milliarden-schwere Branche, an der viele Arbeitsplätze hängen. Allein die GIZ beschäftigt an ihren Standorten in Deutschland gut 3700 Männer und Frauen. Hinzu kommen unzählige Jobs, die indirekt an der Entwicklungshilfe hängen, etwa im Bau- und Transportgewerbe. Die Hilfe ist also selbst eine Art Industrie, und das ist auch völlig legitim, denn Entwicklungshilfe wird immer gebraucht werden. Die Vorstellung, dass die Welt eines Tages in einem Zustand ist, an dem die Hilfe sich selbst überflüssig gemacht haben wird, ist naiv.

Die zweite Frage ist komplizierter. Die Antwort lautet: Ja, aber... Ja, auch Entwicklungshilfe sollte wirtschaftlich sein. Jahrzehntelang wurde geholfen und geholfen und dabei buchstäblich viel Geld in den Sand gesetzt. Von den 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre wurden viele Entwicklungsprojekte durchgeführt – Brunnen gebohrt, Industrieanlagen aufgebaut, Krankenhäuser errichtet –, die als Ruinen endeten, weil nicht ausreichend beachtet wurde, ob sie überhaupt gebraucht werden oder ob wichtige Erfolgsbedingungen erfüllt sind.

Das hat sich geändert. Heute achten Entwicklungsorganisationen stärker darauf, ob das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Hilfe stimmt, ob sie wirkt und ob sich die Wirkung auch messen lässt. Das ist an sich vernünftig. Aber: Je mehr Wert auf wirtschaftliche Effizienzkriterien gelegt wird, desto größer ist das Risiko, dass solche Projekte bevorzugt werden, die nach diesen Kriterien am ehesten Erfolg versprechen. Das ist bedenklich, weil andere Vorhaben, deren Wirkung sich weniger präzise berechnen und messen lässt, vernachlässigt werden könnten. Aber gerade solche Vorhaben, die zum Beispiel auf politische Strukturen oder gesellschaftliche Verhältnisse einwirken wollen, sind besonders wichtig für die Entwicklung eines Landes.

Ein Beispiel für die Auswüchse des Effizienzdenkens ist die sogenannte ergebnisabhängige Entwicklungshilfe, ein Konzept, mit dem etwa die Weltbank seit einigen Jahren experimentiert. Dabei vereinbart die Bank mit einem Land ein Projekt und macht die Zahlung der daran geknüpften Fördermittel davon abhängig, dass das Land die vereinbarten Projektziele erreicht. Die Folge ist, dass bevorzugt solche Ziele gewählt werden, die möglichst sicher erreicht werden. Komplexere Vorhaben, bei denen das Risiko des Scheiterns größer ist, geraten aus dem Blick.

Ein Beispiel: Für ein Projekt im Bereich Grundschulbildung vereinbart die Weltbank mit einer Regierung, dass in einem bestimmten Zeitraum eine vereinbarte Zahl von Kindern eingeschult werden muss. Wenn das gelingt, werden die Fördermittel fällig. Was dabei unter den Tisch fällt, ist die Frage, ob es ausreichend gut qualifizierte Lehrer und Lehrerinnen gibt. Die Lehrerausbildung zu verbessern ist mindestens so wichtig, wie die Zahl der

Einschulungen zu erhöhen, aber deutlich schwerer zu erreichen. Solche Vorhaben eignen sich deshalb nicht für die „ergebnisabhängige Entwicklungshilfe“.

Ein aktueller Trend in der Entwicklungshilfe verstärkt dieses Risiko zusätzlich: Neuerdings versuchen Geberländer und Entwicklungsorganisationen verstärkt, die Privatwirtschaft für die Entwicklungshilfe zu gewinnen – mit dem Argument, allein mit öffentlichen Mitteln ließen sich die vielen Aufgaben nicht finanzieren. So hat die Europäische Union einen Fonds aufgelegt, in dem sie ihre Entwicklungshilfe mit Privatkapital mischen will, um auf diesem Weg private Investitionen zum Beispiel nach Afrika zu locken. Die christliche Hilfsorganisation Catholic Relief Service wiederum lädt Kapitalanleger ein, in ihre Projekte zu investieren. Das erhöht den Druck auf Hilfsorganisationen und staatliche Geber, nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu arbeiten. Denn jetzt geht es nicht mehr nur um Regierungen oder andere, dem Gemeinwohl verpflichtete Geldgeber, die eine möglichst wirksame Verwendung ihrer zur Verfügung gestellten Mittel erwarten – jetzt geht es um Investoren und Kapitalanleger, die eine Rendite erwarten.

Diese Kommerzialisierung der Hilfe steht noch am Anfang, aber sie dringt schon in Bereiche vor, die man vor kurzem noch davon ausgeschlossen hätte

Vor einem Jahr hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz einen sogenannten Humanitarian Impact Bond ausgegeben – eine Anleihe, mit der sich Privatinvestoren am Bau von Rehabilitationen für Kriegsopfer beteiligen können. Wird dort die vereinbarte Menge an Prothesen für amputierte Beine und Arme hergestellt, dann zahlen die an dem Vorhaben beteiligten Länder Belgien, Großbritannien, Italien und die Schweiz den Investoren aus Steuergeldern ihr Kapital und zusätzlich eine ordentliche Rendite zurück. Thomas Gebauer von der Frankfurter Hilfsorganisation medico international hat im März in einem Vortrag angemerkt, es sei nicht ausgeschlossen, dass Rüstungskonzerne über solche Anleihen demnächst gleich zweimal verdienen können: einmal mit dem Verkauf von Kriegswaffen und dann noch einmal mit der Versorgung der Kriegsopfer.

Fazit: Auch in der Entwicklungshilfe gilt „value for money“. Aber die Grenze ist dann erreicht, wenn Hilfe unterlassen wird, nur weil ihr Erfolg sich nicht in betriebswirtschaftlichen Kategorien messen lässt. Und grundsätzlich gilt: Der Auftrag der Entwicklungshilfe, Lebensbedingungen zu verbessern und Leid zu lindern, ist eine gesellschaftliche und politische Pflicht. Dieser Auftrag darf nicht dem Profitdenken untergeordnet werden. ▲

„Produkte und Fachexpertise“ der GIZ nach eigener Darstellung

- Methoden
- Ländliche Entwicklung
- Nachhaltige Infrastruktur
- Sicherheit, Wiederaufbau, Frieden
- Soziale Entwicklung
- Umwelt und Klima
- Wirtschaft und Beschäftigung
- Staat und Demokratie

Quelle: www.giz.de



Thomas Gebauer und Ilija Trojanow:
Hilfe? Hilfe!
Wege aus der globalen Krise?
Fischer-Verlag, Frankfurt 2018.



Schülerinnen auf dem Weg zum Unterricht im Norden der Zentralafrikanischen Republik: Nicht immer herrscht Chaos, wenn der Staat abwesend ist. Wo er fehlt, sorgen mancherorts andere für Sicherheit und Bildung

KRIEG ODER FRIEDEN ALS FRAGE DER PERSPEKTIVE

Die Realität einer Rebellenstadt zeigt dem Weltfriedensindex seine Grenzen auf
 Von Tim Glawion

Krieg bedeutet immer eine außergewöhnliche Situation. Er bringt Leid und erzeugt gleichzeitig Veränderung. Für viele bedeutet er einen Zusammenbruch des Alltags, für einige birgt er auch neue Möglichkeiten. Der Krieg an sich ist interdisziplinär erforscht, seine Verhinderung wird von zahllosen Institutionen versucht. Jedoch zerbrechen sich Forscherinnen und Entscheidungsträger darüber den Kopf, wie Kriege aus ihrer Einzigartigkeit herausgehoben werden können, um sie untereinander vergleichbar zu machen. Auf den ersten Blick evidente Messlatten werden durch Einsichten in die empirische Realität vor Ort infrage gestellt. Krieg wird auf vielerlei Weise gemessen. Am wohl

bekanntesten sind Statistiken zur Anzahl der Todesopfer, wie sie beispielsweise das Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) produziert. Eine Sortierung nach Todesopfern scheint einen objektiven Maßstab für das Ausmaß des Krieges darzustellen. Doch es kommen Zweifel auf: Sind 100 Tote in einem Kleinstaat wie Gambia gleichzusetzen mit 100 Toten in Mexiko? Wie wirkt sich die Art der Kriegsführung auf die langfristige Zusammensetzung von Institutionen des Staates, der Gesellschaft und Ökonomie aus? Um die Unzulänglichkeiten eines reinen Todesopfervergleiches anzugehen, entwickelten sich komplexe Indizes. So zum Beispiel der Fragile States Index (FSI), welcher anhand

von diversen Kriegs-, Sozial- und Ökonomieindikatoren die Fragilität eines Staates misst. Jedoch ist, wie meine eigene Forschung zeigt (siehe unten), auch dieser Index kontrovers: Destabilisiert einen Staat eher ein extrem großer staatlicher Sicherheitsapparat wie im Südsudan oder ein extrem kleiner wie in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR)? Wie gehen wir mit der negativen Brandmarkung von sogenannten fragilen Staaten um?

Global Peace Index – ein Konzept und seine Grenzen

Ein begrüßenswerter Versuch, sowohl die Komplexität von Krieg zu erfassen wie der Messung auch eine positive Normativität zu verleihen, fin-

det sich im Weltfriedensindex. Der Index heißt im Original Global Peace Index und wird in Sydney vom Institute of Economics & Peace herausgegeben. Die Herausgeber setzen sich aus einem Gremium von international renommierten Wissenschaftlerinnen zusammen und stecken sich das Ziel, die ökonomischen Auswirkungen von Frieden aufzudecken. Der Index erhebt jedoch keine eigenen Daten in den untersuchten Ländern, sondern setzt lediglich eine Vielzahl bereits existierender Datensätze zu einem neuen Index zusammen, der die Länder aufgrund ihrer Friedlichkeit einordnet.

Die Aneinanderreihung der 163 studierten Länder suggeriert einen linearen Zusammenhang zwischen

Die 20 friedlichsten Länder der Erde (Friedensindex 2018)

Quelle: Global Peace Index: www.visionofhumanity.org/indexes/global-peace-index

1	Island	11	Slowenien
2	Neuseeland	12	Schweiz
3	Österreich	13	Australien
4	Portugal	14	Schweden
5	Dänemark	15	Finnland
6	Kanada	16	Norwegen
7	Tschechische Republik	17	Deutschland
8	Singapur	17	Ungarn
9	Japan	19	Bhutan
10	Irland	20	Mauritius

Die 20 unfriedlichsten Länder der Erde (Friedensindex 2018)

144	Mali	154	Russland
145	Kolumbien	155	Zentralafrikanische Republik
146	Israel	156	Demokratische Republik Kongo
147	Libanon	157	Libyen
148	Nigeria	158	Jemen
149	Türkei	159	Somalia
150	Nordkorea	160	Irak
151	Pakistan	161	Südsudan
152	Ukraine	162	Afghanistan
153	Sudan	163	Syrien



Dr. Tim Glawion ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA-Institut für Afrika-Studien in Hamburg mit den Forschungsschwerpunkten Bürgerkriege, lokale Sicherheitsproduktion und hybride Ordnungen.

den gemessenen Faktoren, beispielsweise zwischen Demilitarisierung und Frieden. Für viele Länder mag dies der Fall sein, beispielsweise für den Südsudan (Platz 161), in dem die Ratio bewaffneter Personen zu Bevölkerung und Militärausgaben zu zivilen Investitionen extrem hoch ist. Für die ZAR (Platz 155) hingegen gilt das Gegenteil. Das Land verfügt in Proportion zu seiner Größe und Bevölkerung schon seit der Unabhängigkeit über ein viel zu geringes Effektiv an Polizei- und Militärkräften. Dies soll nicht heißen, eine Militarisierung schaffe in diesem Falle direkt Frieden; im Gegenteil hat das – wenngleich kleine – Militär oft selbst Gräueltaten begangen. Jedoch rufen viele internationale wie auch lokale Akteure dazu auf, mittel- bis langfristig einen strikt den Menschenrechten verpflichteten, aber auch besser ausgestatteten Sicherheitsapparat aufzubauen. Nur dieser könne die Bedingungen für gesellschaftlichen Frieden in dem stark gespaltenen Land garantieren.

Neben der linearen Beschränktheit erliegt die Untersuchung zum Großteil auch einer problematischen negativen Friedensdefinition. Der Hauptindikator des Weltfriedensindex misst Frieden als Abwesenheit von Konflikt, Unsicherheit und gesellschaftlicher Militarisierung. Glücklicherweise erhebt der Friedensindex, wenngleich weniger prominent, auch eine Messung von „positivem Frieden“ anhand von Indikatoren wie guter Regierungsführung, freiem Informationsfluss und gesellschaftlicher Toleranz. Diese Dualität von negativer und positiver Friedensmessung generiert jedoch paradoxe Ergebnisse. Der Hauptindikator verzeichnete über die vergangenen zehn Jahre eine Verschlechterung des Friedens auf der Welt – dementsprechend war die deutsche Presseresonanz auch überwiegend von

negativen Schlagzeilen geprägt. Gleichzeitig verzeichnet der Indikator des „positiven Friedens“ eine Verbesserung über denselben Zeitraum – dieser Fakt fand kaum Beachtung.

Positive Entwicklungen mitten im Konflikt

Solche positiven Friedensfaktoren sind insbesondere durch die empirische Feldforschung zu erkunden. Während ich diese Zeilen verfasste, befand ich mich in Ndélé, einer von Rebellen kontrollierten Stadt in der Zentralafrikanischen Republik. Gemessen an negativen Friedensindikatoren ein schrecklicher Ort: totale Abwesenheit staatlicher Sicherheitsinstitutionen und eine extrem hohe Zahl an bewaffneten Menschen. Trotzdem stieß ich gemeinsam mit einer Kollegin auf keine nennenswerten Einschränkungen für unsere Forschung. Im Gegenteil entdeckten wir viele Potenziale für den Frieden. Beispielsweise einen vergleichsweise gut funktionierenden Bildungssektor. Ungleich anderen Orten des Landes sind sich alle lokalen Akteure – inklusive der Rebellen – einig, Bildung müsse unterstützt und die Kriegseffekte proaktiv von ihr ferngehalten werden. Im letzten Jahr verzeichnete Ndélé eine der höchsten Erfolgsraten des Landes beim Sekundarabschluss.

Nichtsdestotrotz sind die Kosten des Krieges auch in Ndélé zu spüren. Einerseits auf ganz materielle Art, wie auch der Weltfriedensindex in seiner Analyse eine Verbindung zwischen der Ökonomie und dem Unfrieden zu ziehen versucht. Preise für Handelsgüter sind in Ndélé angestiegen, da diverse Rebellengruppen an Straßensperren Zölle erheben. Auch das Investitionsklima ist in der ZAR extrem schlecht und in Ndélé aufgrund der Abwesenheit des Staates und des Exportverbots

von Diamanten und Gold – Hauptressourcen der Region – nochmals düsterer. Aus rein materieller Betrachtungsweise hat sich die Lage gegenüber den Vorkriegsjahren (vor 2012) in manchen Bereichen hingegen verbessert: Der Handel mit dem Sudan und Tschad floriert und eine gestiegene Anzahl an Entwicklungsprojekten schafft Arbeit und regeneriert die Infrastruktur. Für den Bildungssektor bedeutet das beispielsweise, dass Unicef seit Ausbruch der Krise in der Region den Wiederaufbau Dutzender verfallener Schulen und die Ausbildung von über 100 Aushilfslehrern finanziert hat. Investitionen, welche der Staat auch vor dem Bürgerkrieg nicht geleistet hat und nicht leisten wollte.

Dabei sollten jedoch nicht die immateriellen Kosten aus den Augen geraten. So verdienen die Rebellen an dem florierenden Handel mit dem Sudan und Tschad kräftig mit und werden damit umso weniger bereit, ihre Waffen niederzulegen. Der Krieg zieht sich nun schon seit fünf Jahren hin und wird auch auf absehbare Zeit andauern. Hinzu kommt, dass die Bildung (und auch andere öffentliche Güter) in Ndélé nun zum Großteil von internationalen Organisationen finanziert werden. Dies substituiert den Staat und könnte so langfristig die Eigenverantwortung der Regierung untergraben. Schon jetzt fällt auf, dass lokale Bildungsakteure sich mit ihren Bedürfnissen viel häufiger an internationale Partner als an den weit entfernten Zentralstaat in Bangui wenden.

Gut für den Überblick, aber nicht für Lösungen

Mit Einblick in die Komplexität einer Rebellentadt in der ZAR kann der statistischen Friedenserhebung darum nur ein begrenzter Nutzen für die For-

schung und die aktive Politikgestaltung zugesprochen werden. Es kann hilfreich sein, solche von renommierten Wissenschaftlerinnen edierte Berichte zur Hand zu nehmen, um in kürzester Zeit sehr grobe Einschätzungen und Trends zu erkennen. Beispielsweise, ob Land X eher friedlich oder eher unfriedlich ist und ob Region Y über die letzten Jahre eher friedlicher oder unfriedlicher wurde. Für die statistische Analyse eignen sich solche Indikatoren keinesfalls, da sie häufig sehr ungenaue und manchmal sogar grob falsche Daten erheben. Insbesondere für die Entwicklung von Lösungsansätzen sind Indikatoren wie der Weltfriedensindex unbrauchbar, da sie die besonderen Bedürfnisse jedes einzelnen Landes hinter der statistischen Masse verbergen. So mag im Südsudan die Demilitarisierung des Staates einen großen Beitrag zum Frieden leisten. Nur ein Land weiter, in der ZAR, gilt es im Gegenteil dazu, einen effektiven Sicherheitsapparat erst noch aufzubauen.

Um die materiellen und immateriellen Kosten eines Krieges zu erkunden, braucht es darum auch weiterhin neben einem flüchtigen Blick auf den Weltfriedensindex eine tiefergehende Studie der Situation vor Ort. ▲

Literatur

Tim Glawion, Lotje de Vries, Andreas Mehler: **Handle with Care!** A Qualitative Comparison of the Fragile States Index's Bottom Three Countries: Central African Republic, Somalia and South Sudan, in: Development and Change, 2018, www.tinyurl.com/Glawion-Handle-with-care

„Ein vereintes, blühendes und friedliches Afrika zeichnet sich ab.“

Fidon Mwombeki, Generalsekretär der Allafrikanischen Kirchenkonferenz

WIE HASE UND IGEL



Die Zusammenhänge sind oft komplizierter als die Diskussionslage. Aber immer gilt: Wo es um Fragen der Sicherheit geht, ist das Thema Wirtschaft schon längst da

Von Klaus Naumann



Dr. Klaus Naumann
war wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung und Mitglied des 14. Beirats Innere Führung.



Bringt die Ostseepipeline neben russischem Gas auch Probleme nach Deutschland? Arbeiter setzen an der Empfangsstation von Nord Stream 2 in Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern) ein 100 Tonnen schweres Absperrventil auf sein Fundament

Entwickelt sich ein „Wirtschaftskrieg“ gegen den Iran, führt die Trump-Administration einen „Handelskrieg“ gegen Russland, China und die Türkei, drohen künftig „Rohstoffkriege“ um die knapper werdenden Ressourcen? In letzter Zeit mischt sich eine militante Terminologie in die Beschreibung von Konflikten, die mit wirtschaftlichen Instrumenten – Zöllen, Sanktionen, Embargos – ausgetragen werden. Stets werden solche Szenarien von der Befürchtung begleitet, all dieses könnten Vorstufen für handfeste Gewaltkonflikte sein. Wie schlüssig ist diese Vorstellung? Und generell gefragt, wie verhält es sich mit den wirtschaftlichen Ursachen und Motiven im Krieg? Man muss keinem Automatismus das Wort reden und man kann mit guten Gründen darauf verweisen, dass es einen engen Kausalzusammenhang zwischen „Wirtschaft“ und „Krieg“ nicht gibt. Und doch sagt der Militärgeschichtler Sönke Neitzel zu Recht, „in jedem Krieg steckt der Faktor Wirtschaft“. Was bedeutet das für die aktuelle und künftige Sicherheitspolitik?

In der deutschen Öffentlichkeit ist mittlerweile die enge Verknüpfung von Krieg und Wirtschaftsinteressen gang und gäbe. Das Signal gab die breite Protestbewegung von 1991 gegen den Krieg am Golf. Die Parole lautete damals „Kein Blut für Öl!“, und sie ist sowohl anlässlich des amerikanischen Irakkrieges 1993 und in den Debatten um die Libyenintervention 2011 wieder aufgenommen worden. Richtig war sie dadurch nicht. Der Feldzug gegen

den Irak antwortete 1991 auf die völkerrechtswidrige Besetzung Kuwaits, die Intervention in Libyen auf die katastrophale humanitäre Lage im damaligen Bürgerkrieg gegen das Gaddafi-Regime. Beide Unternehmungen waren durch UN-Resolutionen gedeckt. Beim Irakkrieg des US-Präsidenten Bush Jr. war das nicht der Fall, aber auch hier ging es nicht in erster Linie ums Öl, sondern um die Ausschaltung des Saddam-Regimes, dem man – letztlich leichtfertig und unzutreffend – den Besitz von Mittelstreckenraketen unterstellte. Alle drei Waffengänge hatten verheerende Folgeprobleme, zu ihren auslösenden Faktoren gehörte das pure Wirtschaftsinteresse jedoch nicht. – Man muss also tiefer graben, um das Wechselverhältnis von Wirtschaft und Krieg aufzuspüren.

Was nicht im Grundgesetz steht

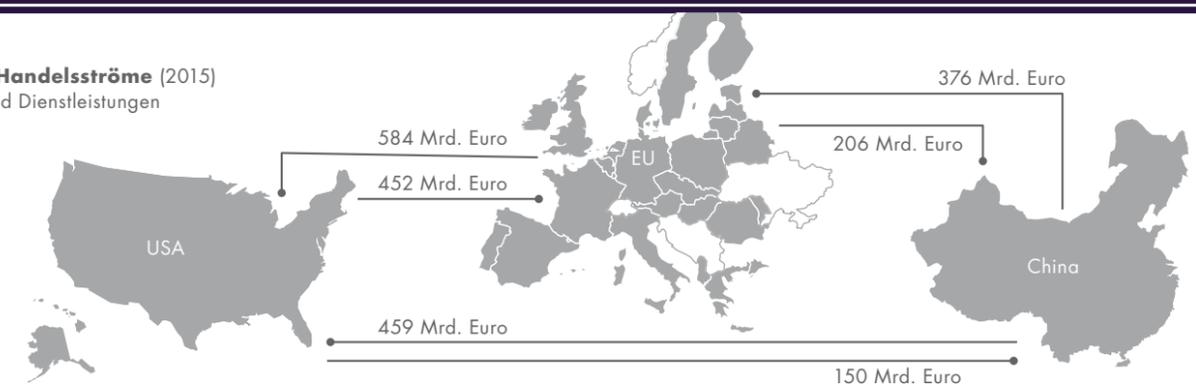
Das Grundgesetz ist in dieser Hinsicht zunächst einmal völlig offen. Dort ist von Wirtschaft, Handel, Rohstoffen, Energie oder Export nicht die Rede. Die Verfassung beschränkt sich auf die Ermächtigung, „zur Wahrung des Friedens“, zur Festigung einer „friedlichen und dauerhaften Ordnung“ (Art. 24 GG) und zur Abwehr eines Angriffs auf „das Bundesgebiet mit Waffengewalt“ (Art. 115 GG) auch militärisch beizutragen. Doch der Mantel des Grundgesetzes ist weit genug, um auch dem wirtschaftlichen Leben und Überleben Raum zu gewähren. Und schon sind die Probleme wieder da. Einen empfindlichen Nerv traf

Die wichtigsten Außenhandelspartner Deutschlands (Exporte 2015)

	Milliarden Euro	Anteil in %
USA	113,7	9,5
Frankreich	102,8	8,6
Vereinigtes Königreich	89,0	7,5
Niederlande	79,2	6,6
China	71,3	6,0
Österreich	58,2	4,9
Italien	58,0	4,9
Polen	52,2	4,4
Schweiz	49,1	4,1

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Weltweite Handelsströme (2015) mit Waren und Dienstleistungen



Quelle: www.kurier.at

der damalige Bundespräsident Horst Köhler, als er 2010 in einem Rundfunkinterview darauf hinwies, dass die Außenhandelsabhängigkeit der Bundesrepublik dazu führen könne, dass „im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel (an) freien Handelswegen, zum Beispiel (bei) regionalen Instabilitäten“. Interpretiert wurde das als Aufruf zum „Krieg um Wirtschaftsinteressen“ (Thomas Oppermann, SPD). Das Kanzleramt hielt sich bedeckt, und wenig später trat Köhler von seinem Amt zurück. Der Sache nach hatte der Bundespräsident nichts anderes getan, als auf die Aussagen des Weißbuchs von 2006 aufmerksam zu machen. Dort waren Stichworte gefallen, die schon in den Nato-Rats-Dokumenten der 1990er Jahre nachzulesen waren: Die Abhängigkeit von einer „gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab“ begründe ein Sicherheitsinteresse an einem „freien und ungehinderten Welthandel“. Damit war keine Lizenz zum Wirtschaftskrieg erteilt, wohl aber die politische Willenserklärung abgegeben, die internationalen Rahmenbedingungen des Welthandels zu schützen – im eigenen wie internationalen Interesse an einer regelgestützten Ordnung. Die seit 2008 bestehende Atalanta-Mission gegen die Piraterie am Horn von Afrika ist ein vergleichsweise unspektakuläres Beispiel für diese Praxis.

Bei internationalen Schutzaufträgen dieser Art sind Komplikationen jedoch nicht ausgeschlossen. Was geschieht beispielsweise, wenn das Teheraner Regime – wie gelegentlich angekündigt – die Seestraße von Hormus blockiert, durch die ein Fünftel der Weltversorgung mit Rohöl verschifft wird? Welche Konflikte lauern in der allmählich auftauenden und wirtschaftlich attraktiven Arktisregion, in der Souveränitätsrechte, Ressourcenzugänge und Durchfahrtsrechte umstritten sind (oder demnächst werden könnten)? Welche potenziellen Konfrontationen bergen Versorgungsprojekte wie die Gas- und Ölpipelines (Nord Stream in der Ostsee ist der aktuelle Fall), da doch der russisch-ukrainische Gasstreit der Jahre nach 2006 gelehrt hat, wie rasch der freie Energiestrom zum politischen Druckmittel werden kann? – Mit anderen Worten, wie beim Märchen von Hase und Igel ist die Wirtschaft – Monopol wie Einzelhandel – im Konflikt- oder Kriegsfall immer schon da und immer involviert. – Gilt also doch die Devise: Sterben für die Öl- oder Gasversorgung?

Die deutsche Sicherheitspolitik will das so eng nicht verstanden wissen. Sie baut auf Prävention, vernetzte Instrumente und die Stützung der internationalen Ordnung,

um das Kollektivgut „Sicherheit“ zu wahren. Dabei liegen zwei Dinge im Widerstreit. Während immer wieder die Einsicht bekräftigt wird, dass die Macht des militärischen Instruments begrenzt sei, steht dem eine fortwährende Expansion des „erweiterten“ sicherheitspolitischen Anspruchs zur Seite. Das zeigt sich etwa in Neologismen wie „Energiesicherheit“, „Rohstoffversorgungssicherheit“, „Ressourcensicherheit“ oder in der Einreihung wirtschaftlicher Stabilität in den Kanon nationaler Sicherheitsinteressen. Kritiker warnen hingegen vor einer Überdehnung des Sicherheitsdenkens bis hin zur vermeintlichen Allzuständigkeit. Wäre das der Fall, machte sich die Politik erpressbar – nicht zuletzt gegenüber den globalen wie nationalen Wirtschaftsinteressen, deren Definitionshoheit dem politischen Zugriff weitgehend entzogen ist. Aber es gibt noch ein weiteres Beziehungsproblem zwischen „Wirtschaft“ und „Krieg“: Sitzen nicht alle – Wirtschaft, Gesellschaft, Politik – im selben Boot? Fällt die Wirtschaft aus, ist unserer Lebensweise der Boden entzogen. Ist also die Wirtschaft „unser Schicksal“ und nicht die Politik, wie schon der Außenminister der Weimarer Republik, Walther Rathenau, festgestellt hatte?

Mehr Risiko – weniger Ordnung

Dieses Schicksal steht freilich unter drei dunklen Sternen – und damit ist auch die sicherheitspolitische Problematik berührt. Zunächst einmal sorgen, *erstens*, die sich

verschärfende Konkurrenz auf den Weltmärkten, die durch die aufsteigenden Wirtschaftsmächte (wie die Schwellenländer China und Indien) massiv gesteigerte Rohstoff- und Energienachfrage und der durch den Klimawandel ausgelöste Ressourcendruck vermehrt für Konfliktlagen. Sie führen nicht automatisch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Aber es ist, *zweitens*, nicht zu übersehen, dass sich eine verhängnisvolle Schere aufgetan hat: Das Potenzial gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher Verwundbarkeit hat infolge der globalen Verflechtungen und Abhängigkeiten dramatisch zugenommen, während die Bindekraft der multilateralen Ordnungssysteme abnimmt. Eine „Geopolitisierung“ der Rohstoff- und Energiezufuhren greift Platz; weltweit grassiert der „Ressourcennationalismus“, der auf Schutzmaßnahmen, Abwehrmanöver und Energiekontrolle setzt; und die Instrumente des diplomatischen Verkehrs – siehe Trump-Administration – verwandeln sich in außenwirtschaftliche Keulen. „Wirtschaft als Waffe“ titelte die Frankfurter Allgemeine kürzlich. Und als ob das noch nicht genug wäre, ist, *drittens*, das strukturelle Gefälle der Weltwirtschaft nicht zu übersehen. „Unser Wohlstand gründet auf einem nicht nachhaltigen, verschwenderischen Ressourcenverbrauch“, schreiben die damalige Staatssekretärin im Umweltministerium Katherina Reiche und der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik Volker Perthes: „Eine Fortschreibung würde globales Wachstum, Wohlstand, soziale Entwicklung und die

internationale Sicherheit“ gefährden. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) spricht von einer „Gerechtigkeitslücke“ zwischen den Weltregionen. Der Politikwissenschaftler Ulrich Brandt formuliert den Befund noch schärfer, wenn er sagt, dass die „imperiale Lebensweise“, der sich der westliche Wohlstand verdankt, darauf beruht, sich die weltweiten Ressourcen rücksichtslos anzueignen, ohne sich allzu sehr um die Folgen zu kümmern.

Wie immer man den Tatbestand definiert, er ist hochgradig konfliktträchtig und gewinnt unter den beiden zuerst genannten Bedingungen an Virulenz. Das Ergebnis ist ernüchternd. Die Interessen und Probleme der Wirtschaft ragen tief hinein in die Sicherheitspolitik. „Die Wirtschaft“ ist kein Gegenüber „der Gesellschaft“. Wer die eine sichern und erhalten will, muss sich mit der anderen auseinandersetzen. Ohne Rücksicht auf ihre globalen Existenzbedingungen können jedoch beide auf Dauer nicht in Sicherheit bestehen. ▲

Literatur

- Torsten Albrecht, Jens Beckmann: **Die Klimadiskussion im sicherheitspolitischen Kontext**, Mittler-Brief 1 / 2011. www.mittler-report.de
- Ulrich Brand, Markus Wissen: **Imperiale Lebensweise**. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus (5. Auflage), München 2017.
- Christopher Daase: **Wandel der Sicherheitskultur**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50/2010, S. 9–16. www.bpb.de
- Bernd Freytag: **Wirtschaft als Waffe**, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.8.2018.
- Hanns Günther Hilpert, Stormy-Annika Mildner (Hg.): **Nationale Alleingänge oder internationale Kooperation?** Analyse und Vergleich der Rohstoffstrategien der G20-Staaten, SWP-Studie S1, Berlin, Februar 2013.
- Claus Leggewie, Harald Welzer: **Das Ende der Welt, wie wir sie kannten**. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt am Main 2009.
- Sönke Neitzel: **Von Wirtschaftskriegen und der Wirtschaft im Kriege**, in: Wolfram Dornik u. a. (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Von der Antike bis ins 21. Jahrhundert. Innsbruck/Wien 2010, S. 169–180.
- Nikolaus Piper: **Erst kommen Zölle, dann folgt der Krieg**, in: Süddeutsche Zeitung vom 15.7.2018.
- Katherina Reiche, Volker Perthes: **Für eine deutsche Rohstoffstrategie**, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.10.2010.
- Frank Umbach: **Energie – Eine neue / alte Waffe in der Sicherheitspolitik**, Mittler-Brief 3 / 2010.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung: **Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel**, Berlin 2007. www.tinyurl.com/Welt-im-Wandel

JA! NEIN! VIELLEICHT IN DER ZUKUNFT...

Kann Europa Rüstung? Die bisherigen Anläufe zu einer wirklich gemeinsamen Rüstungsindustrie mit entsprechenden Synergieeffekten scheiterten an nationalen Vorbehalten

Von Christian Mölling

Eine angemessene verteidigungstechnologische und -industrielle Basis (DTIB in der englischen Abkürzung: Defence Technological and Industrial Base) ist der Schlüssel, um die Versorgungssicherheit der Streitkräfte mit Rüstungsprodukten und Dienstleistungen sicherzustellen. Diese Versorgungssicherheit können die nationalen Industrien in Europa nicht mehr gewährleisten, weil ihr Unterhalt zu teuer geworden ist und sie nicht mehr allein alle erforderlichen Produkte und Dienstleistungen bereitstellen. Deshalb soll schon

lange ein Europa der Rüstung entstehen: Wenn die EU der wesentliche politische und auch militärpolitische Rahmen ist, so die Idee, dann ist es nur konsequent, dies auch im Bereich der Rüstung nachzuvollziehen. Diese Theorie wurde leider bislang nicht in die Praxis umgesetzt, weil die EU-Staaten lieber an ihrer national zentrierten Rüstung festhielten. Mit dem innovativen Instrument des Verteidigungsfonds nimmt die EU nun einen neuen Anlauf. Doch die Untätigkeit der letzten Dekade hat viele damalige Optionen heute verunmöglicht.



Dr. Christian Mölling ist stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik (DGAP).



Vorstellung des „European Defense Action Plan“ im November 2016 (v.l.): EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sowie die EU-Kommissare Jyrki Katainen (Wirtschaft, Währung) und Elzbieta Bienkowska (Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum). Die EU-Staaten sollen ihr Geld für Rüstung effektiver einsetzen

Um eine realistische Einschätzung der möglichen Rolle Europas und der EU in der Rüstung zu erhalten und die notwendigen Schritte zu planen, damit diese Rolle Realität werden kann, müssen die Staaten in der Empirie des Hier und Jetzt beginnen, um sich dann zu fragen, was wollen sie erreichen, was können sie nicht mehr erreichen und welche Anstrengung kostet es, diese Vision umzusetzen?

Europa und die Rüstung

Europa rüstet seit Jahrzehnten erfolgreich. Es beherbergt nach wie vor einen bedeu-

tenden Teil der globalen Rüstungsindustrie. Betrachtet man die SIPRI-Liste der globalen Top-100-Waffenproduzenten (ohne die Volksrepublik China) nach Regionen, dann entfallen circa 30 Prozent des gesamten Militärumsatzes auf europäische Unternehmen. Auf Nordamerika, mit den großen US-Unternehmen, entfallen weitere circa 50 Prozent. Damit hat der „alte“ Westen nach wie vor eine dominante Stellung in der globalen Rüstungsindustrie. Doch andere Regionen bauen ihre Industrie neu auf (z.B. Russland) oder versuchen, eine nationale DTIB zu

„Ein weiterer Schritt in die Richtung der Armee der Europäer“

Ursula van der Leyen am 13.11.2017, nachdem 23 EU-Staaten in Brüssel den Pesco (Permanent Structured Cooperation) unterzeichneten und damit eine strukturierte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik beschlossen.

Sicherheitshalber

Im Podcast „Sicherheitshalber“ des European Council on Foreign Relations (ECFR) diskutieren Ulrike Franke (ECFR), Thomas Wiegold (www.augengera.deaus.net), Carlo Masala und Frank Sauer (Universität der Bundeswehr München) regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Lage in Europa und der Welt. www.soundcloud.com/sicherheitshalber

etablieren (z. B. Türkei, Südkorea). Jedoch sind ihre Unternehmen derzeit noch zu klein, um wirklich mit größeren westlichen Unternehmen auf der internationalen Bühne konkurrieren zu können.

Tatsächlich macht diese Betrachtung Europa aber größer, als es ist. Denn die DTIBs in Europa lassen sich bislang nicht als eine integrierte Struktur begreifen. Sie sind vielmehr weitgehend als einzelne nationale Systeme zu betrachten. Zwar kooperieren die Unternehmen und Staaten. Doch die vorhandenen Potenziale, die durch eine systematische Integration entstünden, sind bei weitem noch nicht gehoben. Sie würden realisiert durch die systematische Koordinierung der Nachfrage, der gemeinsamen Beschaffung, der Forschung und Entwicklung und durch gemeinsame Regeln für Marktfragen sowie durch die Angleichung der nationalen Verteidigungspolitiken. So würde eine „E“-DTIB entstehen: eine europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis.

Diesem Ziel, die EDTIB zu schaffen, hatten sich die EU-Staaten 2007 verschrieben, als sie die EDTIB-Strategie unterschrieben. Seither ist die EDTIB zum rhetorischen Referenzpunkt nicht nur für die einzelnen Mitgliedstaaten, sondern auch für das Europäische Parlament und die Europäische Kommission geworden. Doch schon länger stellt sich heraus, dass Staaten und Industrie seit 2007 in der EU weiter getrennt

te Wege gehen. So bleibt es bei den wesentlichen Unterschieden und Friktionen: der multinationalen, zunehmend vernetzten Art und Weise, wie die EU-Militärs trainieren und kämpfen, und der hartnäckig nationalen und zunehmend unerschwinglichen Art und Weise, wie EU-Regierungen für sie Waffen beschaffen.

Die beiden wichtigsten Entwicklungen in Europa lassen sich als Kontinuität alter Entwicklungen beschreiben: fortgeführte Nationalisierung der Rüstungspolitik und eine weiter zunehmende Globalisierung der industriellen Aktivitäten.

Die EU selbst existiert im Rüstungsbereich nur marginal. Bislang waren die wesentlichen Instrumente Regularien und Vorschriften, an die sich die Staaten aber nur selten halten – beziehungsweise sie nutzen die großen Lücken, um die Vorschriften zu umgehen.

Neue Ambitionen und Impulse

Mit ihrer „EU Global Strategy“ (EUGS) hat sich die EU 2016 ein neues Ziel gesetzt: Sie möchte „strategische Autonomie“ erreichen. Mindestens für Krisenmanagement-Operationen im Rahmen der sogenannten „Petersberg-Plus“-Aufgaben will die EU weniger oder gar nicht mehr auf die Unterstützung der USA oder anderer Akteure außerhalb der EU zurückgreifen müssen. Diese Aufgaben umfassen gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze

Nur ein radikales Umdenken kann eine vernünftige Chance bieten, die Versorgungssicherheit der Streitkräfte noch zu verbessern.

ze, militärische Beratung und Unterstützung, Konfliktverhütung und Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Friedenschaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Damit bräuchten die EU-Staaten nicht nur die entsprechenden militärischen Fähigkeiten, sondern auch eine DTIB, die die EU bei Material und Versorgung unabhängig macht.

Als besonderen Schritt in diese Richtung kündigt derzeit die EU den Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) an. Hier gibt die EU Zuschüsse für Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich. Damit zieht die EU-Kommission die Lehren aus dessen unverbundenen Engagements. Während sie in anderen Bereichen wie der zivilen Forschung finanzielle Anreize mit Regulierungen kombinieren konnte, war dies im Verteidigungsbereich nicht möglich. Ihre Regulierungen und Vorschriften zur Beschaffung im Rüstungsbereich allein haben keine Veränderung in der Art und Weise bewirkt, wie die EU heute rüstet.

Dass die Kommission nun die Kombination aus Regulierung und Ressourcenanreiz auf den Verteidigungsbereich übertragen kann, eröffnet ein erhebliches Potenzial. Mit der eingeplanten Fördersumme von 13 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2021 bis 2027 würde die Kommission zu einem der vier größten Investoren für

Verteidigungsforschung in Europa werden. Mit dem Geld soll der Anreiz zur Zusammenarbeit unter den EU-Staaten größer werden – es kann nur für Gemeinschaftsprojekte ausgegeben werden.

Somit wird der EVF der nächste Versuch, das zu schaffen, was seit 2007 nicht gelang: die EU-Staaten aus ihrer langen Tradition der nationalen Rüstung herauszulösen und sie zu mehr Kooperation untereinander zu bewegen. Gleichzeitig gelten die gleichen Grenzen beim EVF: Er ist, wie frühere Instrumente und Initiativen, an die Grenzen gebunden, die die EU-Verträge für die Tätigkeit der Kommission im Allgemeinen setzen, wie zum Beispiel die Konzentration auf kleine und mittlere Unternehmen und die Förderung des Binnenmarkts.

Ein Europa in der Rüstung braucht mehr Realismus

Die Ambition der EU und des EVF kommen jedoch wahrscheinlich zu spät, um die alte Vision der EDTIB umsetzen zu können. Die Rüstungslandschaft von heute unterscheidet sich erheblich von der im Jahr 2007. Und sie hat sich durch die Untätigkeit der Staaten von der Vision der EDTIB weiter entfernt. Was 2007 noch möglich erschien, ist 2018 weniger wahrscheinlich und wird in Zukunft vielleicht nicht mehr möglich sein.

Es sind neue Risiken, Herausforderungen und Dilemmata dazugekommen. Tatsächlich

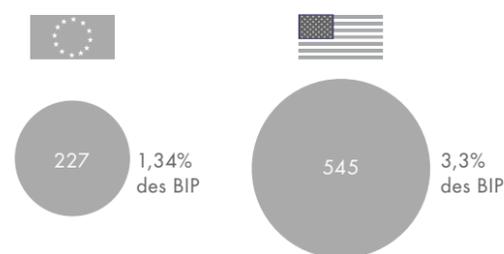
haben sich die Bedingungen für Versorgungssicherheit weiter verändert: Mehr Zulieferung kommt von außerhalb der EU. Gleichzeitig sind die Absatzmärkte aus der EU abgewandert. Mit dem Brexit etwa gehen der EU 40 Prozent ihrer derzeitigen industriellen Kapazitäten und ein zentraler Akteur bei der Forschung und Entwicklung verloren. Zudem könnte das Vereinigte Königreich zum Wettbewerber auf dem Rüstungsmarkt werden. Die langsamen, zumindest nominellen Erhöhungen der Verteidigungshaushalte schüren den Wunsch bei vielen Akteuren, dass der nun erhoffte Segen vor allem national ausgeschüttet wird – nationales Geld soll national ausgegeben werden. Mehr Unabhängigkeit von außen heißt zudem mehr Abhängigkeit von innen: von den systemrelevanten Unternehmen in der EU. Diese bekommen aber einen Monopolstatus, wenn die EU sich nicht dem globalen Wettbewerb stellt oder ihn innerhalb der EU organisieren kann. Damit funktionieren aber die liberalen Prinzipien für den Markt wiederum nicht mehr.

Der derzeitige Stand und der langfristige Entwicklungstrend

der Rüstungsindustrie machen es zunehmend unwahrscheinlicher, dass die Mitgliedsstaaten und die EU die aktuelle Vision der EDTIB oder eine umfassende strategische Autonomie umsetzen werden. Nur ein radikales Umdenken kann eine vernünftige Chance bieten, die Versorgungssicherheit der Streitkräfte noch zu verbessern. Dieses Umdenken muss mit einer nüchternen Analyse des Ist-Zustandes und der voraussichtlichen Zukunft des nationalen und internationalen DTIB beginnen. Der bis heute anhaltende wehrtechnische Blindflug aller Akteure sollte durch eine gemeinsame Ausgangsbasis ersetzt werden, die zeigt, wie die europäische Rüstungslandschaft aussieht, was noch möglich ist und was nie Realität werden wird. Von dort aus können politische Optionen entwickelt und ein gemeinsamer Ansatz ausgehandelt werden. Die Entwicklung von Szenarien zu den Zukünften der DTIBs in Europa kann helfen, diese Entscheidung zu unterstützen: Integration in den Weltmarkt, Renationalisierung und Europäisierung. ▲

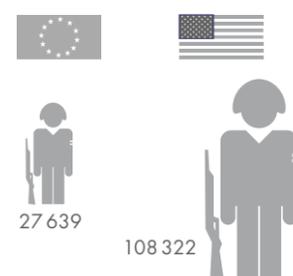
USA und Europa: Verteidigungsausgaben

Gesamtbetrag (Milliarden Euro)

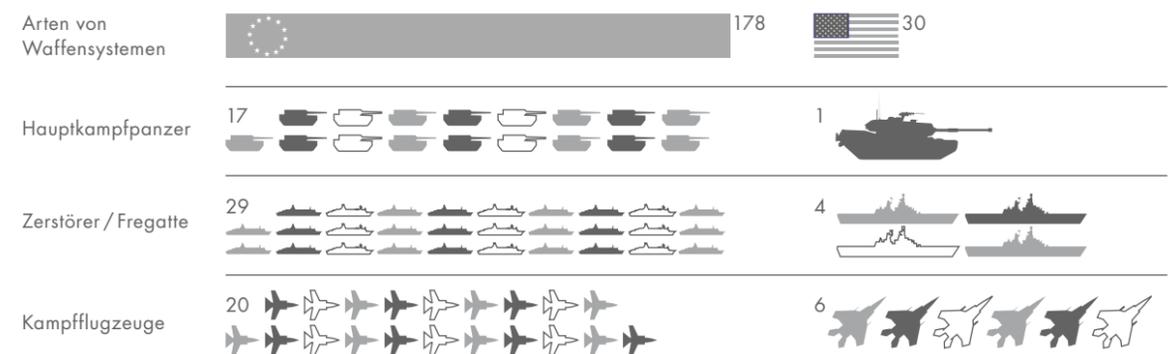


Quelle: Europäische Kommission 2017

Investition je Soldat (Euro)



USA und Europa: Anzahl verwendeter Waffensysteme



MIT DER DEMOKRATIE KAM DIE MAFIA

**Kriminelle Strukturen füllten das Machtvakuum
der Balkanstaaten – und profitierten vom
Waffenembargo der UN**

Von Erich Rathfelder



Kosovo im Dezember 2010: Die erste Parlamentswahl nach der Unabhängigkeit musste wegen Wahlfälschungen mehrmals wiederholt werden, bis der Sieger feststand: die Partei PDK von Hashim Thaçi, hier auf einem Plakat in Pristina. Thaçi wurde Ministerpräsident, 2014 dann Präsident. Bereits Ende 2010 warf ihm der Europarat Verstrickungen in den illegalen Organhandel vor

Noch heute, mehr als 27 Jahre nach den verheerenden Kriegen in Südosteuropa, sind die Auswirkungen dieses Geschehens fassbar. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien haben weitreichende Spuren in den Köpfen, Herzen und bleibend in den Gesellschaften hinterlassen.

Es war nicht nur die kommunistische Ideologie, die 1989 im gesamten Ostblock und auch im ehemaligen Jugoslawien zusammengebrochen ist, sondern es waren die großflächigen staatlichen Strukturen, die damals Schaden genommen haben. Die im alten System als Instrumente zur Unterdrückung der Bevölkerung benutzten Institutionen waren in den Augen der Bevölkerung zu Recht obsolet geworden. Doch es konnte in dieser Zeit des Umbruchs und der Revolutionen auch kein von der Gesellschaft akzeptierter Ersatz geschaffen werden. Das bedeutete, dass es keine funktionierende Polizei und Justiz mehr gab. An deren Stelle rückten in manchen Staaten Mafiaorganisationen, die bei Streitigkeiten Lösungen suchten, die zuweilen sogar in Schießereien endeten. Es handelte sich also zunächst um eine ziemlich anarchische Privatisierung des Eigentums und des Rechtssystems, die dazu geführt hat, dass sich in der Exsowjetunion und in manchen Ländern Osteuropas ein ziemlich rüder Kapitalismus durchsetzen konnte.

Jedes Land hat seine Besonderheiten

Jedes Land besitzt natürlich seine eigene historische Gestalt. So lassen sich durchaus Unterschiede bei den entsprechenden Entwicklungen in Polen, Ungarn, in Tschechien, der Slowakei, Rumänien oder Russland beobachten. Je nach Reifegrad der Gesellschaft und der Stärke nicht staatlicher Organisationen wie die der Kirchen verlief die Entwicklung hin zum Kapitalismus weniger oder mehr brutal ab. Im ehemaligen Jugoslawien aber kam es zu blutigen Auseinandersetzungen und zum Krieg.

Manche Autoren wie der geschätzte britische Kriegsreporter und Mafiaexperte Misha Glenny glauben nicht, dass die Balkankriege wegen ethnischem

Nationalismus begonnen wurden. Diese Kriege seien von wenigen einflussreichen Leuten im früheren Jugoslawien, inklusive der Verbrechersyndikate und der neu entstandenen politischen Klassen in Serbien, Kroatien, Slowenien inszeniert worden. „Diese Gruppen haben in Absprache miteinander riesige und sehr profitable Unternehmen etabliert und den Nationalismus als Tarnung gebraucht“, erklärte er 2008 in einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“.

Sicherlich, diese Aussage erscheint überspitzt. Doch Tatsache bleibt, dass sich als Retter der Nation inszenierende Kriminelle in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens die Kriege und den Zerfall der Staatsapparate zunutze gemacht haben, um sich zu bereichern und sogar politische Macht zu erobern. Sie nutzten dabei die aus dem Kommunismus stammenden Mechanismen der kontrollierten Öffentlichkeit – die Medien wurden vor allem in Serbien meisterhaft um 180 Grad gedreht – sie durchdrangen die Polizei und das Justizsystem und ließen sich sogar wie der serbische Kriminelle und Milizenführer Arkan (Željko Ražnatović) in die Parlamente wählen.

Die Regierungen brauchten die Kriminellen

Da es in der einzigen Großstadt von Rang in der Region, in Belgrad, anders als in anderen Landesteilen Jugoslawiens, schon während der sozialistischen Zeit eine entwickelte kriminelle Szene gab, konnte es den Kriminellen gelingen, sich in der Zeit des Umbruchs um 1990 entscheidend in Szene zu setzen. Mit dem Krieg in Kroatien von 1991 bis 1995 konnten Arkan und andere Milizenführer wie Vojislav Šešelj ihren Einfluss ausbauen. Da es in der ehemals aus allen Volksgruppen zusammengesetzten Jugoslawischen Volksarmee noch immer erheblichen Unwillen gab, sich an „ethnischen Säuberungen“, das heißt an der Vertreibung von nicht serbischen Bevölkerungsgruppen durch Mord, Vergewaltigungen und anderen Gewalttaten zu beteiligen, waren es die Paramilitärs der Milizenführer, die die schmutzige Arbeit übernahmen.

Die Zulassung eines rechtsfreien Raums 1991 kennzeichnet das System des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević. In diesem rechtsfreien Raum konnten auch die während der



Misha Glenny: **McMafia**. Die grenzenlose Welt des organisierten Verbrechens, Klett-Cotta-Verlag/Tropen, Stuttgart 2018, 599 Seiten, 14,95 Euro (Taschenbuch, 2. Auflage).



Erich Rathfelder,
ist Journalist und lebt
zurzeit in Sarajevo.
Er berichtet seit 1991
aus der Region.

Feldzüge geraubten Güter und Gelder (ab 1992 auch aus Bosnien und Herzegowina und bis 1999 aus dem Kosovo) in andere Geschäftszweige wandern, zum großen Teil sogar gewaschen werden.

Mit dem 1992 verfügten UN-Handelsembargo mit Restjugoslawien (Serbien und Montenegro) bot sich ein weiteres Betätigungsfeld für die Kriminellen. Die Bestechung von Zollbehörden, Polizei, weiten Teilen der Justiz und der Politik war die Folge, um das Embargo zu unterlaufen. Die sich in dieser Konstellation entwickelnde Mafia umfasste also Leute aus allen Teilen des Staatsapparates und der Politik, die mit den Kriminellen (Geschäftsleuten) unter der ideologischen Glocke des Kampfes für die Nation gemeinsame Sache machten – auch wenn sie sich teilweise gegenseitig umbrachten.

Der Ethno-Nationalismus in Exjugoslawien ist bis heute mit den kriminellen Sektoren der Gesellschaften der Nachfolgestaaten verbunden. Die Korruption und die Mafia sind bleibende Folgen, mit denen die heutigen Gesellschaften zu kämpfen haben – auch in Kroatien, in Bosnien und Herzegowina, in Mazedonien, Montenegro, im Kosovo.

Neue Staaten auf der Suche nach Waffen

In Kroatien und in Bosnien und Herzegowina – später auch im Kosovo – trug vor allem das Waffenembargo der UN gegenüber Exjugoslawien 1991 zur Herausbildung von Mafiastrukturen bei. Das Waffenembargo wurde gegen alle Teilstaaten des ehemaligen Jugoslawien ausgerufen. Angesichts der Tatsachen, dass es Serbien gelungen war, den Bestand der ehemaligen gemeinsamen Volksarmee zu übernehmen, und dass die meisten Produktionsstätten von Waffensystemen von Serbien kontrolliert wurden, konnten die Verteidiger in Kroatien und auch in Bosnien Waffen nur auf dem internationalen Markt organisieren.

Es entstand vor allem in Kroatien eine Grauzone zwischen internationalem Waffenhandel, Zoll, Polizei, Armee und Politik. Die so entstandene Mafia wurde von Präsident Franjo Tudjman geduldet und sogar hofiert. Nach Angriff der kroatischen Truppen auf Restbosnien 1993, dem Einsatz von Paramilitärs und nach den Verbrechen der ethnischen Säuberungen gegenüber der gleichzeitig von Serben angegriffenen muslimischen Bevölkerung entstand zumindest in Mostar eine mit Serbien vergleichbare Szenerie. Die Mechanismen der wegen der militärischen Lage äußerst schwierigen Waffenbeschaffung von Seiten der bosniakisch-muslimischen Führung in Sarajevo liegen dagegen heute noch zum Teil im Dunkeln – sicher ist nur, dass einzelne Politiker der muslimischen Nationalpartei SDA finanziell massiv profitiert haben.

Wenn es auch in Kroatien und Serbien angesichts des Druckes der EU in Bezug auf die Beitrittsverhandlungen gelang, die Macht der Mafia einzugrenzen – in Kroatien wurde sogar der von 2003 bis 2009 agierende Ministerpräsident Ivo Sanader vor dem EU-Eintritt 2013 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt – verschwunden ist sie nicht. Die Mitglieder der im Krieg entstandenen Mafiaseilschaften in Polizei, Justiz, Zoll und Politik sind in allen Nachfolgestaaten Jugoslawiens nach wie vor die eigentlichen Kriegsgewinnler. ▲

„Obwohl Politiker und Institutionen zunehmend ihre Bedenken zu den Gefahren der Korruption zum Ausdruck bringen, sind die Anstrengungen und der politische Wille, das Problem anzugehen, bislang begrenzt.“

Transparency International zur Lage in Bosnien und Herzegowina 2018

SICHERHEITS- POLITIK



Anschlagsziel Stadion: französische Polizisten und Gendarmen bei einer Antiterrorübung (Lyon)





Denkaufgabe, immer wieder neu: Wie geht Frieden zwischen den Völkern? Immanuel Kant – hier eine Büste in der Friedrichswerderschen Kirche in Berlin – plädierte als einer der Ersten für einen freiwilligen Bund gleichberechtigter Staaten

KOSMOPOLITISCHE PHILOSOPHIE



Das globalpolitische Machtvakuum zwischen geschwächtem Nationalstaat und fehlendem Weltstaat soll ausgefüllt werden durch Global Governance, durch bewegliche Netzwerke struktureller Ordnung und Steuerung. Gegen Global Governance richtet sich jedoch zunehmend ein bleibendes politisches Bedürfnis nach personaler Beteiligung und Gestaltung

Von Jochen Bohn

Das Phänomen der Globalisierung hat Effekte, die sich mit vertrauten Politikverständnissen und herkömmlichen politischen Instrumentarien kaum noch handhaben lassen. Das gilt für *Goods and Bads* der Globalisierung gleichermaßen. Komplexität und Intensität dieser Effekte nahmen in den vergangenen drei Jahrzehnten zu und nötigen zu einer kosmopolitischen Wende, zu einer Transformation von Politik zum Zwecke globaler Integration. Im Diskurs wird dieser Trend als *Denationalisierung* problematisiert. Die klassische, auf nationalstaatliche Souveränität sich stützende Politik erweist sich als unzureichend, gar als hinderlich. Die politische Potenz des Nationalstaates wird zweifelhaft, seine Bedeutsamkeit relativiert sich. Zugleich fehlen global etablierte und hinreichend mächtige Mechanismen, die das Defizit des Nationalstaates kompensieren oder diesen in seiner Steuerungsgewalt gar ersetzen könnten. Dass es ihrer bedarf, scheint offensichtlich. Wie sie allerdings zu konzeptualisieren wären, ist offen.

Kosmopolitische Philosophie

Normative Konzepte globaler Ordnung und Steuerung gehen heute zumeist auf Unterscheidungen zurück, die sich bereits bei Immanuel Kant in dessen Entwurf *Zum ewigen Frieden* (1795) finden lassen. Grundsätzlich denkt Kant drei mögliche politische Konstellationen: die Völker als Staaten im Naturzustand, den Völkerstaat als Weltrepublik und die Fusion der Staaten in einer Universalmonarchie. Der Naturzustand der Staaten gilt Kant als Zustand des Krieges. Er ist vernünftigerweise zu verlassen. Die Universalmonarchie als Zielzustand wäre jedoch ein despotischer Zustand der Unfreiheit und bloß Vorstufe des Rückfalls in den Naturzustand. Wünschenswert wäre der Übertritt in einen Völkerstaat als republikanische Vereinigung von Einzelstaaten. Unter Verweis auf souveränitätstheoretische Gründe plädiert Kant jedoch ersatzweise für einen eigentümlichen Zwischenzustand: für einen Föderalismus freier Staaten, einen Völkerbund als wachsende Assoziation. Wesentliches Merkmal dieser Assoziation ist die Zwangsfreiheit, also die Freiwilligkeit des Beitritts, aber auch die jederzeitige Kündbarkeit der Zugehörigkeit. Im von Kant geöffneten Raum zwischen einem Föderalismus freier Staaten und einem Völkerstaat als Weltrepublik bewegen sich die gegenwärtig etablierten Konzepte kosmopolitischer Philosophie.

Partikular oder universal

In diesem Raum stehen sich in den vergangenen Jahrzehnten vor allem zwei normative Theorietypen gegenüber: eher kommunitäre Ansätze einerseits, eher liberale Ansätze andererseits. Strittig zwischen den beiden sind insbesondere Begründung und Reichweite politischer Normen, damit zugleich auch die Weise ihrer Realisierung und Implementierung. Kommunitäre Theorien sind tendenziell partikularistisch. Sie gehen davon aus, dass politische Normen kontextuell begründet seien, dass sie kontextgebunden und kontextsensibel bleiben müssen. Kommunitäre Kosmopolitik setzt auf kulturell gewachsene Relationen und Tugenden. Universale Normen gelten ihr als zu abstrakt, als dass sie ausreichend starke Überzeugungs- und Bindungskräfte freisetzen könnten. Konzeptionell steht kommunitäre Kosmopolitik folglich für den Verzicht auf staatsanaloge Formen globaler Ordnung und Steuerung. Liberale Theorien sind dagegen tendenziell universalistisch. Sie gehen davon aus, dass sich universale Standards für Politik nicht nur begründen und formulieren lassen, sondern dass diese für eine globalisierte Politik geradezu unverzichtbar sind. Ohne universale Standards drohen Relativismus und Beliebigkeit. Liberale Kosmopolitik setzt auf einen am Menschen als Person befestigten moralischen Universalismus. Konzeptionell steht sie damit für eine globale politische Ordnung und Steuerung durch normsichernde Institutionen.

Global Governance

Abseits aller philosophischen Konzepte nimmt die politische Wirklichkeit ihren Lauf. Das tatsächliche Machtvakuum zwischen nachlassender einzelstaatlicher und fehlender weltrepublikanischer Potenz bleibt nicht leer. Real wird es seit Mitte der 1990er Jahre ausgefüllt durch ein höchst wirkmächtiges politisches Netzwerk. Neben Nationalstaaten und zwischenstaatlichen Einrichtungen treten hier zivilgesellschaftliche Organisationen, globale Institutionen und transnationale Regime als politisch relevante Akteure auf. Wesentliche Absicht des sich ausbreitenden Netzwerkes ist nicht mehr die klassische Gewährleistung politischer Symmetrien, sondern der globale Ausbau einer multiplen und multidimensionalen Kooperation. Das Netzwerk wird beschrieben als *Global Governance*, mit einer Wortschöpfung, die eine neue, transnationale Form des Regierens, der globalen politischen Steuerung zu bezeichnen versucht. Die verschiedenen Akteure im Netzwerk wirken jenseits nationaler Grenzen zusammen, geben sich selbst Regeln des Handelns und reagieren so jeweils aktuell und flexibel auf globale Sachverhalte und Problemlagen. Global Governance meint dabei die Gesamtheit der kollektiv vereinbarten Regelungen, sowohl der Form als auch dem Inhalt nach. Nationalstaaten bleiben in diesem Regelungssystem nach wie vor wichtig. Insbesondere ihre Koordinierungsleistung ist gefragt. Staaten sehen sich allerdings auch einschneidenden Veränderungen ausgesetzt. Sie müssen mit nichtstaatlichen Akteuren politisch kooperieren. Es wachsen Autoritäten und Verbindlichkeiten heran, die Staaten auch gegen ihren Willen verpflichten, die sich auch mit innerstaatlichen Regelungen reiben können. Die horizontale zwischenstaatliche Politik wird ergänzt durch vertikale globale, auch nichtstaatliche Politik.

Weltsteuerung ohne Weltregierung

Teile der kosmopolitischen Philosophie machen aus der Not eine Tugend und vertreten Global Governance mittlerweile als normatives Konzept, angesiedelt gerade dort, wo Kant theoretisch offenbleibt, noch offenbleiben muss: zwischen einem Föderalismus freier Staaten und einem Völkerstaat als Weltrepublik. Als Konzept vertreten, ist Global Governance die normative Antwort auf das einzelstaatliche Unvermögen unter globalen Bedingungen, aber auch Antwort auf die mögliche Kritik einer staatsanalogen Vereinigung der Staaten. Der Nationalstaat bleibt zwar als unverzichtbare politische Instanz erhalten, die kooperative und durchregulierte Vernetzung aller *Global Player* sichert jedoch eine globale, an universalen Standards orientierte weltgesellschaftliche Selbstorganisation und schiebt zugleich einem überstaatlichen, unvermeidlich übergriffigen Weltstaat einen Riegel vor. Global Governance ist also offensichtlich darum bemüht, die Vorlieben und Vorbehalte partikularer und universaler Ansätze gleichermaßen zu berücksichtigen und zu integrieren. Ziel ist eine strukturierte und effektive politische Weltsteuerung ohne Weltregierung. Als normatives Konzept löst sich Global Governance damit zumindest in globaler Dimension vom traditionellen Begriff politischer Macht. An die Stelle des Politikers tritt das Netzwerk. Politik meint nicht mehr die Durchsetzung eines politischen Willens, sondern den kreativen Gebrauch eines Geflechts von Abhängigkeiten. Macht haben nicht mehr Personen. Macht hat allein noch die Struktur.

Verschiebung und Verlust

Indem Global Governance politische Macht weitgehend in bewegliche Netzwerkstrukturen verlagert, ist das faktische Gelingen dieses Konzepts, mehr noch als das anderer Entwürfe politischer Ordnung und Steuerung, abhängig von der Wahrheit einer fundamentalen Harmonieannahme: Das universal normierte Netzwerk muss gewissermaßen als regulativer Selbstläufer begriffen werden. Nicht allein diese Annahme ist fragwürdig. Im Lichte eines personalen Macht- und Politikbegriffs erscheinen die politischen Verschiebungen durch Global Governance grundsätzlich als bedenklich: Global Governance betreibt die Fragmentierung und Vernetzung politischer Prozesse. Wirklich wird ein unübersichtliches Flickwerk politischer Akteure, das sich kaum koordinieren, noch weniger kontrollieren lässt. Global Governance fördert die Anonymisierung politischer Wissens- und Handlungsträgerschaft. Die klare Zuschreibung politischer Verantwortlichkeiten wird immer schwieriger. Global Governance begünstigt die Arkanisierung politischer Mechanismen. Publizität und kritische Begleitung lassen sich nur noch schwer gewährleisten. Vor allem aber bedeutet Global Governance einen spürbaren Verlust an demokratischer Legitimität. Die Macht globaler politischer Akteure geht kaum noch vom Volke aus.



Dr. Jochen Bohn ist Privatdozent für Politische Philosophie an der Universität der Bundeswehr München.

Die neue Attraktivität personaler Macht

Das aktuelle Phänomen der Wiederkehr personaler politischer Macht, die neue Attraktivität starker politischer Führer – von Trump über Putin bis hin zu Erdoğan – kommt nicht von ungefähr. Symptomatisch äußert sich darin auch die Sorge vor der Ohnmacht gegenüber sich selbstständigenden globalpolitischen Strukturen und Dynamiken. Ob die Trumps dieser Tage sich dem allgemeinen Lauf der politischen Dinge entziehen und tatsächlich einlösen können, was sie verheißen, ob die mittelbaren und langfristigen Folgen dessen, was sie ins Werk setzen, von ihren Anhängern tatsächlich gewollt sein können, darf durchaus bezweifelt werden. Dessen ungeachtet ist die wieder populäre Sehnsucht nach politischen Führern auch eine ganz urtümlich demokratisch motivierte Verlustanzeige: eine Klage wider den Schwund personaler Beteiligung und Gestaltungsmacht. Diese Klage darf wohl nicht beklagt, sie muss vielmehr gerade auch konzeptionell ernst genommen werden. Das kosmopolitische Projekt insgesamt könnte damit stehen – oder auch fallen. ▲

Literatur

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Regieren jenseits des Nationalstaates**. Informationen zur politischen Bildung, Heft 325, Bonn 2015, Download: www.tinyurl.com/izpb-325-2015

Gert Krell, Peter Schlotter: **Weltbilder und Weltordnung in den Internationalen Beziehungen**, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (2015) 41/42, S. 22–29, Download: www.tinyurl.com/APuZ-65-2015

Michael Reder: **Globalisierung und Philosophie**. Eine Einführung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2009.

Michael Zürn: **Vier Modelle einer globalen Ordnung in kosmopolitischer Absicht**, in: Politische Vierteljahresschrift 52 (2011) 1, S. 78-118.

Linktipps

www.teamglobal.de

Jugendnetzwerk der Bundeszentrale für politische Bildung zu Globalisierungsthemen

www.tinyurl.com/cicero-beck-kosmopolitismus

Ein neuer Kosmopolitismus liegt in der Luft – Sieben Thesen des Soziologen Ulrich Beck

www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung

Zahlen und Fakten zur Globalisierung

www.tinyurl.com/Papst-Globalisierung-2009

Enzyklika CARITAS IN VERITATE von Papst Benedikt XVI. zur Globalisierung

www.unglobalcompact.org

United Nations Global Compact: auf globaler Ebene die bekannteste Initiative zur Förderung von verantwortungsvollen Unternehmenspraktiken

www.normativeorders.net

Normative Orders: Exzellenzcluster an der Goethe-Universität Frankfurt, interdisziplinäres Forschungsnetzwerk, Schwerpunkt: Frage nach einer gerechten Ordnung der Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung

ZU VIELE BRAUCHEN DEN KRIEG

Jemen: Ein Land kollabiert unter dem Kampf um wirtschaftliche Interessen
Von Said AlDailami

Wie andere Kriege der Gegenwart ist auch der Konflikt im Jemen extrem vielschichtig. Diverse lokale, nationale und internationale Konfliktparteien bekämpfen sich unerbittlich unter Verfolgung multipler Interessen. Vordergründig legitimieren sie ihr Vorgehen in der Regel mit ideellen und politischen Motiven, jedoch zeigt sich in ihrer Kriegstaktik und -führung, dass wirtschaftliche Faktoren eine elementare Rolle spielen.

Das seit Kriegsbeginn durch den endgültigen Zerfall staatlicher Strukturen entstandene Machtvakuum nutzen alle Beteiligten maßgeblich zur Befriedigung ökonomischer Interessen, beispielsweise aus dem Rohstoffhandel oder aus illegalen Machenschaften wie dem Schmuggel von Waffen. Folglich sind sie nicht wirklich an einer Beendigung des Konflikts, sondern vielmehr an dessen Perpetuierung interessiert.

Das Resultat ist eine der größten humanitären Katastrophen der Gegenwart. Schon vor Ausbruch des Kriegs galt der Jemen als „Armenhaus der arabischen Welt“, verfügte er doch über relativ wenig Rohstoffe, eine lahrende Landwirtschaft und vor allem über ein schwerfälliges, vetternwirtschaftlich organisiertes Staatswesen infolge der langen Herrschaft des despotischen Präsidenten Saleh. Die Eskalation des Huthi-Konflikts hat der nationalen Wirtschaft den Rest gegeben – einem Großteil der Bevölkerung ist der Zugang zu Arbeit, medizinischer Grundversorgung und Lebensmitteln versperrt.

Um die Hintergründe dieses aufgrund seiner Komplexität kaum ergründbaren Konflikts besser nachvollziehen zu können, lohnt es sich, einen Blick auf die Vorgehensweise der wichtigsten internen und externen Akteure und deren ökonomische Interessen zu werfen.

1. Der Kampf der internen Kräfte um wirtschaftliche Privilegien

Die Huthi-Rebellen, die wohl prominenteste Kriegspartei, mobilisierten ihre Gefolgschaft einst durch die Anprangerung der wirtschaftlichen Marginalisierung der vorwiegend zaiditisch-schiitischen Bevölkerung im Norden des Nordjemens. Seitdem sie jedoch im Zuge der Einnahme der Hauptstadt Sana'a einen Pakt mit ihrem ehemaligen Gegner Saleh schlossen, profitierten sie selbst von dem vormals

beanstandeten Reichtum des langjährigen Alleinherrschers. Weitere Mittel, die vorwiegend in die Taschen der Rebellenführer fließen, beziehen sie aus verschiedenen Einnahmequellen auf ihrem Territorium, allen voran dem wichtigsten Hafen des Landes, Hodeida am Roten Meer, und dem Schmuggel in den Grenzgebieten. In jüngerer Vergangenheit geraten die einst unbezwingbaren Huthis verstärkt in die

Defensive, was sich unter anderem in der neu entstandenen Feindschaft zu den Anhängern Salehs, den sie im Dezember 2017 brutal liquidierten, äußert. Die Schwächung wird jedoch durch mutmaßliche Hilfen der schiitischen Regionalmacht Iran kompensiert.

Auch die Exilregierung um Salehs Nachfolger Hadi kämpft um ihre politische und wirtschaftliche Vormacht. Seit der Flucht des Präsidenten nach Riad verliert dieser im Süden des Landes, welcher weitestgehend von den Huthis befreit ist, vermehrt an politischem Einfluss. Dies führt zur wirtschaftlichen Schwächung der Regierung, was wiederum die Finanzierung öffentlicher Aufgaben behindert und eine weitere Erosion der Staatsmacht zufolge hat. Hadi versucht aus diesem Teufelskreis auszuweichen, indem er etwa die Ölförderung im Süden wieder vorantreibt und Geld drucken lässt. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass sein politisches und wirtschaftliches Überleben und das seiner Exilregierung im Wesentlichen von der Unterstützung Saudi-Arabiens abhängt.

Eine unterschätzte Konfliktpartei ist der Southern Transitional Council (STC), der das durch den Staatsverfall im Süden entstehende Machtvakuum raffiniert

zu füllen wusste. Er strebt eine Abspaltung des bis 1990 unabhängigen Südjemens vom Norden an und wird hierin von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) unterstützt. Über weitere Mittel verfügt der STC durch den Zugriff auf Einnahmequellen wie den Hafen der jemenitischen Interimshauptstadt Aden. Im Gegensatz zu anderen Konfliktparteien investiert der STC das erwirtschaftete Geld wohl auch in den Wiederaufbau der Region und die Entlohnung seiner Bediensteten.

Trotz kleinerer Hoffnungsschimmer darf man sich keine Illusionen hinsichtlich einer baldigen Entspannung der Lage machen. Sämtliche internen Kriegsparteien haben bisher wirtschaftlich vom Krieg profitiert – keine von ihnen wird Einbußen politischer und wirtschaftlicher Privilegien zugunsten einer anderen ohne Kompensation tolerieren. Der Umstand, dass daneben eine Vielzahl internationaler Akteure versucht, die Situation zu ihren Gunsten zu instrumentalisieren, lässt eine Konfliktlösung in noch weitere Ferne rücken.

2. Der Kampf um Hegemonie in der Region

Die in einer Militärkoalition gegen die Huthis kooperierenden arabischen Nachbarstaaten, allen voran Saudi-Arabien und die VAE, sind durch den bisherigen Verlauf des Jemenkriegs alarmiert. Dies hat vor allem geopolitische Gründe, verläuft doch die Seestraße vom Indischen Ozean zum Suezkanal entlang der Küste des kriegsgebeutelten Landes. Da sich die Ölraffinerien der VAE und Saudi-Arabiens im Osten der Arabischen Halbinsel befinden und der landgängige Rohstofftransport bisweilen nicht ausreichend gewährleistet werden kann, sind die Scheichs zur Absicherung ihrer Haupteinnahmequelle auf den Schiffstransport über das sogenannte Tor der Tränen (Bab el-Mandeb) zwischen dem Südwestkap Jemens und dem Horn von Afrika angewiesen. Eine Kontrolle dieser Passage durch die schiitischen, iranfreundlichen Huthi-Rebellen ist wohl kaum im Interesse der sunnitischen Königshäuser. Trotz des gemeinsamen Feindbilds haben die beiden Staaten sehr unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Kriegsführung und der Ausgestaltung eines Nachkriegsjemens.

Saudi-Arabien verfolgt neben wirtschaftlichen auch politische Interessen. Die wahabitisch-salafistischen Saudis üben seit Mitte des 20. Jahrhunderts vor allem im Nordjemen viel politischen Einfluss aus, den sie nicht verlieren wollen. Folglich sind sie seit Beginn des Kriegs um die Wiederherstellung des Status quo ante, ergo der Präsidentschaft Hadis,

bemüht, wofür sie vor allem auf Luftschläge setzen. Wirtschaftliche Interessen verfolgen die Saudis besonders im Osten, wo sie einen Hafen eröffnen und eine Pipeline verlegen wollen, um direkten Zugang zum Indischen Ozean zu Ölexportzwecken zu erhalten. In Saudi-Arabien stößt die Kriegsführung des Königshauses im Nachbarland jedoch vermehrt auf Kritik in Anbetracht hoher Kosten und mäßigen Erfolgs. Letzteres lässt sich wohl vor allem darauf zurückführen, dass die Saudis mit Hadi von Anfang an auf das falsche Pferd gesetzt haben, hat dieser doch kaum Unterstützer im eigenen Land. Die VAE hatten bisweilen in ihrer Kriegsführung ein glücklicheres Händchen, auch weil ihnen die geringere Vielschichtigkeit ihrer Interessen ein taktisch flexibleres Vorgehen erlaubt. Die Motive der Emirate sind vorwiegend wirtschaftlicher Natur und im Lichte eines Wettstreits um die ökonomische Hegemonie in der Region mit China und der Türkei, die vermehrt Präsenz am Horn von Afrika zeigen, zu betrachten. So erklärt sich auch das militärische Vorgehen der VAE im Jemen, die in den Küstenregionen des Südens recht erfolgreich mit dem STC kooperieren und den Kampf gegen die Huthis um die Hafenstadt Hodeida unterstützen. Ferner zeigen sie verstärkt Präsenz auf geostrategisch relevanten Inseln wie dem paradiesischen Sokotra, das fernab des Festlands im Indischen Ozean liegt.



Dr. Said Ailami
ist Büroleiter Tunesien / Algerien / Libyen der Hanns-Seidel-Stiftung im Maghreb.

Trotz vieler gegensätzlicher Vorstellungen scheinen die beiden Golfstaaten ihre Jemenpolitik verstärkt zu koordinieren. So zirkulieren Gerüchte über ein bestehendes Divide-and-Rule-Abkommen, das eine Aufteilung der Hegemonien zwischen den Königshäusern nach Kriegsende vorsieht. Ferner investieren beide Länder in ein Projekt einer dubaiischen Gesellschaft, welches das Horn von Afrika mit der Arabischen Halbinsel durch eine Hängebrücke zwischen

zwei eigens erbauten Megastädten in Dschibuti und dem Jemen verbinden soll.

Doch auch die einflussreichen Regionalmächte sind nicht das letzte Glied in der Konfliktkette, beziehen sie doch 98 Prozent ihres militärischen Geräts aus westlichen Staaten.

3. Der Westen liefert die Kriegsmaschinerie

Wenngleich die USA und das Vereinigte Königreich die meisten Waffen zum Jemenkrieg beisteuern, verdienen auch deutsche Waffenhersteller prächtig (1,3 Milliarden Euro allein im Jahr 2017). Im ersten Quartal 2018 billigte das Kabinett trotz gegenteiliger Bekundungen im Koalitionsvertrag noch Waffenexporte an Saudi-Arabien im Wert von 162 Millionen Euro. Von dem Vereinigten Königreich sind in wirtschaftlich turbulenten Brexit-Zeiten sicherlich erst recht keine Exportdrosselungen zu erwarten, genauso wenig von der saudifreundlichen Regierung Trumps, die – ganz nach dem Motto „America first“ – bei der Förderung der heimischen Wirtschaft wenig Rücksicht auf humanitäre Katastrophen in entfernten Erdteilen nimmt.

Doch die westlichen Mächte haben nicht nur ein mittelbares wirtschaftliches Interesse am Konflikt in Form von Erträgen aus dem Waffengeschäft. Unmittelbar kommt es auch ihnen, neben der Terrorbekämpfung, besonders auf die vollständige Befreiung der für den Öltransport essenziellen Seewege von den unberechenbaren Huthi-Rebellen an. Der Krieg im Jemen wird zwar – wie andere

militärische Auseinandersetzungen, etwa im Irak, in Libyen oder Syrien – zwar vordergründig aus politischen Gründen geführt, wirtschaftliche Motive spielen jedoch eine geflissentlich von den Kriegsparteien verschwiegene, aber zentrale Rolle. Besonders tragisch hieran ist, dass die Verantwortlichen ihre Interessen ohne Rücksicht auf das Leiden der Bevölkerung durchsetzen und ganze Regionen in Schutt und Asche legen. Eines Tages, wenn der Krieg im Jemen beendet sein wird, wird man beginnen, das Land von Grund auf neu aufzubauen, da die gesamte Infrastruktur zerstört wurde. Von der humanitären Katastrophe ganz zu schweigen.

FRIEDENS- ETHIK



Im Ostkongo: Bora M'Kafunzi ist infolge einer Vergewaltigung Mutter geworden.
Ihr Mann tut sich schwer damit, das Kind zu akzeptieren



DIE ÖKONOMIE, DER KRIEG UND DAS RECHT AUF EIN MENSCHEN- WÜRDIGES LEBEN



Das Verfolgen materieller Interessen gilt oft als unmoralisch. Aber inzwischen hat auch die Friedensethik erkannt, dass sie Grundkonstanten des Menschseins nicht ausklammern darf

Von Friedrich Lohmann



Prof. Dr. Friedrich Lohmann ist Professor für Evangelische Theologie mit dem Schwerpunkt Angewandte Ethik an der Universität der Bundeswehr München. Er gehört dem Herausgeberkreis von ZUR SACHE BW an.



„Die Menschenwürde als solche ist auch getroffen, wenn der Mensch gezwungen ist, ökonomisch unter Lebensbedingungen zu existieren, die ihn zum Objekt erniedrigen.“ (Günter Dürig)

Wenn ich an Kriegsökonomie denke, dann fällt mir als Erstes Orson Welles ein. Im Film „Der dritte Mann“ spielt er den zwielichtigen Harry Lime, der im besetzten Wien kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs vom Handel mit gestrecktem Penicillin lebt. Seine Opfer sind in erster Linie Kinder, und der Anblick der durch die Vergiftung langsam dahinsiechenden Kinder in einem Wiener Spital bringt seinen integren Freund Holly Martins dazu, Lime bei der Polizei zu verraten. Lime wird nach langer Verfolgungsjagd erschossen, und wer den Film und die Kinder gesehen hat, kann das nur als gerecht empfinden.

Harry Lime lebte indirekt vom Krieg, indem er das Missverhältnis zwischen starker Nachfrage nach medizinischer Hilfe und geringem Angebot an Gesundheitsleistungen für sein Businessmodell ausnutzte. In einem Gespräch mit seinem Freund versucht er, seine Sicht des Kriegs als ökonomischem Katalysator zu legitimieren. „In den 30 Jahren unter den Borgias hat’s nur Krieg ge-

geben, Terror, Mord und Blut. Aber dafür gab’s Michelangelo, Leonardo da Vinci und die Renaissance. In der Schweiz herrschte brüderliche Liebe, 500 Jahre Demokratie und Frieden. Und was haben wir davon? Die Kuckucksuhr!“ Durch Kriege entstehen Märkte, und verbunden mit der kriegsbedingt politisch unübersichtlichen Situation hat das schon viele reich gemacht. Und nur wenige von ihnen wurden zur Rechenschaft gezogen wie Harry Lime.

Der Waffenhandel ist eine andere Möglichkeit, um aus dem Krieg Profit zu machen. So wie Sarkis Soghanalian (1929 bis 2011), dem im Film „Lord of War – Händler des Todes“ ein Denkmal gesetzt wurde. Mit Wissen der US-Regierung wurde er zum größten illegalen Waffenhändler in der Zeit des Kalten Kriegs. Zum Beispiel belieferte er den Irak im Krieg mit dem Iran in den 1980er Jahren. Immerhin soll er sich geweigert haben, gleichzeitig auch den Iran mit Waffen zu versorgen. Reich wurde er trotzdem. Er starb eines natürlichen Todes in seiner Residenz in Florida.

Ökonomismus verträgt sich nicht mit Moral

Waffen sind keine normalen Handelsgüter, und deshalb ist der legale Handel mit ihnen in den westlichen Staaten genehmigungspflichtig. Dabei sollen ökonomische Interessen im Hintergrund bleiben. „Beschäftigungspolitische Gründe dürfen keine ausschlaggebende Rolle spielen“, heißt es bezüglich der Genehmigungspraxis in den gegenwärtig gültigen Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus dem Jahr 2000. Eine andere Richtung geht aktuell der Schweizer Bundesrat, der im Juni eine Lockerung seiner Rüstungsexportregeln beschlossen hat, um der heimischen Waffenindustrie zu mehr Aufträgen zu verhelfen. Der Beschluss ist mit Recht auf viel Kritik gestoßen.

Das alles zeigt: Das Ökonomische verträgt sich nicht gut mit der Moral. Es gibt eine lange, weltumspannende Linie in den ethischen Traditionen der Menschheit, wonach materieller Besitz mindestens ambivalent und das Streben nach ihm verwerflich ist. Die wahren Werte, so hört man immer wieder, sind immateriell. In der Abscheu vor ökonomischen Kriegsgewinnlern kommt diese moralische Intuition angemessen zur Geltung.

Aber ist damit schon alles über das Verhältnis zwischen Krieg, Ökonomie und Ethik gesagt? Was die Wirtschaftsethik schon immer umtreibt, ist inzwischen auch in der Friedens- und Konfliktethik angekommen: Materielle Bedürfnisse gehören zu den Grundkonstanten des Menschseins, und sie dürfen daher aus der Ethik nicht ausgegrenzt werden. So sehr es eine unangemessene Bereicherung gibt, so sehr gibt es auch ein angemessenes Interesse an einem ökonomischen Mindeststandard, an einem materiell menschenwürdigen Leben. Und dieses Interesse ist höchst relevant, wenn es darum geht, kriegerische Konflikte zu verstehen, sie zu beenden und ihnen vorzubeugen.

Die Kriegsursachenforschung weiß schon lange, dass Armut und Arbeitslosigkeit...

Materielle Bedürfnisse als Kriegsursache

Die Kriegsursachenforschung weiß schon lange, dass Armut und Arbeitslosigkeit zu den stärksten Kräften gehören, die Menschen motivieren, zu den Waffen zu greifen. Angesichts der „neuen Kriege“ seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, die großenteils innerstaatliche Konflikte sind, hat sich diese Erkenntnis noch verstärkt. „The majority of wars today are wars among the poor“, sagte Kofi Annan zur Jahrtausendwende in seinem Millennium Report, und daran hat sich bis heute nichts geändert. Armut, so Annan, gehöre zu den „root causes“ kriegerischer Konflikte, und deshalb sei die weltweite Armutsbekämpfung so wichtig, um bewaffneten Auseinandersetzungen vorzubeugen.

Es ist nicht bekannt, ob die afghanischen Taliban den Millennium Report gelesen haben. Aber sie haben seine Botschaft verstanden. Denn durch ihre Strategie der gezielten Anschläge auf Infrastruktur und zivile Aufbauhelfer haben sie die ökonomische Gesundung des Staates verzögert, wenn nicht verhindert, und dadurch entscheidend dazu beigetragen, dass Afghanistan trotz aller Bemühungen von westlicher Seite nie befriedet werden konnte. Die Schaffung zumindest ansatzweise demokratischer Strukturen konnte keinen Frieden bringen, solange Armut und extreme ökonomische Ungleichheit für die Mehrheit der Menschen das Leben bestimmen. Die politikwissenschaftliche Hypothese des Demokratischen Friedens und der mit ihr zusammenhängende Fokus auf postkonfliktueller Institutionenbildung hat sich in Afghanistan nicht bewährt.

Dritte Dimension der Menschenrechte

Solche Erfahrungen haben zu einem Umdenken hinsichtlich der angemessenen Konfliktachsorge und -vorbeugung geführt, nicht zuletzt bei den Vereinten Nationen. Im Jahr 2006 forderte die damalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, in einer viel beachteten Rede, die sie an der New York University hielt, ökonomische Fragen beim Peacebuilding mindestens gleichwertig mit der politischen Neugestaltung zu behandeln:

„By embracing social justice, transitional justice will not only realize its full potential but also challenge the traditional justice agenda to do likewise. This is not a matter of possibility; it is a matter of choice: one which we now can – and must – make.“ Sie berief sich dabei auf die sozialen und ökonomischen Menschenrechte, die traditionelle Ansätze der Friedensbildung zu lange beiseitegelassen hätten.

Tatsächlich haben diese Menschenrechte der dritten Dimension (neben den bürgerlichen und politischen Menschenrechten der ersten und zweiten Dimension) lange Zeit nur ein Schattendasein geführt. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 spielen sie anders als zum Beispiel in der Weimarer Reichsverfassung nur eine untergeordnete Rolle. Das hat mit dem Ost-West-Konflikt zu tun – die USA verstanden zur Zeit des Kalten Kriegs jedes Eintreten für ökonomische Gerechtigkeit als latent kommunistischen Eingriff in ihre Interessensphäre. Die Unterbelichtung der ökonomischen Seite der Menschenrechte wurde aber auch durch die intuitive Trennung von Ökonomie und Ethik, wie ich sie oben beschrieben habe, gefördert. Auch das Grundgesetz ist durch sie geprägt, denn in seinem Zentrum steht ein Gedanke „innerer“ oder „geistiger“ Freiheit, der sich über Luther bis zur Stoa nachrekonstruieren lässt, wie Christoph Goos in seinem Buch „Innere Freiheit“ gezeigt hat. Man kann das als umgekehrten Brecht lesen: Erst kommt die Moral, dann das Fresen. Folgerichtig, dass der Grundrechte-Teil des Grundgesetzes viel zu bürgerlichen und politischen, aber wenig zu ökonomischen Freiheiten sagt.

Dienst an der Menschheit ist Dienst am Frieden

Erst nach Ende des Ost-West-Gegensatzes, auf der Weltmensenrechtskonferenz in Wien 1993, erlangten die ökonomischen Menschenrechte aufgrund der Intervention von Staaten des globalen Südens stärkere Relevanz auf der UN-Ebene. Heute gilt als ausgemacht, was Günter Dürig bereits 1956 formuliert hat: „Die Menschenwürde als solche ist auch getroffen, wenn der Mensch gezwungen ist, ökonomisch unter Lebensbedingungen zu existieren, die ihn zum

Objekt erniedrigen.“ Die Wurzeln dieses Gedankens reichen bis zu den alttestamentlichen Propheten zurück, die von den Eliten ihrer Gesellschaft ökonomische Solidarität forderten, eine Option für die Armen, die allen Mitbürgern zumindest das Existenzminimum als das für ein würdevolles Leben Notwendige zusicherte.

Wer sich nur noch als Objekt erfährt und keinen anderen Ausweg sieht, wird bereit zur Gewalt und leiht religiösen und ideologischen Verführern sein Ohr. Es ist daher aus der Sicht der Friedensethik nur zu begrüßen, wenn Leute wie Arbour sich für eine stärkere Einbeziehung der ökonomischen Menschenrechte aussprechen und wenn aktuelle Peacebuilding-Strategien wirtschaftliche Stakeholder wie die Weltbank als Kooperationspartner bei der Konfliktachsorge einbeziehen. Es geht hier nicht um die ökonomischen Interessen von denen, die noch reicher werden wollen, sondern um die, denen ein wirtschaftlicher Neuanfang überhaupt erst ermöglicht, sich als selbstbestimmte Subjekte zu erfahren. Sich hier zu engagieren, ist beides zugleich: ein Dienst an den Menschen und ein Dienst am Frieden. Es wäre wichtig, dass dieser Strategiewechsel in der Ethik stärker bedacht und in der Politik stärker implementiert wird. Eindämmung der Gewalt durch militärische Maßnahmen, politisch-demokratisch-rechtsstaatliche Institutionenbildung und ökonomischer Wiederaufbau müssen kohärent miteinander verbunden werden, wenn innerstaatliche Konflikte nachhaltig beendet werden sollen. Das wäre dann keine Kriegs-, sondern eine Antikriegsökonomie. ▀

... zu den stärksten Kräften gehören, die Menschen motivieren, zu den Waffen zu greifen.

GEFÄHRLICHE UNGERECHTIGKEIT

**Wirtschaftliches Handeln kann Dritte begünstigen oder belasten.
Wenn die Politik bei der Internalisierung externer Effekte versagt,
hat das für alle Beteiligten unerwünschte Folgen**

Von Stefan Bayer

Braunkohleabbau bringt Arbeitsplätze, aber auch öde Landschaften und CO₂-Emissionen. Die Aktivisten im Hambacher Forst wollen diesen Preis nicht mehr zahlen



Wäre es nicht wunderbar, Maßnahmen ergreifen zu können, deren positive Konsequenzen einem selbst zugutekommen, während die negativen von der Gesellschaft getragen werden müssen? Haben wir nicht alle bereits derartige Phänomene beobachtet? Für Begünstigte kann es manchmal opportun sein, nicht allzu laut darüber zu sprechen. Aber als Geschädigter hat sich sicherlich jeder Leser in den letzten Jahren mehrmals gefragt, ob das noch mit (meist nebulös bleibenden) Gerechtigkeitsvorstellungen konform gehen kann, dass „man“ mal wieder die Zeche Dritter zu bezahlen habe.

Aus ökonomischer Perspektive stellt sich in diesen Zusammenhängen immer die Frage nach der Vollständigkeit einer Kostenrechnung: Werden bei einer Entscheidung eines Akteurs alle Effekte hinreichend berücksichtigt, wenn es um deren Realisierung geht? Für das Funktionieren von Marktwirtschaften stellt das Prinzip einer vollständigen Wirtschaftsrechnung eine zentrale Bedingung dar – dies forderte prominent unter anderen Walter Eucken, der in seinen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg eine Art theoretische Blaupause für Mindestbedingungen marktwirtschaftlichen Interagierens formulierte, die auch heute noch Bestand hat: Derjenige, der eine Entscheidung trifft, soll alle Konsequenzen berücksichtigen. Erst wenn die mit der Entscheidung verbundenen Nutzen die Kosten übersteigen, wird eine darauf basierende Maßnahme als volkswirtschaftlich effizient bezeichnet.

Nun kann man als Ökonom allerdings nicht abstreiten, dass man in der Öffentlichkeit häufiger ein – bisweilen wenig begründetes – Vorurteil vorfindet, dass die Ökonomie Wurzel vielen Übels sei. Ökonomiefeindliche „Sachbücher“ – exponiert zu erwähnen wäre hier der „Terror der Ökonomie“ (Viviane Forrester, 1999) o. ä. – greifen dieses scheinbar populäre Argument auf und spitzen es in einzelnen Bereichen zu. Und die Auswirkungen der Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/2009 werden ebenfalls sehr häufig relativ undifferenziert mit einer unstillbaren Gier – oder, genereller: dem maßlosen Streben – nach individuellen Vorteilen Einzelner, „koste es, was es wolle“, in Verbindung gebracht. In jüngerer Vergangenheit greifen manche Politiker



Prof. Dr. Stefan Bayer ist Leitender Wissenschaftlicher Direktor und Leiter des Fachgebietes Ökonomie und Strategie an der Fakultät Politik, Strategie und Gesellschaftswissenschaften an der Führungsakademie der Bundeswehr sowie Professor für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg.

diese sich scheinbar mit der Anwendung von Ökonomie zwangsläufig einstellenden Effekte auch strategisch auf und drohen mit Handels- oder Währungskriegen.

Wer zahlt den versteckten Anteil?

Theoretisch befinden wir uns in der Welt der sogenannten externen Effekte, die sich wie folgt definieren lassen: Wenn menschliche Handlungen positive oder negative Auswirkungen auf unbeteiligte Dritte nach sich ziehen, die nicht im Preiskalkül berücksichtigt werden, spricht man von (technologischen) externen Effekten. Positive externe Effekte führen zu externen Erträgen, negative externe Effekte verursachen externe Kosten.¹ Im ersten Fall wird zu viel zu billig, im zweiten zu wenig zu teuer produziert. Beide Situationen sind ineffizient und führen zudem zu Ungerechtigkeiten und damit zu (politischen) Handlungsnotwendigkeiten. Darüber hinaus können externe Effekte auch zu zusätzlichen Konflikten führen oder bestehende Konflikte verschärfen, sodass ökonomische Austauschprozesse, die mit Externalitäten verbunden sind, auch aus Krisensicht Relevanz aufweisen.²

Problematisch ist dabei, dass sich die Existenz ökonomischer Kosten politisch nicht wegdefinieren lässt. Und wenn es einzelnen Akteuren gelingt, Kosten, die man durch eigenes Handeln verursacht hat, Dritten anzulasten, verschafft man sich dadurch (zumindest kurzfristig) Vorteile. Die Kehrseite der Medaille sind Nachteile für diejenigen Akteure, die zu Reaktionen gezwungen werden. Und wir sind zurück bei Walter Euckens höchst aktuellem ökonomischem Grundsatz einer vollständigen Wirtschaftsrechnung. Liegen externe Kosten vor, wird die Wirtschaftsrechnung unvollständig und einzelne Akteure verschaffen sich einen Vorteil zugunsten mindestens eines anderen.

Die ökonomische Theorie der externen Effekte stellt somit auch eine zentrale Ursache für staatliche Eingriffe dar: Liegen sie vor, sollte der Staat eine effiziente Allokation herbeiführen, indem er sicherstellt, dass die Externalitäten dem Verursacher angelastet werden: Man spricht dann von einer Internalisierung der externen Kosten über staatliche (Zwangs-)Maßnahmen. Dies kann mit Hilfe von Steuern erreicht werden. Negative Steuern (also



Krieg der Preise: Wer nicht „schießt“, der wird geschlossen? Freier Wettbewerb produziert Gewinner und Verlierer (Sommerschlussverkauf am Berliner Kurfürstendamm)

Zu schnelles Fahren innerorts birgt die Gefahr vieler Unfälle, sodass Tempolimits eine Maßnahme zur Internalisierung dieser externen Kosten des Individualverkehrs sein können.

Subventionen) sind ebenfalls denkbar und wären bei externen Erträgen eine denkbare staatliche Maßnahme zur Herstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes. Aber auch private Verhandlungen zur Internalisierung sind denkbar – Ronald H. Coase erhielt für seine theoretischen Überlegungen im Jahre 1991 den Nobelpreis für Ökonomie zugesprochen.³ Alternativ lassen sich auch Auflagen aushandeln, die bestimmtes Stören in begrenztem Umfang erlauben, etwa Nachtfahrverbote in Kurorten mit dem Ziel der Reduktion von Lärmemissionen. Oder man entscheidet sich bewusst dazu, externe Effekte nicht beim Entstehen zu internalisieren – heute lebende Generationen verbuchten dann (beim Vorliegen externer Kosten) einen Vorteil, der allerdings mit der Gefahr einhergeht, dass die dadurch verursachten Effekte zu Anpassungsmaßnahmen in den betroffenen Regionen bzw. Zeiten führen und die Verursacher dann mit einem gewissen Zeitverzug zwangsläufig internalisieren müssen (Rebound-Effekt, vgl. das Klimawandel-Beispiel unten).

Damit wird jetzt schon klar: DIE Ökonomie kann generell nicht ursächlich für störende Entwicklungen sein, wenn sichergestellt wird, dass alle Kosten auch beim Verursacher internalisiert werden und wurden. Vielmehr schafft es die Ökonomie genau dann auf herausragende Weise, Knappheitssituationen effizient zu lösen. Wird davon abgewichen, werden deutlich weniger effiziente Marktergebnisse realisiert. Dadurch können Probleme entstehen, die im Nachhinein auch unter Zuhilfenahme von Streitkräften bearbeitet werden müssen. Das liegt dann aber grundsätzlich weniger an ökonomischem Verhalten per se als vielmehr an der Möglichkeit, unsanktioniert derartig agieren zu können. Mit an-

Literatur

Walter Eucken: **Grundsätze der Wirtschaftspolitik**, Mohr Siebeck, Tübingen 2004, 7. Auflage (mit einem Gespräch zwischen Ernst-Joachim Mestmäcker und Walter Oswalt).

Ronald H. Coase: **The Problem of Social Cost**, in: Journal of Law and Economics, 1960, Vol. 3, S. 1-44.

Arthur C. Pigou: **The Economics of Welfare**, Verlag Wirtschaft und Finanzen, Düsseldorf 1960 (Neuaufgabe von: Arthur C. Pigou: *Wealth and Welfare*, 1912).

deren Worten: Es handelt sich somit vor allem um Staats- und Politikversagen statt – wie gerne behauptet – um Markt- und damit Ökonomieversagen.

Effekte mit zeitlichem Verzug

So weit die Theorie. In der wirtschaftspolitischen Praxis finden sich allerdings mannigfache Beispiele für das Vorliegen externer Effekte: Das Rasenmähen in einer Reihenhaussiedlung stört möglicherweise die Nachbarn (externe Kosten), sodass diese Gartenfreude nur zu vorab definierten Zeiten erlaubt wird. Zu schnelles Fahren innerorts birgt die Gefahr vieler Unfälle, sodass Tempolimits eine Maßnahme zur Internalisierung dieser externen Kosten des Individualverkehrs sein können. Und an Silvester profitieren sparsame Menschen, ohne selbst bezahlen zu müssen, vom Feuerwerk vieler anderer – es liegen externe Erträge für den „Freifahrer“ beziehungsweise die „Freifahrerin“ vor.

Es kann in einem letzten Beispiel nicht verhehlt werden, dass bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe zu Mobilitätszwecken sicherlich Treibhausgasemissionen entstehen. Dem Vorteil individueller Mobilität steht der Nachteil eines dadurch induzierten Klimawandels gegenüber. In diesem Fall divergieren Begünstigte und Betroffene sowohl räumlich als auch zeitlich. So sind Hauptverursacher des Klimawandels sicherlich in den Industriestaaten zu finden, wohingegen die Betroffenen sich eher in den Entwicklungsländern befinden. Und die Globalschadstoffe „Treibhausgase“ wirken sich in aller Regel mit deutlichem zeitlichem Verzug aus, sodass heutige Emissionen aus Europa etwa auch in Peru oder Somalia in 30 bis 40 Jahren den dortigen Klimawandel antreiben. Ein möglicher Rebound-Effekt heute nicht internalisierter externer Effekte bestünde dann etwa in zukünftig zu erwartender klimawandelbedingter Migration nach Deutschland, und wir (als ein Verursacher des Klimawandels) würden dann die Kosten des Klimawandels zum Zuzugszeitpunkt tragen müssen. Das könnten auch Kosten einer dann politisch gewollten Grenzsicherung mit allen denkbaren Konsequenzen sein. Klüger wären möglicherweise präventive Maßnahmen in Form einer (Pigou-)Steuer

oder Verhandlungen à la Coase, um zukünftig lebenden Menschen keinen möglicherweise ungedeckten Blankoscheck hinterlassen zu müssen.

Als Fazit dieser kurzen Überlegungen lässt sich festhalten: Externalisierungen von Problemen sind grundsätzlich volkswirtschaftlich ineffizient und bedürfen einer politischen Regelung. Wenn dies versäumt wird, toleriert der Gesetzgeber Wettbewerbsverzerrungen und damit Ineffizienzen und Ungerechtigkeiten. Ökonomien funktionieren dann langfristig weniger gut als in einer Situation, in der von politischer Seite aus Internalisierung betrieben wird. Eine zentrale Politikaufgabe in einer dauerhaft funktionierenden sozialen Marktwirtschaft besteht daher in der Internalisierung externer Effekte möglichst beim Verursacher, um unerwünschte Rebound-Effekte in der Zukunft vermeiden zu können. Die wirtschaftspolitische Rahmengesetzgebung sozialer Marktwirtschaften sollte insofern ein deutlich größeres Augenmerk darauf richten, externe Effekte zu internalisieren, um keine dauerhaften Anreize zu unverantwortlichem und ineffizientem Externalisieren zu setzen. ▲

¹ Vgl. Dieter Cansier, Stefan Bayer: **Einführung in die Finanzwissenschaft**. Grundfunktionen des Fiskus, Oldenbourg, München und Wien 2003, S. 135-165.

² Vgl. Stefan Bayer: **Multidisziplinäre Konfliktbearbeitung**. Ein Plädoyer aus ökonomischer Perspektive, in: Elisabeth Gräß-Schmidt, Matthias Heesch, Friedrich Lohmann, Dorothee Schlenke, Christoph Seibert (Hg.): *Leibhaftiges Personsein*. Theologische und Interdisziplinäre Perspektiven. Festschrift für Eilert Herms zum 75. Geburtstag. Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 313-324.

³ Vgl. Cansier, Bayer 2003, a.a.O.

„MAN MUSS DIE SOLDATEN AUFKLÄREN“



Die Frauenrechtlerin Monika Hauser über das Frauenbild deutscher Soldaten, ihre Verantwortung in Auslandseinsätzen und fehlende Sensibilisierung durch den Dienstherrn

Interview: Sebastian Drescher

Die Bundeswehr hat bei ihren Ausbildungsmissionen direkten Kontakt mit einheimischen Soldaten. Welche Verantwortung hat sie in Bezug auf die Frauen vor Ort?

Eine hohe. In Ländern wie Mali ist Gewalt gegen Frauen an der Tagesordnung. Die Bundeswehr sollte Frauenrechte bei der Ausbildung der einheimischen Soldaten ansprechen. Aber wenn die Bundeswehr das selbst nicht in den eigenen Reihen hinbekommt, wie sollte das gegenüber anderen funktionieren?

Was meinen Sie damit?

Wie jede Institution hat auch die Bundeswehr ihre eigenen Probleme beim Umgang mit sexualisierter Gewalt. Aber natürlich hat sie einen besonderen gesellschaftlichen Auftrag, daher ist ihre Verantwortung auch besonders groß. Im Kosovo war schon ziemlich bald nach Beginn des Einsatzes Anfang der 2000er Jahre offensichtlich, dass Soldaten der Kfor-Truppen in Zwangsbordelle gegangen sind. Die Frauen kamen oft aus der Ukraine oder Weißrussland, wurden zur Prostitution gezwungen, kannten die Sprache nicht und man hat ihnen die Pässe abgenommen. Bei Razzien der Unmik-Taskforce sind immer wieder auch besonders deutsche Soldaten aufgefallen. Viele von ihnen hatten kein Bewusstsein dafür, dass sie sich dort Menschenrechtsverbrechen schuldig machen.



Dr. Monika Hauser ist Gynäkologin und gründete 1993 Medica Mondiale. Die Frauenrechtsorganisation leistet in Kriegs- und Krisengebieten medizinische, psychologische und juristische Hilfe für Frauen sowie gesellschaftliche Sensibilisierungsarbeit.

Die Vorwürfe stammen von 2004. Gehen deutsche Soldaten auch heute noch in Zwangsbordelle?

Bei Auslandseinsätzen wie in Afghanistan wohl kaum, weil sich die Soldaten nicht frei bewegen können. Aber im Kosovo kommt Zwangsprostitution bis heute vor. Da würde ich keine Nation ausschließen.

Wie geht die Bundeswehr mit den Vorwürfen um?

Die Versprechen aufzuklären sind meist ohne Folge geblieben. Häufig kam die Forderung, Beweise vorzulegen, wo und wie viele deutsche Soldaten daran beteiligt waren. Aber das ist die falsche Haltung. Wir wissen, dass es überall vorkommt, wo ein solches Machtgefälle besteht. Der Führung muss klar sein, dass in Kriegs- und Nachkriegsgebieten wie im Kosovo, Bosnien und Herzegowina oder Mali aufgrund extremer Armut immer Zwangs- oder Überlebensprostitution herrscht. Dass Frauen und Mädchen oft keine andere Wahl haben, als ihren Körper zu verkaufen, um ihre Familie zu ernähren. Deshalb muss man die Soldaten aufklären und dazu bringen, ihr Verhalten zu reflektieren.

Wie sollte das konkret aussehen?

Das muss schon lange vor den Einsätzen passieren. Mit einem Landeskurs zu Afghanistan ist es nicht getan. Es geht

„Sie sind in patriarchalen Strukturen aufgewachsen mit dem Erleben, dass sich Sexualität über Gewalt ausüben lässt. Daher ist sexualisierte Gewalt weltweit ein Problem, auch in Deutschland.“



Man nannte sie Comfortwomen – Trostfrauen. Im Zweiten Weltkrieg wurden Mädchen und Frauen in japanischen Militärbordellen festgehalten, vergewaltigt und gefoltert. Schätzungen zufolge waren es Hunderttausende, viele stammten aus der damaligen japanischen Kolonie Korea. In Seoul erinnern heute Statuen wie diese an die Opfer

„Deshalb wird es dem Thema nicht gerecht, wenn man Vergewaltigungen nur als strategische Gewalt versteht.“

um die patriarchale Kultur in der Bundeswehr. Die Studie „Truppenbild ohne Dame“ zeigt ja, dass die Bundeswehr im Inneren selbst ein großes Problem mit Belästigungen und Übergriffen hat. Deshalb müssen wir über das Geschlechterverhältnis und das Wesen von sexualisierten Übergriffen sprechen – als fester Bestandteil der Ausbildung. Bei Trainings an der Führungsakademie Hamburg meinten angehende Nato-Offiziere zu mir: „Wir gehen ja auch auf die Reeperbahn.“ Da spielt sicher der Gruppendruck eine Rolle. Aber die Soldaten sollten hinterfragen, was sie da eigentlich tun. Egal ob in Deutschland oder im Einsatzland.

Macht die Bundesregierung genug, um Frauen in bewaffneten Konflikten zu schützen?

Die Bundesregierung fördert zwar Projekte für Frauenrechte, auf diplomatischer Ebene und im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit könnte sie aber noch viel mehr tun. Sehr gut ist, dass sie in den letzten Jahren Frauenrechtlerinnen in Afghanistan regelmäßig in die Botschaft eingeladen hat, um ihre Erfahrungen zu hören. Das bietet den Frauen Schutz, weil man zeigt, dass sie ernst genommen werden. Das brauchen wir dringend flächendeckend als Standard, noch hängt es immer von einzelnen engagierten Menschen ab. So würde die Bundesregierung erfahren, dass im Krieg vergewaltigte Frauen – wie zum Beispiel auf dem Balkan – nach wie vor gesellschaftlich stigmatisiert und ausgegrenzt werden und für sie so der Krieg noch lange nicht vorbei ist. Die Bundesregierung sollte sich auch noch mehr dafür einsetzen, dass Frauen an Friedensverhandlungen beteiligt werden. Wäre das im Fall von Afghanistan engagierter vorangetrieben worden, stünde das Land heute ganz sicher woanders. Der Zustand der Rechte der weiblichen Bevölkerung ist ein früher Indikator für künftige Instabilität und neue Konflikte eines Nachkriegskontextes.

Warum erleben Frauen in Kriegen in unterschiedlichen Regionen immer wieder sexualisierte Gewalt?

Zum einen kann man erkennen, dass in ethnisch motivierten Konflikten sexualisierte Gewalt als Strategie instrumentalisiert wird, um den militärischen

Gegner zu schwächen. Etwa im Zuge von Vertreibungen wie in Ruanda, dem Kosovo oder Bosnien. In patriarchalen Gesellschaften wird die Ehre der Familie und der Männer über die Unversehrtheit des Körpers der Frau definiert. Allerdings kann man selten direkte Befehlsketten nachweisen. Das hat sich auch in den Prozessen vor dem Internationalen Jugoslawien-Tribunal in Den Haag gezeigt. Klar ist: Die meisten Männer in Kriegen vergewaltigen nicht deshalb, weil sie einen strategisch angeordneten Befehl erhalten hätten.

Sondern?

Sie sind in patriarchalen Strukturen aufgewachsen mit dem Erleben, dass sich Sexualität über Gewalt ausüben lässt. Daher ist sexualisierte Gewalt weltweit ein Problem, auch in Deutschland. Auch direkt nach Naturkatastrophen wie dem Tsunami 2004 im Indischen Ozean konnte man einen Anstieg der Vergewaltigungen beobachten. Aufgrund der zusammenbrechenden öffentlichen Strukturen haben es Männer in diesen Situationen noch leichter, sexualisierte Gewalt auszuüben, Ahndung müssen sie nicht befürchten – so ist es auch

im Kriegskontext. Deshalb wird es dem Thema nicht gerecht, wenn man Vergewaltigungen nur als strategische Gewalt versteht.

Sie halten das für problematisch?

Ja, denn das verschließt den Blick auf die Folgen der sexualisierten Gewalt für die Frauen, die Traumata und gesellschaftliche Stigmatisierung. Und die Gewalt endet ja nicht, weil ein Konflikt befriedet ist. Auch in der Nachkriegszeit kommt es zu sexualisierter Gewalt, beispielsweise durch die heimkehrenden, ihrerseits traumatisierten Soldaten. Und auch durch jene, die eigentlich die Frauen und den Frieden schützen sollen.

Auch UN-Soldaten üben bei Friedenseinsätzen immer wieder sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder aus. Unternehmen die UN genug dagegen?

Es gibt inzwischen gute Leitlinien und Regeln. Aber sie werden nicht konsequent umgesetzt. Es gibt bis heute kein effizientes Meldeverfahren für die einheimische Bevölkerung. Eine betroffene Frau im Kongo wird nicht zum UN-Camp gehen und dort Beschwerde einlegen. Da braucht es ein niederschwelliges Verfahren. In der Pflicht stehen auch die UN-Mitgliedsstaaten. Man sieht am Fall der französischen Soldaten, die 2016 in der Zentralafrikanischen Republik der Vergewaltigung beschuldigt wurden, dass es noch viel zu tun gibt. Es hat damals Monate gedauert, bis Frankreich auf die Vorwürfe reagiert hat. Letztlich wurde kein Soldat bestraft, ein Gericht stellte das Verfahren ein.

Sie setzen sich seit 25 Jahren für die Rechte der Frauen in Konflikten ein. Welche Bilanz ziehen Sie?

Wir haben heute politische Resolutionen, die davor undenkbar waren. Auf dem Papier sind wir sehr viel weiter. Aber in der Praxis fehlen die Mittel und der politische Wille, diese umzusetzen. Das ist auch in Deutschland der Fall. Die Bundesregierung hat 2017 einen ambitionierten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten verabschiedet. Leider werden dafür viel zu wenig Ressourcen eingestellt. Ohne die bleibt der Plan aber ein Papiertiger. ▲

INNERE FÜHRUNG

Einkleidung einer Rekrutin: Seit 2001 dienen Frauen in allen Truppenteilen (o.);
Die Bundeswehr präsentiert 2018 erstmals Uniformen für Schwangere (u.)





Spricht gern Klartext: Harald Kujat (r.), ehemaliger Generalinspekteur, im Austausch mit dem CDU-Politiker Norbert Röttgen während der ARD-Sendung „Anne Will“

DER FREIMUT DER ADMIRALE UND GENERALE UND DIE EULE DER MINERVA



Ehrliche Worte erst nach dem Ende der aktiven Dienstzeit, erst wenn man nicht mehr gefeuert werden kann? Für Offiziere der Bundeswehr stellt sich die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für die öffentliche Rede, um dem Gemeinwesen und der Wahrheit tapfer zu dienen

Von Hartwig von Schubert



Militärdekan Dr. Hartwig von Schubert
leitet das Evangelische Militärpfarramt Hamburg II.

Ein beliebig zu ergänzendes Beispiel: General a. D. Harald Kujat äußert sich bei „Anne Will“ im Oktober 2016 zur Eskalation im syrischen Aleppo: Die USA und die gegen das Assad-Regime kämpfende islamische Miliz Jabhat al-Nusra beziehungsweise deren Nachfolger Jabhat Fateh al-Sham seien Verbündete. Und deren Angriffe hätten die Bombardierung ausgelöst. Die „Bild“ empört sich prompt, der ehemalige Generalinspekteur mache Propaganda für Putin.

Eine erste Frage könnte lauten: Wer hat die richtigen Informationen? Das sei einmal dahingestellt. Stattdessen sei eine zweite Frage erlaubt: Wann und warum und wie äußern sich deutsche Offiziere im Laufe ihrer Karriere öffentlich? In der Regel werden als Antwort die Vorschriften zitiert, nach denen sich Beamte, zumal in hoher Stellung, loyal zu ihrem Dienstherrn zu verhalten haben. Ein wesentlicher Teil der Loyalitätspflicht bestehe darin, sich in Ausübung des Amtes den Richtlinien der Politik der gegenüber dem Parlament verantwortlichen Regierung unterzuordnen, und zwar auch dann, wenn sie der persönlichen Überzeugung des Beamten nicht entsprechen. Die Regierung müsse sich auf die unterstellten Beamten verlassen können. Erst nach dem Ausscheiden aus dem Dienst könne sich der Beamte wie jeder andere Staatsbürger seiner Überzeugung gemäß politisch äußern, sofern er nicht an Verschwiegenheitspflichten aus seiner zurückliegenden Dienstzeit gebunden ist.

Diese Auskunft in Sachen Loyalitätspflicht sollte nun allerdings nicht so ausgelegt werden, als sei dem „Staatsbürger in Uniform“ jegliche politische Äußerung untersagt. Das ist nicht der Fall. Innerhalb seiner Loyalitätspflicht ist reichlich Raum für eine öffentliche und auch unbequeme Rede, mit der gerade Offiziere ihres Amtes walten und dem Dienstherrn treu und tapfer dienen können. Loyalität heißt nicht Feigheit vor den Mächtigen. Wann aber ist die öffentliche Rede geboten und wann nicht? Hier nun kommt die Eule der Minerva ins Spiel.

Bei Hegel ist nur die Idee „wirklich“

„Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, und mit Grau in Grau lässt sie sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug“, so Hegel in den Grundlinien der Philosophie des Rechts. Drei Botschaften lassen sich diesem Satz entnehmen, die erste lautet: Auch eine noch so hellsichtige Weisheit kann am Abend eines Tages an dessen Verlauf nichts mehr ändern, sie kann die Zeit nicht mehr zurückdrehen. Sollte sie lehren wollen, wie der Tag hätte besser verlaufen sollen, so käme sie zu spät.

Diese Botschaft wäre trivial. Man könnte ja für den nächsten Tag klüger werden wollen. Eine andere, nicht triviale Botschaft wäre: Man erkennt bei einer Gestalt des Lebens ihren fortgeschrittenen Alterungs- und Reifeprozess daran, dass sich die Philosophie ihrer annimmt und von ihr ein Bild zu malen beginnt. Vorher kann sie auch gar nicht damit beginnen, weil jene Gestalt des Lebens, beispielsweise der Tag vor dem Abend, nicht reif genug ist, um zu beurteilen, ob man

ihn loben oder tadeln kann. Immer ist man erst hinterher klüger!

Und schließlich die dritte Botschaft: Die Philosophie, auch die politische Philosophie, hat auf ihrer Farbpalette nur Grautöne, sprich: nur graue Theorie. Wozu ist sie dann gut? Wer Hegel kennt, weiß, worauf diese Betrachtung hinausläuft: „Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist vernünftig.“ So steht es etwas weiter im selben Text. Das kann leicht so missverstanden werden, als sei für Hegel „Wirklichkeit“ der Name für die herrschenden Verhältnisse und diese seien vernünftig, weil sie herrschten. Bei Hegel aber ist nur die Idee „wirklich“, sie ist es, die sich in den Gestalten des Lebens durchsetzt, ihr fügen sich am Ende alle Dinge. Am Ende wird alles gut. Und wenn es noch nicht gut ist, dann ist es eben noch nicht das Ende. Wer dem deutschen Idealisten ab hier nicht mehr folgen möchte, mag aber dennoch anerkennen, dass er die Frage nach dem Nutzen von „grauer“ Theorie sehr pointiert vorantreibt.

Die Qualifikation ist entscheidend

Es gibt nichts Praktischeres als eine gute Theorie. Das Wort „Theorie“ meint vom Ursprung seiner Bedeutung her so etwas wie „Betrachtung im Wechsel von Nähe und Distanz“. Und daraus ergibt sich auch eine recht einfache Antwort auf die Frage, wann sich deutsche Offiziere im Laufe ihrer Karriere öffentlich äußern sollen: immer dann nämlich, wenn der Inhalt ihrer öffentlichen Rede mit ihrer fachlichen Erfahrung und im Kreis ihrer Fachöffentlichkeit so gereift ist, dass sie damit „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes“ verteidigen, fördern und mehr. Das gilt nach dem Ausscheiden aus dem Dienst nicht anders als während der Dienstzeit.

Hat jener General a. D. seine öffentliche Rede zuvor im Schutz einer Fachöffentlichkeit der kollegialen Kritik ausgesetzt? Ist seine öffentliche Rede aus einem militärwissenschaftlichen Diskurs gespeist? Kann er sich auf den breiten Konsens seiner Profession stützen? Macht er kenntlich, wenn er aus triftigen Gründen eine Außenseiterposition einnimmt? Dann wäre nichts dagegen einzuwenden. Die Frage, wann sich deutsche Offiziere im Laufe ihrer Karriere öffentlich äußern sollen, hat sich damit erheblich erweitert. Sie lautet nun: Wann können sich deutsche Offiziere im Laufe ihrer Karriere als Vertreter ihrer Profession öffentlich in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen? Die Antwort lautet: selbstverständlich immer dann, wenn sie sich fachlich hinreichend dafür qualifiziert haben.

Nicht zuletzt um diese Qualifikation zu ermöglichen, wurden die Universitäten der Bundeswehr gegründet. Der Erlass hierfür datiert auf den 11. Juni 1970. Das liegt nun 48 Jahre zurück. In Zeiten des Lifelong Learning hört der professionelle Qualifizierungsprozess nie auf; die Eule der Minerva macht sich jeden Tag aufs Neue auf ihre Rundflüge. Inzwischen sind weiterführende Masterstudiengänge in die Laufbahnbilder deutscher Offiziere aufgenommen worden. Auch erfahrene Kommandeure, ja sogar Generale a. D. können hier noch mal die Schulbank drücken. Herr Kujat, wäre das etwas für Sie? ▲

LICHTGESTALTEN, DUNKELMÄNNER UND GANZ NORMALE SÜNDER

Von welchem Menschen reden wir in der aktuellen Traditionsdebatte in der Bundeswehr? Ein Zwischenruf

Von Jobst Reller

Die ersten Wellen nach dem „Traditionshype“ im vergangenen Jahr haben sich gelegt. Ein Aspekt scheint mir bisher zu wenig bedacht. Von welchen Menschen als möglichen Vorbildern reden wir? Auch ein Claus Schenk Graf von Stauffenberg diente loyal im Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht in Russland, bevor er sich zur Mitwirkung im militärischen Widerstand und zum Attentat entschloss. Wie man dem schönen, im Herbst erschienenen Heft „if Spezial. Zeitschrift für Innere Führung 2/2018: Tradition. Woher wir kommen, wohin wir gehen, wer wir sind“ entnehmen kann, kämpfte auch ein an sich traditionswürdiger preußischer Reformler wie August Neidhardt Graf von Gneisenau 1782/83 auf englischer Seite gegen die amerikanische Unabhängigkeit oder kommandierte 1830 die Grenztruppen, die Russland die Niederschlagung des polnischen Aufstands ermöglichten. Gerhard Johann David von Scharnhorst (1755 bis 1813) war u. a. bei den Kämpfen gegen das revolutionäre Frankreich in Flandern und den Niederlanden dabei (Epkenhans, S. 30f).

Es leuchtet ein, dass beispielgebendes und traditionsstiftendes Verhalten zu unterscheiden sind und

„in vielen Fällen“ (...) „eindrucksvolle Beispiele militärischen Könnens aus der Geschichte eben nicht sinnstiftend und damit traditionswürdig für die heutige Bundeswehr sein können“ (...), „vielmehr (...) zu bedenken [ist], für welche Werte und zu welchem politischen Zweck diese Leistung erbracht wurde“ (Lange S. 12f.). Man könnte sich allerdings fragen, ob dann, streng genommen, auch die preußischen Reformler traditionsstiftend sein könnten, wenn sie als Soldaten gegen die Werte eben des liberalen Verfassungsstaates kämpften.

Das Gedenken an Martin Luther in der evangelischen Christenheit, aber auch deutschland- und weltweit im vergangenen Jahr bewunderte einerseits den Mut des „Mönchleins“ aus Wittenberg, der um der Wahrheit willen einen Konflikt mit den höchsten Institutionen seiner Zeit, Papst und Kaiser, in Kauf nahm, und musste andererseits zur Kenntnis nehmen, dass derselbe Martin Luther in seinen späten Lebensjahren alle zeitgenössischen Vorurteile gegen Juden kolportieren konnte. Als politisch-korrektes Beispiel eines Whistleblowers erweist sich Martin Luther aus heutiger Sicht als ungeeignet. Wäre es nicht an

der Zeit, auch im Blick auf die guten Traditionsstifter der Vergangenheit den Unterschied der Zeiten zu bedenken und vor allem eine Unterscheidung einzuführen, nämlich die zwischen ganz „normalen“ Menschen, die neben großen Taten auch zeitweise irrten, und Verbrechern gegen die Menschlichkeit, die sich systematisch in Gedanken, Worten und Taten an anderen schuldig gemacht haben?

Ist einer schillernden Gestalt wie Generalfeldmarschall Erwin Rommel, der immerhin sein Leben wegen des 20. Juli 1944 verloren hat, dieses Schillern zuzugestehen? Nach evangelischem Verständnis bleiben auch die besten Menschen zeit ihres Lebens Gerechte und Sünder zugleich. Zu allen Lebenszeiten chemisch rein handelnde Menschen sind mir noch nie begegnet. ▲



Militärpfarrer Dr. Jobst Reller
leitet das Evangelische Militärpfarramt Munster III.

GLAUBENS- FRAGEN



Ein Mann mit Kippa bringt 2014 in Frankfurt am Main seine Verbundenheit zu Deutschland und Israel zum Ausdruck



TOLERANZ IST NÄCHSTENLIEBE

Studien belegen den Zusammenhang von christlicher Überzeugung und fremdenfeindlichen Haltungen. Aber auch der Ausweg aus dieser Situation ist Teil der christlichen Identität

Von Dirck Ackermann

Eine Podiumsdiskussion des Aspen-Instituts im Frühsommer 2018. Titel der Veranstaltung: Christliche Identität und (In-)Toleranz in Westeuropa. Anlass der Diskussion war eine frisch veröffentlichte sozialwissenschaftliche Studie eines amerikanischen „Fact-Tanks“, des Pew Research-Centers. Dieses Umfrage-Institut hat mitten in der Hochphase der Flüchtlingsbewegung 24000 Menschen im alten Westeuropa befragt. Mit für mich überraschenden Ergebnissen.

91 Prozent der Westeuropäer geben an, getauft zu sein. 71 Prozent bezeichnen sich als Christen, aber nur maximal 22 Prozent besuchen mindestens einmal monatlich einen Gottesdienst. Das US-Meinungsforschungsinstitut spricht von einer der „säkularsten Regionen der Welt“. Gleichzeitig betont die Mehrheit der Befragten ihre christlichen Wurzeln. In Deutschland hält sich nur ein knappes Viertel für nicht religiös. Das ist für mich noch nicht so überraschend.



Leitender Militärdirektor Dr. Dirck Ackermann
ist Chefredakteur von ZUR SACHE BW.

Erstaunt – um nicht zu sagen: erschreckt – hat mich, dass laut dieser Studie das Bekenntnis zum Christentum mit einem höheren Grad von negativen Gefühlen gegenüber Einwanderern und religiösen Minderheiten einhergeht. Ja, Christen neigen eher zu ablehnenden Einstellungen gegenüber anderen Religionen und Kulturen als Konfessionslose. Sie gehen einher mit negativen Äußerungen gegenüber Einwanderern, Juden und Muslimen. Da ist es für mich als Protestanten wenig tröstlich, dass Katholiken eher als Protestanten solche negativen Ansichten gegenüber Andersgläubigen (besonders Muslimen) aussprechen. In Deutschland würde die Hälfte der Katholiken einen Muslim nicht als Familienmitglied akzeptieren; unter den deutschen Protestanten sagt dies nur jeder Sechste. Ebenso sind Christen laut der Studie eher für eine Verringerung von Einwanderung als Konfessionslose.

Christen halten ihre eigene Kultur für höherwertig, mehr als nicht konfessionell Gebundene. Ja, auch das ist erstaunlich: Christentum und nationale Identität werden miteinander verknüpft. 55 Prozent sagen, dass der Islam nicht mit nationalen Werten vereinbar sei. Die nationale Abstammung eines Landes zu haben, ist nach der Mehrheit der Christen notwendig, um seine nationale Identität teilen zu können. Zugespielt formuliert: Deutschland und Christentum werden miteinander identifiziert. Dabei tendieren nicht praktizierende Christen mehr als praktizierende zu nationalistischen Einstellungen.

Die Wissenschaftler der Studie sprechen von einem „Wiedererwachen der christlichen Identität“ trotz aller Säkularisierungsprozesse. Rogers Brubaker, Soziologe an der University of California in Los Angeles, beschreibt den Blick der säkularisierten Europäer auf die Migranten so: „Wenn ‚die‘ Muslime sind, müssen ‚wir‘ irgendwie Christen sein.“

Christentum fördert die Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit. Ich will es kaum fassen und suche nach einer anderen Studie, und siehe da: Eine EKD-Studie aus dem Jahr 2015/2016 kommt zu differenzierteren Ergebnissen: „Zwingende oder monokausale Zusammenhänge zwischen Ausprägungen des Glaubens oder Glaubenspraktiken und bestimmten Haltungen politischer Kultur lassen sich nicht aufweisen.“

Aber auch da heißt es: „Wo der christliche Glaube mit religiösen Absolutheitsansprüchen anderen gegenüber verbunden ist, kann dies zu intoleran-

ten, abgrenzenden Haltungen führen.“ Besonders bemerkenswert an dieser EKD-Studie: Sie verweist auf den Unterschied zwischen den offiziellen leitenden Meinungsbildern, die von den Kirchen veröffentlicht werden, und den Meinungen einzelner Gemeindeglieder. Dabei gibt es sowohl eine „intolerante Kultur der Toleranz“ als auch eine „tolerante Kultur der Intoleranz“.

Allerdings sei auch zu erkennen, dass da, wo „... der christliche Glaube ein persönliches Gottesverhältnis mit Orientierung an der Würde des menschlichen Gegenübers verbindet, er eine Ressource der Widerstandskraft gegenüber intoleranten, abgrenzenden Haltungen darstellen“ kann.

Die EKD sieht daher eine Chance bei der Förderung menschenfreundlicher, nicht abgrenzender politisch-kultureller Haltungen, indem sie diejenigen Glaubensformen stärkt, „die ein persönliches Gottesverhältnis mit der Orientierung an der Würde des menschlichen Gegenübers verbinden.“ Einfacher gesagt:

Unser Verhältnis zu Gott hat Konsequenzen für unseren Umgang mit unseren Nächsten: Er ist ein von Gott geliebtes Kind wie ich. Das kann zu einer Ressource für den Widerstand gegenüber intoleranten und abgrenzenden Haltungen werden. Zu einem solchen Glauben und solcher tätigen Nächstenliebe anzuregen, bleibt in heutigen Zeiten verstärkte Aufgabe der Kirchen.



Anhänger der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) demonstrieren 2016 in Dresden

Wie die beiden vorgestellten Studien zeigen, ist hier noch ein weiter Weg zu gehen.

Zweifelsohne hat das Christentum die Kultur in Deutschland und Europa geprägt. Es kann aber meines Erachtens seinen kulturprägenden Charakter nur dann behalten, wenn es zu Toleranz und einem menschenfreundlichen und friedlichen Miteinander zwischen den unterschiedlichen Religionen und Religionsgemeinschaften beiträgt. ▲

Zu den Studien

Pew Research Center, Being Christian in Western Europe:
www.tinyurl.com/christ-sein

EKD-Studie, Kirchenmitgliedschaft und politische Kultur:
www.tinyurl.com/ekd-politische-kultur

„DUZEN IST ÜBERHAUPT NICHT ANGESAGT“

Sie sollen Begeisterung ausstrahlen und gleichzeitig Gelassenheit; verstehen, wie die Bundeswehr tickt, aber nicht so ticken wie die Bundeswehr. Und vor allem sollen sie gute Zuhörer sein, ohne dass man sich gedrängt fühlt zu reden. Die Erwartungen von Bundeswehrangehörigen an Militargeistliche sind hoch – und teilweise widersprüchlich

Von Walter Linkmann

Als Soldat kennt er sie alle, die unterschiedlichen Geistlichen mit ihren Stärken, Schwächen und Macken: den Extraharten, der in möglichst jedes Gespräch seine eigenen militärischen Leistungen und sein Fallschirmspringer-Abzeichen einfließen ließ, den Nestflüchter, der erst einmal mit seinen eigenen Problemen fertigwerden musste, den Einsamen, der in der Betreuungseinrichtung Runde um Runde schmiss, und den Müden, der lieber beim Eiskaffee auf Kundschaft wartete als rauszugehen in den Staub und die Hitze des Feldlagers. Vor allem aber hat er Pfarrerinnen und Pfarrer erlebt, die genau das taten, wofür sie da waren: die ansprechbar waren und zuhören konnten, zu denen man Vertrauen aufbaute und die Ruhe ausstrahlten: „Darin sind sie in Masse richtig gut!“

Über einen Zeitraum von zwanzig Jahren war Karl Tillmann immer wieder in Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Dort hatte er unterschiedliche Funktionen. Einmal gehörte es zu seinem Auftrag, Soldatinnen und Soldaten zu befragen, wie sie die Geistlichen erleben und was sie sich von ihnen wünschen. Danach hat der Offizier, auch wenn er andere Aufgaben hatte,



Zwanzig Jahre Erfahrung mit Militärseelsorgern im Auslandseinsatz: Oberstleutnant Karl Rüdiger Tillmann an seinem Arbeitsplatz im Zentrum für Internationale Friedenseinsätze in Berlin

das Thema weiterverfolgt und den Kontakt zur Militärseelsorge gesucht. Er kennt sie, die Geistlichen – viele persönlich, andere aus seinen Interviews mit Soldatinnen und Soldaten.

„Reflektier dich mal!“

Ausbildung und theologisches Profil stehen für die Gemeinde nicht im Fokus, wenn es um die Pfarrerin oder den Pfarrer geht. Was die predigen ist ihre Sache, solange es authentisch ist und nicht völlig an der aktuellen Situation vorbeigeht. Gefragt sind Offenheit, Verschwiegenheit, Glaubwürdigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Ehrlichkeit. Ehrlichkeit in einem durchaus kritischen Sinn: „Es nützt nichts, wenn der Seelsorger immer nur Verständnis hat. Manchmal ist es viel besser, wenn er einem sagt: Merkst du überhaupt, wie du dich selbst verhältst – reflektier dich mal!“

Obwohl niemand einen Pfarrer will, der viel von sich selbst redet, sollten die Geistlichen doch auf die Frage vorbereitet sein, die ganz bestimmt kommt: „Warum sind Sie Militärfarrer geworden?“ Dann wollen die Soldaten etwas hören – und am liebsten nicht: „... weil ich mal eine Auszeit brauchte.“

Auch als Vermittler sind sie gefragt. Nicht so, dass sie sich sofort als Schiedsrichter oder Anwalt ins Spiel bringen, sobald sie nur von einem Konflikt hören, aber doch so, dass sie eine besonnene, abwägende Stimme sind, wenn es sich ergibt. Manchmal braucht es einen Puffer zwischen karriereorientierten Offizieren, die ihre spontanen Ideen schnell umgesetzt sehen möchten, und ihren Untergebenen, deren Möglichkeit, andere Sichtweisen in die Diskussion einzubringen, begrenzt ist. Da kann jemand hilfreich sein, der die Hierarchie und die handelnden Personen kennt, aber selbst „nichts werden will“.

Fragen ist völlig okay

Muss ein Militärfarrer sich im Detail in dem auskennen, was die Soldaten in den unterschiedlichen Funktionen in einem Einsatzkontingent tun? Nein. Aber er sollte sich dafür interessieren! Nach Tillmanns Befragungsergebnissen wissen die Kontingentangehörigen es zu schätzen, wenn die Geistlichen in den Feldlagern unterwegs sind und sich erkundigen, wer welche Aufgaben warum wahrnimmt: „Fragen ist völlig okay.“ Überhaupt ist das Interesse an den Menschen – auch unabhängig von ihrer jeweiligen Funktion und Stellung – ein entscheidendes Merkmal des Pfarrers, wie die Soldaten ihn sich wünschen. Weitere Kriterien sind das Verständnis für ihren Beruf und der Respekt vor ihrer Gewissensentscheidung für den bewaffneten Dienst.

Vielen Männern fällt es leichter, auf einen Seelsorger zuzugehen, wenn dieser ebenfalls ein Mann und möglichst in einer ähnlichen Familien- oder Beziehungssituation ist wie sie selbst – einschließlich der Trennung durch den Auslandseinsatz. Sie unterstellen einem, der „im selben Boot sitzt“, mehr Einfühlungsvermögen in ihre Situation. Doch bei allem Wunsch nach Verständnis reagieren die Gemeindeglieder trotzdem allergisch, wenn Geistliche zwei Grenzen überschreiten: Sie mögen keine schnellen Ratschläge – und sie fühlen sich unwohl, wenn in jedem noch so beiläufigen Gespräch „Therapiestimmung“ aufkommt, dass man den Eindruck gewinnt, erst wieder losgelassen zu



Militärfarrer im Einsatz: Gut ist, wenn er Soldaten wie zufällig im Camp begegnet. Aber bitte keine Therapiestimmung

werden, wenn man ein schönes Problem präsentiert hat.

Nähe und Distanz sind immer Thema. Das ist kein Alleinstellungsmerkmal in Auslandseinsätzen der Bundeswehr; auch zu Hause müssen Pfarrer das richtige Gespür haben, welche Einladung sie annehmen – und wann sie die Hochzeitsfeier verlassen sollten. Im Einsatz ist es die ständige Gratwanderung zwischen Hinwendung und Abstand, Interesse und Respekt. Sie sollen die Menschen an ihren Arbeitsplätzen besuchen, aber auch wissen, wann sie wieder gehen. Sollen nahbar sein, aber keine Kumpel: „Duzen ist überhaupt nicht angesagt. Man kann auch mit einem ‚Sie‘ Vertrauen gewinnen.“

Fleißige Spaziergänger

Menschen, die arbeiten, mögen es nicht, wenn andere faul sind. Der Respekt vor dem Gegenüber schwindet, wenn dieses Bild im Raum steht. Aber wie soll man den Fleiß von Leuten erkennen, denen man die Aufgabe zuschreibt, Zeit zu haben, zuzuhören, sich für andere zu interessieren – einfach da zu sein? Überraschendes Ergebnis des Gesprächs: Vieles wird an der äußerlichen Bewegung abgelesen. Ist er im Feldlager unterwegs oder wartet er in Büro oder Betreuungseinrichtung, dass jemand vorbeikommt? Lässt er sich durchs Lager fahren oder geht er zu Fuß? Sieht man ihn nur abends oder auch in der Mittagshitze?

Geben die Befragungen einen Hinweis, was Militärfarrer ändern können, um ihrer Aufgabe noch besser gerecht zu werden? Trotz seiner Überzeugung, dass die Geistlichen in Masse richtig gut sind, hat Karl Tillmann einen Rat, den viele von ihnen noch nicht beherzigen: „Machen Sie beim Sport mit!“



Paris, 1944: Wer sich mit Deutschen einließ, bekam nach deren Abzug die Wut der Mitbürger zu spüren

WERT-LOSE MENSCHENWÜRDE

Zu den Grenzen von Ökonomie und Moral
Von Klaus Beckmann

Ein „Wert“, Gegenstand des ökonomischen Austausches, ist die Menschenwürde nicht. Ist sie überhaupt, dann unableitbar, nicht zu verrechnen und aus sich heraus gültig. Gelehrt gesprochen: ein Axiom. An messbaren Daten belegen lässt sie sich nicht – sehr wohl aber an sozialen Konsequenzen als wahr erweisen.

Im Unterschied zum „sozial-adäquaten“ Wert hat Menschenwürde das Zeug zum handfesten Ärgernis. Sie widersteht, wo das Kollektiv dem Einzelnen zu nahe kommt. Als Träger von Würde ist der Mensch für Gemeinschaft und Staat im Kern unverfügbar.

Grundlage des Ganzen ist das in seiner humanitären Dimension so oft unterschätzte Alte Testament, genauer: die Gottebenbildlichkeit des Menschen nach 1. Mose 1,27. Worauf es an dieser Stelle ankommt: „Menschsein“ haftet nicht an bestimmten Fähigkeiten oder Ausstattungen. Von Denkvermögen, Sprache, aufrechtem Gang steht da nichts. Mensch ist Mensch und existiert aus Gottes unmittelbarer Zuwendung. Das berührt sich mit dem religiösen Bilderverbot (2. Mose 20,4). Ist Gott Bildern abhold, so liefe es auf praktizierte Gotteslästerung hinaus, Gottebenbildlichkeit auf sichtbare Merkmale des Menschen einzuengen.

Das biblische Verständnis vom Menschen ist fehlersensibel und zugleich fehlertolerant. Auch Mächtige sind fehlbare Menschen. Daher soll Macht immer „konstitutionell“ ausgeübt werden, was die Folgen von Machtkonzentration mildert.

Im menschlichen Ebenbild begegnet der Höchste. *Jeder* Mensch ist durch Gottes Identifikation mit gerade diesem Geschöpf gewürdigt. Folglich hat Würde weder moralisch noch rechtlich noch biologisch ein Limit. Sie eignet dem Behinderten, dem Versager, dem Gesetzesbrecher.

Einerseits ist hier der Ökonomisierung des Zusammenlebens eine Grenze gezogen: „Nutzlosigkeit“ nimmt nichts von Würde hinweg. Andererseits stellt das Würdeaxiom eine ideologiekritische, moralinresistente, das „gesunde Empfinden“ herausfordernde Provokation in den Raum: Auch Verfehlung und Schuld nehmen nichts von Würde hinweg. Dass besonders üble Verbrecher „keine Menschen“ seien, ist eine absurde, nur die Realitätsflucht ummäntelnde Aussage. Verfehlungen, wie sie den Menschen kennzeichnen, leisten sich weder Tier noch Maschine. Die Absolutheit der Menschenwürde unterläuft populäre Anmaßungen von „Gerechtigkeit“. Selbst der Tyrann behält seine Würde. Mussolini zu töten, konnte unter bestimmten Umständen legitim sein; ihn zum Spott auszustellen, war es nicht.

Menschenwürde, ein weiterer sozialer Anstoß, widerspricht jeder moralischen Erpressung des Einzelnen: Ich kann riskieren, moralisch angeprangert zu werden, gewinne mein Daseinsrecht ja nicht aus sozialer Zustimmung. Friedfertigkeit, beispielsweise, kann dem Einzelnen abgefordert werden, um eine ungerechte Gruppensituation zu stabilisieren. Wer ein Vorurteil in Frage stellt, gilt schnell als Störenfried. Und was wurde nicht schon alles stabilisiert im Namen des Familien- oder Betriebsfriedens, der Kameradschaft?

Die Moral ist im Zusammenleben auf amoralische Weise ausbeutbar. Das Axiom der unverlierbaren Menschenwürde relativiert Ansprüche der Moral, um genau dadurch deren Abgleiten ins Amoralische zu verhindern. So wird die Moral auf eine bescheidene Funktion festgelegt – damit aber erst lebensfähig: dafür zu sorgen, dass Menschen sich gegenseitig das Leben erträglich machen.

Werte sind ihrem Wesen nach relativ. „Menschenleben“ ist durchaus ein Wert, der mit anderen Werten händlerisch in Beziehung gesetzt wird, angefangen schon bei gesellschaftlich akzeptierten Formen der Mobilität. Im Jahr 2017 starben in Deutschland 3177 Menschen im Straßenverkehr. Diese statistisch zwar „rückläufige“ Zahl veranlasst keineswegs zu verkehrspolitischer Umkehr. Sterbehilfe, Abtreibung, finaler Rettungsschuss – hier überall relativiert sich Menschenleben. Bei den

Entscheidungen des Bundestags, Soldaten in Einsätze zu schicken, steht die Möglichkeit, Menschenleben dranzugeben, immer mit im Raum.

Die übrigen Punkte des Grundrechtskanons sind gleichermaßen „Werte“: Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, Unverletzlichkeit der Wohnung – alles das bewegt sich in Relationen und wird faktisch unentwegt eingeschränkt.

Den Charakter eines Staates bestimmt, welchen Kriterien diese Einschränkungen folgen. Es macht einen Unterschied, ob die Unantastbarkeit des Einzelnen regulativ gelten soll oder Familienehre oder Staatsräson.

Das biblische Verständnis vom Menschen ist fehlersensibel und zugleich fehlertolerant. Auch Mächtige sind fehlbare Menschen. Daher soll Macht immer „konstitutionell“ ausgeübt werden, was die Folgen von Machtkonzentration mildert.

Schließlich widerstreitet das Würdeaxiom einer totalen Transparenz des Einzelnen. Die Privatsphäre als praktische Konsequenz der Menschenwürde sichert dem Individuum seine politische Handlungsfähigkeit. Nur derjenige, der nicht total durchschaut ist, kann seine politische Aufgabe als Bürger wahrnehmen. Das Gemeinwesen bewahrt sein Funktionieren durch Selbstzurücknahme im Respekt vor dem Einzelnen. Als der strukturell Schwächere hat der Einzelne unabdingbar Anspruch auf Intransparenz. Was dem Einzelnen namens seiner Würde zusteht, muss dem überlegen machtvollen System verweigert werden, um Kontrolle und gerechte Teilhabe zu schützen.

Die Menschenwürde als wert-loses Axiom ermöglicht erst, mit Werten verantwortlich umzugehen. Denn Ökonomie und Moral sind für den Menschen da. ▲



**Militärdekan
Dr. Klaus Beckmann**
ist Persönlicher Referent
des Evangelischen
Militärbischofs.

KIRCHE UNTER DEN SOLDATEN

**Die Kapelle im Geistlichen Forum des
Bundesministeriums der Verteidigung**
Von Friedemann Schmidt

Bonn



Einst Kriegsgefangenenlager, heute
Kapelle: Die Gemeinde versammelt
sich um das Wort



Schiefertafeln
(von oben nach unten):
Heilung eines Blinden,
Sämann,
vier Evangelisten,
Heilung Lazarus',
Emmaus



Das Gebäude, in dem die Kapelle untergebracht ist, war das letzte des Kriegsgefangenenlagers Stalag VI. Die Räume waren im Lauf der Zeit Büro des Lagerkommandanten und Wohnung seiner Familie, Lazarett, Truppenküche, Besprechungsräume des BMVg. Sie beherbergen heute die Evangelischen Militärpfarrämter Bonn I und II und das Katholische Militärpfarramt.

Vor drei Jahren wurde die Kapelle um 90 Grad gedreht – natürlich nur die Inneneinrichtung. Die Bestuhlung wurde so angeordnet, dass sich die Gemeinde um den Altar und das Wort versammelt. Für Lektoren wie Liturgen eine kleine Herausforderung, da man nun die Menschen bewusst in den Blick nehmen muss.

Es fehlte allerdings die Blickachse. Durch einen Zufall konnte eine circa 150 Jahre alte Kirchenpforte erworben werden, die nun als Hintergrund die Blicke lenkt. Da sich die Tür öffnen lässt, ergibt sich dahinter ein Weißraum, der durch verschiedene Stücke (Gemälde, Fotos, Collagen, Plastiken etc.) optisch neue Schwerpunkte setzen kann.

An drei Seiten der Kapelle sind fünf Schiefertafeln mit biblischen Szenen angebracht. Sie stammen von der aufgelösten Militärkirche Brauheck in der Eifel. Leider fehlt die 6. Tafel (Abendmahl), allerdings reichen die Tafeln genau für die freien Wände. Der Künstler, der die Motive in die Schiefertafeln metzte, ist leider nicht bekannt.

An der Wand hängt ein Altartuch, das ein Soldat im Ersten Weltkrieg vom Schlachtfeld von Verdun mitbrachte. Es lag dort im Schmutz, als gläubiger Mensch konnte er es nicht liegen lassen. Die Urenkelin brachte uns dieses Tuch mit der Bitte um eine Verwendung, da nun nach drei Generationen der Bezug langsam verloren ging.



Das Altartuch aus dem Ersten Weltkrieg: aus dem Schmutz geborgen

Impressum



Im Auftrag des Evangelischen Militärbischofs herausgegeben von Professor Dr. Arnulf von Scheliha, Universität Münster; Professor Dr. Friedrich Lohmann, Universität der Bundeswehr München; Dr. Frank Hofmann, Andere Zeiten e.V.

Mitarbeitende dieser Ausgabe:

Dirck Ackermann, Thomas Ruttig, Martin Dutzmann, Klaus M. Brust, Wolf-Dieter Vogel, Tillmann Elliesen, Tim Glawion, Klaus Naumann, Christian Mölling, Erich Rathfelder, Jochen Bohn, Said AlDailami, Friedrich Lohmann, Stefan Bayer, Sebastian Drescher, Hartwig von Schubert, Jobst Reller, Walter Linkmann, Klaus Beckmann, Friedemann Schmidt

Redaktion:

Dirck Ackermann (Chefredakteur),
Walter Linkmann, Martin Middendorf,
Hanna Lucassen, Felix Ehring

Redaktionsanschrift:

Jebensstraße 3, 10623 Berlin
Telefon: 030 310181-123

Internet:

www.militaerseelsorge.de

E-Mail:

militaerseelsorge@ekd.de

Beirat für die Redaktion:

Jochen Bohn, Veronika Drews-Galle,
Anne Peters-Rahn, Jobst Reller,
Marcus Schaper, Hartwig von Schubert

Realisierung:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Abteilung Printprodukte, Leitung: Ursula Ott
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Bildredaktion: Caterina Pohl-Heuser
Gestaltung und Satz: Zully Koska

Druck:

Strube Druck & Medien OHG,
Stimmerswiesen 3, 34587 Felsberg

Verlag:

Evangelische Verlagsanstalt Leipzig,
Blumenstraße 76, 04155 Leipzig

Vertrieb:

Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik gGmbH
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt/Main
Martin Amberg, Telefon: 069 580 98-223
E-Mail: mamberg@gep.de

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich

ISSN: 1869-4497



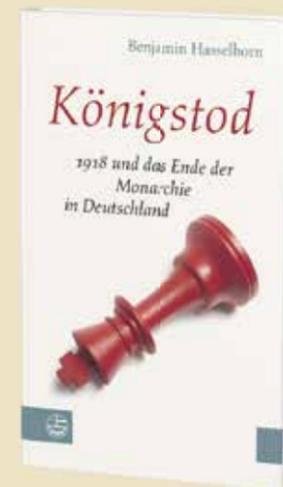
Bildnachweise

Titel: Sharif Shajeq, AFP, Getty Images / S. 5 Sven Simon, picture-alliance / S. 7 Bloomberg, Getty Images, Gabriela Maj; picture-alliance, AP Photo, Ben Curtis / S. 9 Reuters, Omar Sobhani; Getty Images, AFP, Wakil Kohsar / S. 10 Shah Marai, AFP, Getty Images / S. 14 picture-alliance, dpa, Hannibal Hantschke / S. 18 picture-alliance, Michael Nitzschke / S. 23-24 Reuters, Thomas Bravon; Getty Images, Bloomberg, Luis Antonio Rojas / S. 27-28 picture-alliance, Ton Koene (2) / S. 30 Getty Images, AFP, Alexis Huguet / S. 34 picture-alliance, dpa, Jörg Carstensen / S. 39 picture-alliance, dpa, Thierry Monasse / S. 42 picture-alliance, dpa, Valdrin Xhemaj / S. 45 laif, Stephane Audras (2) / S. 46 picture-alliance, Eibner-Pressfoto / S. 53 laif, Bettina Flitner / S. 55 Getty Images, AFP, Tobias Schwarz / S. 58 imago, Tim Wagner; imago, Hartmut Müller-Stauffenberg / S. 63 Getty Images, Chung Sung-Jun / S. 65 picture-alliance, dpa, Stefan Kiefer; picture-alliance, dpa, Jana Neumann / S. 66 NDR, Wolfgang Borrs / S. 69 picture-alliance, dpa, Frank Rumpenhorst / S. 71 picture-alliance, dpa, Arno Burgi / S. 72-73 Walter Linkmann; Photothek, Thomas Trutschel / S. 74 ak-images, Imago / S. 76-77: Friedemann Schmidt; Walter Linkmann / S. 80 GUNS, Frank&Robbert Robert&Frank, installation view 'Fire&Forget' KW Berlin 2015 / Rücktitel photocase, bellaluna / Nicht genannte Autorenfotos: Archiv

Mehr als 400 hölzerne Kleinwaffen schuf das Künstlerduo „Robbert&Frank Frank&Robbert“ im Jahr 2014 innerhalb eines Monats. Seitdem waren die „Guns“ in verschiedenen Ausstellungen zu sehen, hier 2016 im Museum Angewandte Kunst in Frankfurt. Pistolen, Uzi, Panzerfaust: Schätzungen zufolge sterben jedes Jahr 200000 bis 400000 Menschen durch Kleinwaffen. Welche der Holzexponate die Künstler aus Belgien nach Vorlagen aus der realen Welt der Waffen schufen, ist nicht bekannt. Beim Bau sind der Kreativität offenbar kaum Grenzen gesetzt.



Reformation & Zeitgeschichte



Benjamin Hasselhorn
KÖNIGSTOD
 1918 und das Ende der Monarchie in Deutschland
 192 Seiten | Hardcover
 ISBN 978-3-374-05730-6 € 22,00 [D]

Am 9. November 1918 floh Kaiser Wilhelm II. nach Holland ins Exil. Das besiegelte das Ende der Monarchie in Deutschland. Wenig bekannt ist heute, dass es auch ganz anders hätte kommen können: Manche im Umfeld des Kaisers planten, ihn an der Front den „Heldentod“ sterben zu lassen und damit die Monarchie zu retten. Unter Berücksichtigung der aktuellen Monarchie-forschung wirft dieses Buch einen neuen Blick auf die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Benjamin Hasselhorn | Mirko Gutjahr
TATSACHE!
 Die Wahrheit über Luthers Thesenanschlag
 152 Seiten | Paperback
 ISBN 978-3-374-05638-5 € 10,00 [D]

Der Thesenanschlag fand tatsächlich statt! Beweise dafür haben die Historiker Mirko Gutjahr und Benjamin Hasselhorn in ihrem Buch zusammengetragen. Was genau wissen wir über Luthers Thesenanschlag? Wieso kam es zu der Überzeugung, er habe nicht stattgefunden? Und warum ist die Frage nach dem Thesenanschlag überhaupt wichtig? Diesen Fragen gehen die beiden Autoren nach – und finden überraschende Antworten.



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
 Leipzig

www.eva-leipzig.de

facebook.com/eva.leipzig

Bestell-Telefon 0341 7114144 · Fax 0341 7114150 · shop@eva-leipzig.de

Das Thema der nächsten Ausgabe



Strategien des Friedens

Über Kriege wird viel berichtet, über den Frieden weniger. Das eine passiert, das andere ist mehr Prozess. Regelmäßig ist der Frieden Schlagwort und politisches Ziel, doch wie macht man ihn? Die aktuellen Konflikte in der Welt zeigen, dass Frieden schwierig zu erreichen ist. Oft dauert es Jahrzehnte, etwa in Kolumbien oder zwischen Äthiopien und Eritrea. Wer den Frieden will, muss ihn vorbereiten, im Großen wie im Kleinen, und dafür sind Ideen und Strategien unerlässlich.